



HDI

Das ist Versicherung.

Nr. 5 / Oktober 2017 / 37. Jahrgang

GI aktuell

Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe

Inhalt

Editorial	129	Schweigepflicht des Steuerberaters	144
GI Entscheidungen	130	Entbindung von der Schweigepflicht / Entbindungsbefugnis des Insolvenzverwalters? (OLG Zweibrücken, Beschl. v. 8.12.2016 – 1 WS 334/16)	
GI Literatur-Ecke	160	Anwaltschaftung	146
Anwaltschaftung	130	Vertrag mit Schutzwirkung / Erkennbarkeit / Schwester- gesellschaften des Auftraggebers (OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.7.2014 – I-2 U 78/13)	
Auskehr einer eingezogenen Forderung / Rechtsanwalt als Unterbevollmächtigter / Missbrauch der Vertretungsmacht des Bevollmächtigten (BGH, Urt. v. 11.5.2017 – IX ZR 238/15)		Versicherungsschutz	151
Anwaltschaftung	133	Treuhandtätigkeit / Anwaltliche Tätigkeit / Anderkonto (LG Hannover, Urt. v. 20.6.2017 – 20 O 208/14)	
Berufungsbegründung / Übernahme von Verantwortung / Distanzierender Zusatz (BGH, Beschl. v. 14.3.2017 – VI ZB 34/16)		Honorarrückzahlung	155
Anwaltschaftung	135	Anwaltshonorar / Gebührenvereinbarung / Unangemessene Zeittaktklausel (LG Köln, Urt. v. 18.10.2016 – 11 S 302/15)	
Fristversäumnis / Verschulden / Fehlende Unterschrift unter Schriftsatz (BGH, Beschl. v. 17.12.2015 – V ZB 161/14)			
Steuerberaterhaftung	138		
Schaden im Rechtssinne / Rechtswidrige Verwaltungsübung / Gebundene Verwaltungsentscheidung (OLG München, Urt. v. 17.5.2017 – 15 U 311/15)			

@ Bestens vernetzt @



Mit DSGVO

Härtung Internetrecht
Von RA Prof. Niko Härtung
6. neu bearbeitete Auflage 2017,
763 Seiten Lexikonformat, gbd. 89,80 €.
ISBN 978-3-504-56096-6



Online im
juris Partner Modul IT-Recht.
Jetzt testen!

Das Standardwerk enthält eine systematische Darstellung aller zivilrechtlich geprägten Rechtsgebiete mit Bezug zum Internetrecht, ein Thema, das aus dem Anwaltsalltag kaum mehr wegzudenken ist. Die aktuelle Auflage bietet ein grundlegend **neu strukturiertes Kapitel zum Datenschutzrecht** unter besonderer Berücksichtigung der europäischen **DSGVO**. Auch die übrigen Themengebiete wurden umfassend überarbeitet und an die aktuellen Entwicklungen von Rechtsprechung und Gesetzgebung angepasst. Die jeweils in sich abgeschlossenen Kapitel bieten einen kompakten Überblick und ermöglichen einen schnellen Einstieg in die vielschichtige Materie. Dazu zahlreiche Übersichten und Praxistipps mit Musterformulierungen.

Bestens vernetzt: Probe lesen unter www.otto-schmidt.de/hri6

ottoschmidt

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dr. Jürgen Gräfe
Rechtsanwalt



Eine interessante Entscheidung zur Frage, in welchen engen Grenzen bei der **Nichtinanspruchnahme rechtswidriger Steuervorteile** ein **Schaden** entstehen kann, hat das OLG München getroffen. Es wird diskutiert, wann der Steuerberater sich eine rechtswidrige Verwaltungspraxis oder ständige Verwaltungsübung der Finanzverwaltung zunutze machen muss. Das OLG stellt hierzu klar, dass eine Fach-Information des Bayr. Landesamt für Steuern keine Verwaltungspraxis oder Verwaltungsübung begründen kann. Das können nur Steuerrichtlinien oder Anwendungserlasse des Bundesministers der Finanzen an die nachgeordneten Finanzbehörden. Sie begründen eine ständige Verwaltungspraxis, die sich der Steuerberater für seinen Mandanten zunutze machen muss.

Die **Entbindung des Steuerberaters von der Schweigepflicht durch den Insolvenzverwalter** einer GmbH ist nicht immer wirksam. In der Entscheidung des OLG Zweibrücken ging es um Straftaten des Geschäftsführers und möglicherweise in diesem Sachverhaltszusammenhang dem Steuerberater anvertraute oder bekanntgewordene Tatsachen. In diesem Fall ist der Geschäftsführer persönlich betroffen und muss die Entbindungserklärung abgeben.

Eine **Dritthaftung des Anwaltsvertrages** entsteht, wenn eine Rechtsauskunft auch Auswirkungen bei einer Schwester-gesellschaft der Auftraggeberin hat. Schwierig ist bei diesen Sachverhalten die Feststellung der Erkennbarkeit für den Rechtsanwalt. Im Entscheidungsfall des OLG Düsseldorf hatte die auftraggebende Person nicht erklärt, für welche Gesellschaft der Auftrag erteilt wurde. Für die Dritthaftung und zugunsten der Mandantin sprach, dass der Anwalt die Unternehmensgruppe kannte und auch für Schwestergesellschaften bereits aufgetreten war.

Der **Versicherungsschutz** des Anwalts bezieht sich nur auf dessen Berufstätigkeit. Die Eröffnung eines Anderkontos und die schlichte Weiterleitung dort eingehender Gelder ist aber keine **anwaltliche Tätigkeit** (LG Hannover).

Das LG Köln bestätigt die Auffassung des OLG Düsseldorf, dass bei **Zeithonoraren eine vereinbarte Zeittakt-Klausel von 15 Minuten** unangemessen und unwirksam ist.

Ihr Dr. Jürgen Gräfe

Anwaltshaftung

- Auskehr einer eingezogenen Forderung
- Rechtsanwalt als Unterbevollmächtigter
- Missbrauch der Vertretungsmacht des Bevollmächtigten (BGH, Urt. v. 11.5.2017 – IX ZR 238/15)

Leitsätze:

1. Ein Rechtsanwalt, der entsprechend einer wirksamen Weisung des Bevollmächtigten seines Mandanten eine für diesen eingezogene Forderung an einen Dritten auskehrt, handelt nicht pflichtwidrig, wenn es an einem evidenten Missbrauch der Vertretungsmacht fehlt.
2. Ein Untervertreter ist nicht berechtigt, namens des Vertretenen die dem Hauptvertreter erteilte Vollmacht zu widerrufen.
3. Die Abtretung einer Forderung ist mangels Bestimmtheit unwirksam, wenn sie zur Sicherung mehrerer laufender Schwankungen unterworfenen Forderungen erfolgt und der Drittschuldner nicht in zumutbarer Weise erkennen kann, wie hoch sich die gesicherten Forderungen belaufen. ■

Zum Sachverhalt:

Die m. oHG, deren persönlich haftende Gesellschafter die Streithelfer zu 2) und 3) (nachfolgend: Streithelfer) sind, machte vor dem LG Köln eine Forderung gegen die K. GmbH geltend. Diese Forderung trat die m. oHG an die Klägerin, die Schwiegermutter des Streithelfers zu 2) und Mutter der Streithelferin zu 3), ab. In der Abtretungsurkunde ist wörtlich ausgeführt:

„Die Firma m. oHG ... und deren persönlich haftende Gesellschafter S. ... und M. ... treten hiermit folgende Forderungen ab:

1. Alle gegen die Firma K. GmbH ... in dem Rechtsstreit vor dem LG Köln ... geltend gemachten und ihnen zustehenden Ansprüche... an Frau K. ... in Höhe ihrer fortlaufenden Forderungen ...“

Nachdem die m. oHG vor dem LG Köln ein der Klage teilweise stattgebendes Urteil erwirkt hatte, zahlte die K. GmbH auf Verlangen der Streithelfer den Verurteilungsbetrag in Höhe von 50.000 EUR nebst Zinsen, insgesamt 73.032,30 EUR, auf ein Konto der Rechtsanwaltskanzlei L. Die durch die Streithelfer vertretene m. oHG beauftragte die beklagten Rechtsanwälte (nachfolgend: die Beklagten) namens der Klägerin, von der Rechtsanwaltskanzlei L. die Auskehr des eingezogenen Betrages zu erwirken. Entsprechend einer Zahlungsaufforderung der Beklagten entrichtete die Rechtsanwaltskanzlei L. den Zahlungsbetrag von 73.032,30 EUR auf ein Konto der Beklagten. Auf Verlangen der Streithelferin zu 3) überwiesen die Beklagten den Betrag auf ein Konto der R. GmbH, deren Gesellschafter die Streithelfer sind.

Mit vorliegender Klage nimmt die Klägerin die Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch, weil sie die ihr zustehende Forderung pflichtwidrig an die R. GmbH ausgezahlt hätten. Das OLG hat der erstinstanzlich abgewiesenen Klage teilweise stattgegeben. Mit der vom Senat zugelassenen Revision verfolgen die Beklagten ihr Klageabweisungsbegehren weiter. ■

Aus den Gründen:

Die Revision hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Wiederherstellung des die Klage vollständig abweisenden Ersturteils.

I. Das Berufungsgericht hat zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt:

Die Beklagten hätten gegenüber der Klägerin eine Pflichtverletzung begangen, weil sie den von der Rechtsanwaltskanzlei L. erhaltenen Betrag nicht an die Klägerin, sondern an die R. GmbH weitergeleitet hätten. Es könne offenbleiben, wer den Beklagten das Mandat erteilt habe. Jedenfalls seien diese gehalten gewesen, die Interessen der Klägerin zu wahren und das erhaltene Geld ausschließlich an sie abzuführen. Die von der Klägerin der m. oHG erteilte Inkassovollmacht habe diese im Außenverhältnis berechtigt, die Forderung einzuziehen. Im Innenverhältnis sei jedoch ohne weiteres erkennbar gewesen, dass der Betrag materiell-rechtlich der Klägerin zustehe und auf ihr Konto zu bezahlen sei. Zudem hätten die Beklagten die der m. oHG erteilte Vollmacht ausdrücklich im Anforderungsschreiben gegenüber der Rechtsanwaltskanzlei L. widerrufen. Mithin habe die m. oHG keine die Klägerin bindende Weisung erteilen können, die Zahlung an die R. GmbH auszukehren.

An der Wirksamkeit der Abtretung zugunsten der Klägerin bestünden keine Bedenken. Zwar müsse die Höhe der Forderung auch für den Drittschuldner ohne besondere Nachforschungen feststellbar sein. Hier sei zwischen Zedentin und Zessionarin feststellbar, wie hoch die den Umfang der Abtretung bestimmenden Forderungen der Klägerin gegenüber der m. oHG seien. Zudem sei die K. GmbH durch die Gestaltung der Vereinbarung insoweit geschützt, als sie auf jeden Fall befreiend an die m. oHG habe leisten können. Die Abtretung sei nicht deswegen als unbestimmt unwirksam, weil eine Mehrzahl von Einzelforderungen zur Sicherung eines niedrigeren als des Gesamtbetrages abgetreten worden sei. Die K. GmbH sei nämlich durch das LG Köln zur Zahlung einer einheitlichen Verbindlichkeit von 50.000 EUR und nicht zur Zahlung von mehreren Einzelforderungen verurteilt worden. Die Abtretung sei in Höhe von 38.250 EUR wirksam geworden, weil sich die Forderung der Klägerin lediglich auf diesen Betrag belaufe.

II. Diese Ausführungen halten in wesentlichen Punkten rechtlicher Prüfung nicht stand.

1. Entgegen der Würdigung des Berufungsgerichts tragen seine bisherigen tatsächlichen Feststellungen nicht die Annahme, dass den Beklagten eine **Pflichtverletzung** anzulasten ist, weil sie den von der Rechtsanwaltskanzlei L. eingezogenen Geldbetrag entsprechend der Weisung der Streithelfer

an die R. GmbH weitergeleitet haben. Beruhte diese Weisung, wie das Berufungsgericht unterstellt, auf einer den Streithelfern von der Klägerin **wirksam erteilten Vollmacht**, scheidet mangels durchgreifender Anhaltspunkte für einen Missbrauch der Vertretungsmacht eine Pflichtwidrigkeit der Beklagten aus.

a) Das Mandatsverhältnis ist nach dem revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Sachverhalt zwischen der durch die m. oHG vertretenen Klägerin und den Beklagten zustande gekommen. Die m. oHG war von der Klägerin bevollmächtigt, in ihrem Namen mit den Beklagten einen Anwaltsdienstvertrag zu schließen.

aa) Ausweislich der Abtretungsurkunde wurden die Streithelfer von der Klägerin ermächtigt, die Forderungen der m. oHG gegen die K. GmbH im eigenen Namen einzuziehen und den betreffenden Rechtsstreit fortzuführen. Eine entsprechende Ermächtigung erteilte die Klägerin den Streithelfern und der m. oHG für „weitere eventuell anstehende Forderungen“. Vor diesem Hintergrund war in Einklang mit der Würdigung des Vordergerichts eine umfassende Ermächtigung der m. oHG gewollt, die auch die hier geltend gemachte, ursprünglich von ihr vor dem LG Köln verfolgte Forderung umfasst. Zugleich erteilte die Klägerin den Streithelfern und der m. oHG eine „Inkassovollmacht/Handlungsvollmacht“. Mit dem Begriff der Handlungsvollmacht wird regelmäßig die Befugnis zur allgemeinen – umfassenden – Vertretung zum Ausdruck gebracht (vgl. BGH, Urt. v. 12.5.2011 – III ZR 107/10, *ZInsO* 2011, 1303 Rdnr. 25).

bb) Bei dieser Sachlage verbindet sich mit der Ermächtigung zum Forderungseinzug regelmäßig die Erteilung einer Vollmacht zur Einschaltung Dritter, um den Forderungseinzug sicherzustellen. Der Bevollmächtigte ist insbesondere zur Erteilung einer Untervollmacht befugt, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die er selbst nicht im Interesse des Vertretenen wahrnehmen kann (vgl. RGRK/Steffen, *BGB*, 12. Aufl., § 167 Rdnr. 21). Im Streitfall bedurfte es der Einholung rechtlichen Rats, um den Forderungseinzug gegenüber der Rechtsanwaltskanzlei L. zu bewerkstelligen. Mithin umfasste die Hauptvollmacht auch die Erteilung einer Untervollmacht an die Beklagten.

Die Untervollmacht wurde den Beklagten zum Zwecke des Forderungseinzugs im Interesse der Klägerin ersichtlich in der Weise erteilt, unmittelbar im Namen der ursprünglichen Vollmachtgeberin, der Klägerin, zu handeln (vgl. BGH, Urt. v. 5.5.1960 – III ZR 83/59, *BGHZ* 32, 250, 253). Mithin wurden die Beklagten im Rahmen der Einziehung des Verurteilungsbetrages gegenüber der Rechtsanwaltskanzlei L. als wirksam bevollmächtigte Vertreter der Klägerin tätig.

b) Die von der Klägerin erteilte **umfassende Handlungsvollmacht** begründet mangels entgegenstehender tatrichterlicher Feststellungen grundsätzlich die **Befugnis des Vertreters, gegenüber den Beklagten eine bindende Anordnung über die Verwendung der von ihnen zugunsten der Klägerin eingezogenen Gelder zu treffen**. Bei dieser Sachlage durften die Beklagten entsprechend der ihnen durch die Streithelfer erteilten

Weisung den von der Rechtsanwaltskanzlei L. eingezogenen Zahlungsbetrag an die R. GmbH weiterleiten.

aa) Die den Streithelfern und der m. oHG von der Klägerin erteilte Vollmacht war nicht im Rahmen eines von den Beklagten an die Rechtsanwaltskanzlei L. gerichteten Schreibens widerrufen worden (§ 167 Abs. 1, § 168 Abs. 1 Satz 3 BGB).

(1) Die Beklagten waren als Unterbevollmächtigte der m. oHG nicht berechtigt, die dieser von der Klägerin erteilte Vollmacht zu widerrufen.

Eine Vollmacht kann, auch wenn es sich um eine **Innenvollmacht** handelt, durch Erklärung **gegenüber dem Geschäftsgegner widerrufen** werden (*MünchKomm-BGB/Schubert*, 7. Aufl., § 168 Rdnr. 18). Der Widerruf bringt die Vollmacht ex nunc zum Erlöschen (*MünchKomm-BGB/Schubert*, a.a.O., § 168 Rdnr. 19). Eine Untervollmacht kann einen geringeren oder gleichen, aber keinen weitergehenden Umfang als die Hauptvollmacht haben (BGH, Urt. v. 7.3.1990 – VIII ZR 25/89, *ZIP* 1990, 610, 613; *Staudinger/Schilken*, *BGB*, 2014, § 167 Rdnr. 67; *Soergel/Leptien*, *BGB*, 13. Aufl., § 167 Rdnr. 61; *Erman/Maier-Reimer*, *BGB*, 14. Aufl., § 167 Rdnr. 64).

Darum kann der Hauptbevollmächtigte kraft seiner umfassenden Vertretungsbefugnis die Vollmacht des Unterbevollmächtigten widerrufen (*Staudinger/Schilken*, a.a.O., § 167 Rdnr. 69; *Soergel/Leptien*, *BGB*, 13. Aufl., § 167 Rdnr. 61; *Bamberger/Roth/Schäfer*, 2017, § 167 Rdnr. 36; *NK-BGB/Ackermann*, 2. Aufl., § 167 Rdnr. 69; *Frensch in: Prütting/Wegen/Weinreich*, *BGB*, 11. Aufl., § 167 Rdnr. 56).

Umgekehrt ist jedoch der Unterbevollmächtigte, weil der Widerruf mit der Erteilung der Vollmacht korrespondiert (*Müller-Freienfels*, *Die Vertretung beim Rechtsgeschäft*, 1955, S. 108), **nicht befugt, die Hauptvollmacht seines Vollmachtgebers zu beenden**. Bei dieser Sachlage konnte die Vollmacht der Streithelfer und der m. oHG nicht durch das Schreiben der Beklagten an die Rechtsanwaltskanzlei L. wirksam widerrufen werden.

(2) Zudem handelt es sich um einen auf das Verhältnis zur Rechtsanwaltskanzlei L. beschränkten Vollmachtswiderruf, welcher die Befugnisse der Streithelfer und der m. oHG gegenüber den Beklagten nicht berührte.

Ein Widerruf muss die Vollmacht nicht insgesamt beseitigen. Auch ein teilweiser Widerruf ist möglich, durch den die fortbestehende Vollmacht lediglich beschränkt wird (*Staudinger/Schilken*, a.a.O., § 168 Rdnr. 7; *Soergel/Leptien*, a.a.O., § 168 Rdnr. 19). Insbesondere ist die Möglichkeit eines Teilwiderrufs der Vollmacht gegenüber einzelnen Dritten anerkannt (*Staudinger/Schilken*, a.a.O.; *Soergel/Leptien*, a.a.O.). In dieser Weise verhält es sich im Streitfall, weil der Widerruf der Vollmacht nach den Feststellungen des Berufungsgerichts lediglich dazu diente, die Rechtsanwaltskanzlei L. zur Zahlung zu bewegen. Bei dieser Sachlage sollte die Vollmacht der Streithelfer und der m. oHG im Übrigen, insbesondere gegenüber den Beklagten, fortbestehen.

bb) Auf der Grundlage der mit Wirkung zur Klägerin gültigen Vollmacht durften die Beklagten der Weisung der Streithelferin zu 3) folgen, den bei der Rechtsanwaltskanzlei L. eingezogenen Betrag auf ein Konto der R. GmbH zu transferieren.

(1) Nach ständiger Rechtsprechung des BGH hat grundsätzlich der Vertretene das **Risiko eines Missbrauchs der Vertretungsmacht** zu tragen (vgl. BGH, Urt. v. 29.6.1999 – XI ZR 277/98, WM 1999, 1617, 1618; v. 9.5.2014 – V ZR 305/12, WM 2014, 1964 Rdnr. 18; v. 14.6.2016 – XI ZR 74/14, BKR 2016, 383 Rdnr. 21). **Den Vertragspartner trifft keine Prüfungspflicht, ob und inwieweit der Vertreter im Innenverhältnis gebunden ist, von seiner nach außen unbeschränkten Vertretungsmacht nur begrenzten Gebrauch zu machen** (BGH, Urt. v. 1.6.2010 – XI ZR 389/09, WM 2010, 1218 Rdnr. 29; v. 14.6.2014, a.a.O.).

Etwas anderes gilt zum einen in dem – hier nicht gegebenen – Fall, dass der Vertreter **kollusiv mit dem Vertragsgegner zum Nachteil des Vertretenen ein Geschäft abschließt**. Ein solches Geschäft verstößt gegen die guten Sitten und ist nichtig (§ 138 BGB, vgl. BGH, Urt. v. 14.6.2000 – VIII ZR 218/99, WM 2000, 2313, 2314; v. 28.1.2014 – II ZR 371/12, WM 2014, 628 Rdnr. 10; v. 14.6.2016, a.a.O., Rdnr. 22).

Zum anderen ist der Vertretene gegen einen **erkennbaren Missbrauch der Vertretungsmacht** im Verhältnis zum Vertragspartner dann geschützt, wenn der Vertreter von seiner Vertretungsmacht in ersichtlich verdächtiger Weise Gebrauch gemacht hat, so dass beim Vertragspartner begründete Zweifel bestehen mussten, ob nicht ein Treueverstoß des Vertreters gegenüber dem Vertretenen vorliege. Notwendig ist dabei eine massive Verdachtsmomente voraussetzende objektive Evidenz des Missbrauchs (BGH, Urt. v. 25.10.1994 – XI ZR 239/93, BGHZ 127, 239, 241; v. 1.2.2012 – VIII ZR 307/10, WM 2012, 2020 Rdnr. 21; v. 9.5.2014 – V ZR 305/12, WM 2014, 1964 Rdnr. 18; v. 14.6.2016, a.a.O.).

Die objektive Evidenz ist insbesondere dann gegeben, wenn sich nach den gegebenen Umständen die Notwendigkeit einer Rückfrage des Geschäftsgegners bei dem Vertretenen geradezu aufdrängt (BGH, Urt. v. 14.6.2016, a.a.O.).

(2) Ein durch massive Verdachtsmomente zutage getretener evidenten Missbrauch der Vertretungsmacht war für die Beklagten ersichtlich nicht gegeben. Die Klägerin hatte die Streithelfer und die m. oHG ausweislich der den Beklagten vorgelegten Urkunde mit dem Einzug der hier in Rede stehenden Forderung im Rahmen einer Inkasso- und Handlungsvollmacht beauftragt. Gleiches galt nach dem Inhalt der Urkunde für weitere an die Klägerin abgetretene Forderungen. Bei dieser Sachlage durften die Beklagten davon ausgehen, dass die Streithelferin zu 3) berechtigt war, über den Einzug der hier betroffenen Forderung frei zu disponieren. Der Vollmachtswiderruf durch die Beklagten ist insoweit nicht von Bedeutung, weil er lediglich durch den Zweck geleitet war, die Rechtsanwaltskanzlei L. zur Zahlung zu veranlassen.

Dem bloßen Hinweis der Abtretungsurkunde auf das Konto der Klägerin war nicht zu entnehmen, dass Zahlungen nur

auf dieses Konto erfolgen durften, zumal der Verurteilungsbetrag zunächst unbeanstandet von der Klägerin durch die Rechtsanwaltskanzlei L. eingezogen worden war. Auch vor dem Hintergrund der nach außen fortbestehenden familiären Verbundenheit der Streithelfer zu der Klägerin war die Weisung, die Zahlung an die R. GmbH auszukehren, nicht als verdächtig zu bewerten. Anhaltspunkte für eine Rückfrage der Beklagten an die Klägerin waren folglich nicht gegeben.

c) Bislang fehlt es jedoch an abschließenden tatrichterlichen Feststellungen zur Reichweite der von der Klägerin der m. oHG und den Streithelfern erteilten Vertretungsmacht. Einer Zurückverweisung zur Klärung dieser Frage bedarf es indessen nicht, weil die Klägerin – selbst wenn man eine Pflichtverletzung der Beklagten im Rahmen des Forderungseinzugs unterstellt – keinen Schaden erlitten hat.

2. Der Klägerin ist **kein Schaden** (§ 249 Abs. 1 BGB) entstanden, weil die über die Rechtsanwaltskanzlei L. eingezogene und sodann an die R. GmbH abgeführte **Forderung nicht wirksam an sie abgetreten** worden war (§ 398 BGB).

a) Die Abtretung entbehrt zum einen der notwendigen Bestimmtheit, weil die m. oHG eine Mehrzahl von gegen die K. GmbH gerichteten Forderungen lediglich teilweise an die Klägerin, nämlich in Höhe von deren Forderungen, abgetreten hatte, ohne dass erkennbar ist, auf welche konkreten Forderungen der m. oHG sich die Abtretung erstreckt.

aa) Eine Abtretung ist nur wirksam, wenn die Forderung, die Gegenstand der Abtretung ist, bestimmt oder wenigstens bestimmbar ist. Dieses Erfordernis ergibt sich aus der Rechtsnatur der Abtretung, die ein dingliches Rechtsgeschäft ist. Die Abtretung bewirkt, dass das Gläubigerrecht an einer Forderung von dem bisherigen Gläubiger auf eine andere Person als neuen Gläubiger übergeht (§ 398 BGB).

Wie ein Gläubigerrecht nur an einer bestimmten oder mindestens bestimmbar Forderung bestehen kann, so kann auch nur das Gläubigerrecht an einer bestimmten oder bestimmbar Forderung Gegenstand der Abtretung sein. An dem Erfordernis der Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit fehlt es, wenn von mehreren selbständigen Forderungen ein Teil abgetreten wird, ohne dass erkennbar ist, von welcher oder von welchen Forderungen ein Teil abgetreten werden soll (BGH, Urt. v. 7.6.2011 – VI ZR 260/10, NJW 2011, 2713 Rdnr. 6 m.w.N.).

bb) In dieser Weise verhält es sich im Streitfall.

(1) Die m. oHG hatte „alle gegen die Firma K. GmbH in dem Rechtsstreit vor dem LG Köln geltend gemachten und ihnen zustehenden Ansprüche“ an die Klägerin „in Höhe ihrer fortlaufenden Forderungen“ abgetreten. Entgegen der Würdigung des Berufungsgerichts betraf die Abtretung nicht eine Einzelforderung, sondern eine sich aus einer Vielzahl von Forderungen zusammensetzende Gesamtforderung über zunächst 519.397,72 EUR. Die beklagte K. GmbH hatte insoweit auf der Grundlage eines den Bestand der einzelnen Forderungen nicht berührenden deklaratorischen Schuldaner-

kenntnisses (vgl. *BGH, Urt. v. 11.12.2015 – V ZR 26/15, WM 2016, 1748 Rdnr. 13*) Provisionsforderungen über 50.000 EUR unstreitig gestellt. Nachdem das LG Köln selbst Provisionsforderungen über 41.553,11 EUR als berechtigt ansah, verurteilte es die K. GmbH entsprechend dem Anerkenntnis zur Zahlung von insgesamt 50.000 EUR, wobei die Verzinsung nach Maßgabe der Höhe der sieben Einzelforderungen gestaffelt wurde. Bei dieser Sachlage betrifft die Abtretung, soweit es um die „geltend gemachten und zustehenden Ansprüche“ geht, eine Mehrzahl von Forderungen.

(2) Der **Bestimmtheitsgrundsatz** verbietet, aus der Gesamtsumme mehrerer Forderungen nur einen summenmäßig bestimmten Teil abzutreten (*BGH, Urt. v. 7.6.2011 – VI ZR 260/10, NJW 2011, 2713 Rdnr. 7*). In dieser Weise sind indessen die Klägerin und die m. oHG verfahren, indem sie alle der m. oHG gegen die K. GmbH zustehenden Forderungen an die Klägerin abtreten und diese Abtretung im Umfang auf die „Höhe ihrer fortlaufenden Forderungen“ eingeschränkt haben. Abgetreten wurden sämtliche Forderungen der m. oHG gegen die K. GmbH, zugleich wurde das Abtretungsvolumen durch die offenen Forderungen aus der Geschäftsbeziehung zwischen der Klägerin und der m. oHG beschränkt.

Vor diesem Hintergrund bleibt ungeklärt, welche Einzelforderungen von der Abtretung betroffen sind. Es ist nicht erkennbar, auf welchen Teil der Forderungen der m. oHG sich die Abtretung bezieht, weil die abgetretenen Forderungen über 50.000 EUR den gesicherten Betrag von 38.250 EUR übersteigen (vgl. *BGH, Beschl. v. 15.10.2009 – IX ZR 170/07, n.v. Rdnr. 2*).

b) Die Abtretungsvereinbarung genügt zum anderen nicht dem Bestimmtheitsfordernis, weil sie auf die Höhe der „fortlaufenden Forderungen“ der Klägerin gegen die m. oHG beschränkt ist und darum für die K. GmbH als Drittschuldnerin der abgetretenen Forderungen der Umfang des Forderungsübergangs nicht erkennbar war.

aa) Die Abtretungsvereinbarung verknüpft den Umfang der Forderungsabtretung mit der zu sichernden Forderung, indem sie die Abtretung auf die „fortlaufenden Forderungen“ der Klägerin begrenzt. Dadurch wird die Höhe der Abtretung ungewiss. Wie hoch die Forderung der Klägerin gegen die m. oHG war, ließ sich aus der Abtretungsvereinbarung allein weder ersehen noch errechnen, sondern nur mit Hilfe sonstiger Unterlagen jeweils für den maßgeblichen Stichtag feststellen. Insoweit war die abgetretene Forderung ihrer Höhe nach lediglich zwischen den Parteien des Abtretungsvertrags bestimmbar.

Die Wirkungen eines solchen Abtretungsvertrags erstrecken sich jedoch notwendig auf den Schuldner der abgetretenen Forderung. Es kann deswegen nicht genügen, dass sich aufgrund des Vertrags nur im Verhältnis zwischen Zedenten und Abtretungsempfänger ermitteln lässt, wer von ihnen wie viel vom Schuldner fordern kann. Vielmehr muss auch der Schuldner, mindestens in gewissen Grenzen, aus dem Abtretungsvertrag oder sonstigen ihm erkennbaren Umständen

entnehmen können, wie eine nur teilweise abgetretene Forderung sich auf den Zedenten und Abtretungsempfänger aufteilt und wie viel er deshalb an jeden von beiden zu leisten hat (*BGH, Urt. v. 22.9.1965 – VIII ZR 265/63, NJW 1965, 2197 f.; v. 12.10.1999 – XI ZR 24/99, ZIP 1999, 2058, 2059 f.; OLG Dresden, NJW-RR 1997, 1070, 1071*).

bb) Diesen Mindestanforderungen ist im Streitfall nicht genügt, weil die K. GmbH als Drittschuldnerin weder aus der Abtretungsvereinbarung noch sonst in zumutbarer Weise erkennen konnte, in welcher Höhe die abgetretenen Forderungen der Klägerin und der m. oHG zustanden. Insbesondere war die K. GmbH völlig im Unklaren darüber, wie hoch sich die „fortlaufenden Forderungen“ der Klägerin gegen die m. oHG beliefen. Es fehlte dabei jede Eingrenzung, welche einzelnen Forderungen der Klägerin die Höhe der abgetretenen Forderungen bestimmen sollten. Darum konnte die K. GmbH nicht ermitteln, in welchem Umfang die Klägerin und die m. oHG ihre Gläubigerin war. Diese Unsicherheit wurde nicht durch die von der Klägerin der m. oHG erteilte Einzugsermächtigung beseitigt.

Die Einzugsermächtigung gab ihrem Inhalt nach der K. GmbH keinen Aufschluss über die auf beide Gläubiger entfallenden Forderungsanteile. Der Schuldner muss unabhängig von einer – zudem widerruflichen – Einzugsermächtigung wissen, wer in welcher Höhe Gläubiger einer gegen ihn gerichteten Forderung ist. Insbesondere bestand die Unsicherheit ungeachtet der Einzugsermächtigung fort, sofern sich die K. GmbH von der Verbindlichkeit gegenüber einer der Gläubigerinnen aufgrund einer nach Kenntnis der Abtretung erlangten Forderung im Wege der Aufrechnung befreien konnte. In dieselbe Richtung weist die Rücksichtnahme auf die Interessen konkurrierender Gläubiger. Würde einem solchen die Abtretungsvereinbarung vorgelegt, so bliebe er in völliger Ungewissheit, in welcher Höhe die Forderung etwa noch seinem Zugriff unterliegt (*BGH, Urt. v. 22.9.1965, a.a.O., S. 2198*).

c) Ohne Erfolg beruft sich die Revisionserwiderung darauf, die Abtretung sei nachträglich in ausreichend bestimmter Form vorgenommen worden. Für diese Schlussfolgerung fehlt es an jeglichen tatsächlichen Anhaltspunkten. (...) ■

Anwaltshaftung

- Berufungsbegründung
 - Übernahme von Verantwortung
 - Distanzierender Zusatz
- (*BGH, Beschl. v. 14.3.2017 – VI ZB 34/16*)

Leitsatz:

Eine Berufung ist nicht ordnungsgemäß durch einen Anwalt begründet, wenn dieser eine von einem Dritten entworfene Berufungsbegründung unterzeichnet, dabei jedoch durch einen distanzierenden Zusatz deutlich macht, dass er nicht die volle Verantwortung für den gesamten Inhalt des Schriftsatzes übernimmt. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagten auf materiellen und immateriellen Schadenersatz aus ärztlicher Behandlung in Anspruch. Das LG hat die Klage abgewiesen. Hiergegen legte der Kläger durch Schriftsatz seines damaligen Prozessbevollmächtigten, Rechtsanwalt V., Berufung ein. Die Frist zur Berufungsbegründung wurde mehrfach verlängert, zuletzt bis zum 17.12.2015. Mit Schreiben vom 12.11.2015 legte der Kläger persönlich dem Berufungsgericht den selbstgefertigten Entwurf einer Berufungsbegründung vor. Als Anlage übermittelte er ein an ihn gerichtetes Schreiben von Rechtsanwalt V. vom 11.11.2015.

In diesem Schreiben führte Rechtsanwalt V. aus, er habe die Akte und die vom Kläger entworfene Berufungsbegründung geprüft, sehe sich aber aufgrund der fehlenden Erfolgsaussichten sowie der vom Kläger erhobenen Vorwürfe einer vorsätzlichen Körperverletzung durch die Beklagten nicht in der Lage, die Berufung durchzuführen. Wörtlich heißt es: „Sie behaupten, die behandelnden Ärzte haben Sie vorsätzlich an der Gesundheit geschädigt. Ich halte diese Behauptung auch nach genauem Studium der Akte für nicht zutreffend und kann guten Gewissens diese Behauptung weder aufstellen noch vertreten. Ich habe Sie in diesem Zusammenhang auch auf die strafrechtliche Relevanz ihrer Behauptungen hinzuweisen.“

Am 25.11.2015 teilte Rechtsanwalt V. dem Berufungsgericht mit, den Kläger nicht länger zu vertreten. Mit Schreiben vom 27.11.2015 übersandte der Kläger dem Berufungsgericht eine „verbesserte“ Fassung seines Entwurfs einer Berufungsbegründung, wobei die von Rechtsanwalt V. beanstandeten Passagen inhaltlich unverändert blieben. Als Anlage übermittelte der Kläger eine an ihn gerichtete E-Mail von Rechtsanwalt V. vom 25.11.2015, in der dieser ihn erneut darauf hinwies, dass er die Berufung aufgrund der fehlenden Erfolgsaussichten und der vom Kläger erhobenen Vorwürfe einer vorsätzlichen Körperverletzung nicht durchführen werde.

Am 17.12.2015, mithin am letzten Tag der Berufungsbegründungsfrist, reichte Rechtsanwalt V. eine 16-seitige Berufungsbegründung ein. Das Eingangsblatt mit den Anträgen sowie drei Schlusssätze hatte Rechtsanwalt V. selbst verfasst, die übrigen Seiten entstammen dem vom Kläger gefertigten Entwurf. Die von Rechtsanwalt V. unterzeichnete Berufungsbegründung lautet in den von ihm gefertigten Passagen wie folgt:

„In Sachen ... hat mir der Kläger am 16.12.2015 mitgeteilt, dass er keinen Rechtsanwalt gefunden habe, der bereit gewesen sei, die Berufung zu begründen. Der Kläger hat mich aufgefordert, die Berufung zu begründen.“

Nach Wiederaufnahme des Mandats wird namens und in Vollmacht des Klägers – und auf ausdrückliche Weisung des Klägers – beantragt, ...

Begründung:
Der Kläger lässt vortragen:

„...“ [es folgt die vom Kläger entworfene, durch ihr Schriftbild vom Anwaltsschreiben deutlich abgesetzte und in Anführungszeichen gesetzte Berufungsbegründung im Wortlaut]

Die in Bezug genommenen Anlagen liegen dem Gericht bereits vor.

Soweit die Berufungsbegründung den Verdacht einer Straftat enthält, so handelt es sich hierbei um Schlussfolgerungen aus Indizientatsachen, die ohne Anzeichen der Mutwilligkeit oder wider besseren Wissens aufgestellt werden.

Dieser Hinweis erscheint mir als Prozessbevollmächtigter des Klägers notwendig.“

Das Berufungsgericht hat die Berufung durch Beschluss gemäß § 522 Abs. 1 ZPO verworfen. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Rechtsbeschwerde. ■

Aus den Gründen:

Die statthafte (§ 522 Abs. 1 Satz 4, § 574 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO) Rechtsbeschwerde hat keinen Erfolg. Sie ist unzulässig. Die Voraussetzungen des § 574 Abs. 2 ZPO, die auch bei einer Rechtsbeschwerde gegen einen die Berufung als unzulässig verwerfenden Beschluss gewahrt sein müssen (*Senatsbeschl. v. 15.12.2015 – VI ZB 15/15, NJW 2016, 873 Rdnr. 5 m.w.N.*), sind nicht erfüllt. Eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts ist nicht zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung (§ 574 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) erforderlich; insbesondere verletzt der angefochtene Beschluss nicht den Anspruch des Klägers auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip; vgl. *BVerfG, NJW 2003, 281 m.w.N.*).

1. Das Berufungsgericht hat zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt, Rechtsanwalt V. habe sich von dem Inhalt der von ihm unterschriebenen Berufungsbegründung distanziert und damit deutlich gemacht, dass er dafür nicht die volle Verantwortung übernehme. Dies folge aus seinen einleitenden und abschließenden eigenen Anmerkungen, auch habe er die Ausführungen des Klägers in Anführungszeichen gesetzt. Insgesamt habe Rechtsanwalt V. mit der gebotenen Eindeutigkeit zu erkennen gegeben, dass er nur eine fremde Erklärung, nämlich die des Klägers, habe übermitteln wollen.

Dieses Ergebnis werde bestätigt durch die mit dem Kläger zuvor geführte Korrespondenz, die dieser dem Berufungsgericht zur Kenntnis gegeben habe. Danach seien es neben der fehlenden Erfolgsaussicht insbesondere die in den Ausführungen des Klägers enthaltenen strafrechtlichen Vorwürfe gewesen, die Rechtsanwalt V. abgelehnt habe und die es ihm unmöglich gemacht hätten, die Berufung für den Kläger zu führen und die in der vorformulierten Begründung des Klägers enthaltene Behauptung aufzustellen und zu vertreten.

2. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung stand.

a) Mit den Regelungen **über den Anwaltszwang** (§ 78 Abs. 1 ZPO) und über den notwendigen Inhalt einer Berufungsbegründung (§ 520 Abs. 3 ZPO) **soll erreicht werden, dass ein mit dem Verfahren vertrauter Rechtsanwalt dem Gericht und dem Gegner den Sachverhalt unter bestimmter Bezeichnung der im Einzelnen anzuführenden Anfechtungsgründe nach persönlicher Durcharbeitung des Prozessstoffes vorträgt.**

Die Berufungsbegründung muss deshalb Ergebnis der **geistigen Arbeit des Berufungsanwalts** sein (vgl. BGH, Urt. v. 19.10.1988 – IVb ZR 5/88, NJW 1989, 394, 395; Beschl. v. 23.6.2005 – V ZB 45/04, NJW 2005, 2709). Zwar ist der Anwalt nicht gehindert, die Berufungsbegründung von anderen Personen, etwa von einem Referendar, vorbereiten zu lassen. Erforderlich ist aber, dass der unterzeichnende Anwalt die Berufungsbegründung selbständig prüft und aufgrund der Prüfung die volle Verantwortung für den Schriftsatz übernimmt (BGH, Urt. v. 19.10.1988 – IVb ZR 5/88, NJW 1989, 394, 395; Beschl. v. 24.1.2008 – IX ZB 258/05, NJW 2008, 1311 Rdnr. 5).

b) **Aus Gründen der Rechtssicherheit begnügt sich das Gesetz hinsichtlich dieser Anforderungen allerdings mit dem äußeren Merkmal der Unterschrift, ohne einen darüber hinausgehenden Nachweis zu fordern, dass der Anwalt den Prozessstoff eigenverantwortlich durchgearbeitet hat und die Verantwortung für dessen Inhalt tragen will** (§ 520 Abs. 5 i.V.m. § 130 Nr. 6 ZPO). Für ein Berufungsgericht besteht deshalb in aller Regel kein Anlass, den Inhalt einer anwaltlich unterschriebenen Berufungsbegründung darauf zu überprüfen, in welchem Umfang und wie gründlich der Anwalt den Prozessstoff tatsächlich selbst durchgearbeitet hat (vgl. BGH, Urt. v. 13.7.1989 – VII ZR 223/88, NJW 1989, 3022, 3023; Beschl. v. 24.1.2008 – IX ZB 258/05, NJW 2008, 1311 Rdnr. 6).

Ausnahmen von diesem Grundsatz werden von der Rechtsprechung für zwei Fallgruppen anerkannt, nämlich zum einen, wenn der Anwalt sich **durch einen Zusatz von dem unterschriebenen Schriftsatz distanziert**, und zum anderen, wenn nach den Umständen außer Zweifel steht, dass der Rechtsanwalt den Schriftsatz ohne eigene Prüfung, also unbesehen, unterschrieben hat (vgl. BGH, Urt. v. 29.10.1997 – VIII ZR 141/97, NJW-RR 1998, 574, 575; Beschl. v. 23.6.2005 – V ZB 45/04, NJW 2005, 2709; v. 24.1.2008 – IX ZB 258/05, NJW 2008, 1311 Rdnr. 7).

Zur erstgenannten Fallgruppe rechnen insbesondere von Dritten entworfene **Rechtsmittelbegründungen**, die der Prozessbevollmächtigte **nur rein formal unterzeichnet, dabei jedoch durch einen Zusatz deutlich macht, dass er die volle Verantwortung für den gesamten Inhalt des Schriftsatzes ablehnt** (BGH, Urt. v. 28.3.1969 – I ZR 100/67, VersR 1969, 617; Beschl. v. 21.5.1954 – IV ZB 28/54, JR 1954, 463; RGZ 65, 81, 84 f.).

c) Nach diesen Grundsätzen ist die Berufung hier auch bei der gebotenen rechtsschutzfreundlichen Auslegung (vgl. BGH, Urt. v. 21.6.2016 – II ZR 305/14, NZG 2016, 1032 Rdnr. 12) von Form und Inhalt des Schriftsatzes vom 17.12.2015 nicht in zulässiger Weise begründet worden.

Rechtsanwalt V. hat die **vom Kläger entworfene Berufungsbegründung zwar in sein eigenes Schreiben hineinkopiert** und unterzeichnet, zugleich aber deutlich gemacht, dass er den Inhalt des Begründungsschriftsatzes nicht verantwortet und sich insbesondere **die darin enthaltenen strafrechtlich relevanten Vorwürfe an die Gegenseite nicht zu eigen macht.**

Jedenfalls in der Gesamtschau der von Rechtsanwalt V. gewählten distanzierenden Stilmittel – Stellen der Anträge „auf ausdrückliche Anweisung des Klägers“, Einleiten der vom Kläger übernommenen Begründung mit dem Satz, **der Kläger lasse vortragen**, Setzen der vom Schriftsatz im Übrigen zusätzlich **optisch klar abgesetzten Ausführungen des Klägers in Anführungszeichen** und der **abschließenden Relativierung** der zuvor in Anführungszeichen wiedergegebenen strafrechtlich relevanten Vorwürfe – tritt zweifelsfrei zutage, dass Rechtsanwalt V. die übermittelte Berufungsbegründung nach erfolgter Prüfung gerade nicht in der erforderlichen Weise als eigene und von ihm selbst vollständig zu verantwortende geistige Leistung verstanden wissen will, sondern dass er jedenfalls in Teilen von ihm nicht geteilte Einschätzungen seines Mandanten lediglich überbringt.

Da sich die Unzulässigkeit der Berufung nach all dem schon aus dem Berufungsbegründungsschriftsatz vom 17.12.2015 selbst ergibt, kann offenbleiben, ob die dem Berufungsgericht vom Kläger zur Kenntnis gebrachte vorherige Korrespondenz zwischen Rechtsanwalt V. und dem Kläger ergänzend herangezogen werden kann, wie es das Berufungsgericht bestätigend getan hat (vgl. hierzu BGH, Beschl. v. 5.11.1987 – V ZR 139/87, NJW 1988, 210 einerseits, Beschl. v. 26.4.2012 – VII ZB 83/10, NJW-RR 2012, 1139 Rdnr. 11 ff. andererseits). ■

Anwaltschaftung

- Fristversäumnis
- Verschulden
- Fehlende Unterschrift unter Schriftsatz (BGH, Beschl. v. 17.12.2015 – V ZB 161/14)

Leitsätze:

1. Die auf dem Fehlen der Unterschrift beruhende Versäumnung einer Rechtsmittel(begründungs)frist ist von dem Rechtsanwalt auch dann verschuldet, wenn er irrtümlich annimmt, dass es seiner Unterschrift auf einem ihm vorgelegten Schriftsatz nicht mehr bedürfe, weil er die für das Gericht bestimmte Ausfertigung bereits unterzeichnet habe. Ein Rechtsanwalt darf einen ihm in einer Unterschriftenmappe zur Unterzeichnung vorgelegten Schriftsatz nur dann ohne Unterschrift an das Büro zurückgeben, wenn er sich zuvor durch Nachfrage vergewissert hat, dass die (scheinbar erneute) Vorlage auf einem Büroversehen beruht.

2. Der Grundsatz, dass es nach Erteilung einer Einzelanweisung des Rechtsanwalts an seine Angestellte, deren Befolgung eine versäumte Frist gewahrt hätte, auf Vortrag zu den allgemeinen organisatorischen Vorkehrungen in einer Rechtsanwaltskanzlei nicht ankommt, gilt nur so lange, wie der Rechtsanwalt auf die Ausführung der Weisung vertrauen darf. ■

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte, der mit einem ihm am 5.3.2014 zugestellten Urteil des LG zu einer Zahlung von 25.000 EUR zzgl. Zinsen verurteilt worden ist, hat am 7.4.2014 (Montag) durch seine Prozessbevollmächtigte Berufung bei dem OLG eingelegt. Die Frist für die Berufungsbegründung ist bis zum 5.6.2014 verlängert worden. An diesem Tag ist bei dem OLG per Telefax eine nicht unterschriebene Berufungsbegründung eingegangen. Am folgenden Tag sind durch die Post eine ebenfalls nicht unterschriebene Berufungsbegründung sowie eine mit der Unterschrift der Rechtsanwältin versehene beglaubigte Abschrift eingegangen.

Auf den Hinweis des Senatsvorsitzenden auf die fehlenden Unterschriften hat der Beklagte am 18.6.2014 unter Einreichung einer unterschriebenen Berufungsbegründung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrags Folgendes ausgeführt:

Seine Prozessbevollmächtigte habe die Rechtsanwaltsgehilfin H. am 5.6.2014 angewiesen, den fertiggestellten und unterschriebenen Schriftsatz vorab per Telefax zur Fristwahrung an das Berufungsgericht zu versenden. Danach habe die Rechtsanwaltsgehilfin die Ausfertigungen anfertigen und die von ihr zu beglaubigende Abschrift zur Unterschrift vorlegen sollen. Infolge einer Ungeschicklichkeit habe die Angestellte H. vor der Versendung ein Glas Wasser über den unterschriebenen Schriftsatz verschüttet, der dadurch völlig durchweicht worden sei.

Die Angestellte habe die Berufungsbegründungsschrift deshalb nochmals ausgedruckt und zusammen mit der zu beglaubigenden Abschrift der Rechtsanwältin in einer Unterschriftenmappe vorlegen lassen, ohne diese über den Vorfall zu unterrichten. Die Rechtsanwältin habe in der Annahme, die Ausfertigung für das Gericht bereits unterschrieben zu haben, nur die beglaubigte Abschrift unterzeichnet. Nach Rückgabe der Unterschriftenmappe habe die Rechtsanwaltsgehilfin H. die Ausfertigung für das Gericht vorab per Telefax versandt und den kompletten Vorgang in den Postausgang gegeben.

Das OLG hat den Antrag auf Wiedereinsetzung zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Hiergegen wendet sich der Beklagte mit der Rechtsbeschwerde.

Das Berufungsgericht meint, die beantragte Wiedereinsetzung könne nicht gewährt werden, obwohl die Prozessbevollmächtigte des Beklagten der Angestellten H. eine Einzelanweisung erteilt habe, die bei ihrer Befolgung die Frist

gewahrt hätte. Ein Rechtsanwalt sei auch in der Regel nicht verpflichtet, die Erfüllung der Weisung nachzuprüfen, wenn diese keine besonderen Schwierigkeiten erkennen lasse. Hier verhalte es sich jedoch anders, weil das Büro der Prozessbevollmächtigten nicht nur die beglaubigte Abschrift, sondern auch das Original der Berufungsbegründung der Rechtsanwältin erneut zur Unterschrift vorgelegt habe.

Dies hätte Anlass geboten, den Schriftsatz auf das Vorhandensein der notwendigen Unterschrift zu kontrollieren, zumal die Unterschriftenmappe keinen Hinweis darauf erhalten habe, dass die Weisung zur Vorabversendung per Telefax bereits ausgeführt worden sei. Die Prozessbevollmächtigte, die im Übrigen zur Ausgangs- und zur Fristenkontrolle in der Anwaltskanzlei keine Angaben gemacht habe, hätte deshalb nicht davon ausgehen dürfen, dass sie die ihr zur Unterschrift vorgelegte Berufungsbegründung bereits unterzeichnet habe und dass diese schon an das Berufungsgericht per Fax übermittelt worden sei. ■

Aus den Gründen:

1. Die Rechtsbeschwerde ist nach § 574 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 238 Abs. 2, § 522 Abs. 1 Satz 4 ZPO zwar statthaft; sie ist aber unzulässig, da die besonderen Zulässigkeitsvoraussetzungen nach § 574 Abs. 2 ZPO (vgl. BGH, Beschl. v. 9.11.2004 – XI ZB 6/04, BGHZ 161, 87, 89) nicht vorliegen. Das Berufungsgericht hat durch die Zurückweisung des Wiedereinsetzungsantrags insbesondere nicht den Zugang zu dem von der Zivilprozessordnung eingeräumten Instanzenzug in einer unzumutbaren, aus Sachgründen nicht mehr zu rechtfertigenden Weise erschwert.

2. a) Zu Recht und von der Rechtsbeschwerde auch nicht angegriffen geht das Berufungsgericht davon aus, dass die Prozessbevollmächtigte des Beklagten der Anwaltsgehilfin H. eine **konkrete Einzelanweisung** erteilt hatte, die bei ihrer Befolgung die versäumte Frist gewahrt hätte, und dass die Prozessbevollmächtigte nicht zur Nachprüfung ihrer Erledigung verpflichtet gewesen ist. Das entspricht der Rechtsprechung des BGH (BGH, Beschl. v. 6.7.2000 – VII ZB 4/00, NJW 2000, 2823; v. 2.7.2001 – II ZB 28/00, NJW-RR 2002, 60; v. 30.10.2008 – III ZB 54/08, NJW 2009, 296 Rdnr. 10).

b) Rechtsfehlerfrei sieht das Berufungsgericht die Versäumung der Frist für die Berufungsbegründung (§ 520 Abs. 2 ZPO) dennoch als nicht unverschuldet an. Die Nichteinhaltung der Frist beruhte nämlich nicht allein auf der Nichtausführung der Weisung durch die Rechtsanwaltsangestellte H., sondern auch darauf, dass die Prozessbevollmächtigte die ihr in einer Unterschriftenmappe vorgelegte Ersatzausfertigung der Berufungsbegründung nicht unterzeichnet hat.

Ursächlich für die Fristversäumung war nicht nur, dass die unterschriebene Erstaufbereitung der Berufungsbegründung infolge des Missgeschicks der Rechtsanwaltsgehilfin nicht mehr weisungsgemäß vorab per Telefax an das Berufungsgericht übermittelt werden konnte, sondern auch die Tatsache, dass die noch innerhalb der Frist bei dem Berufungsgericht per Telefax eingegangene Ersatzausfertigung des Schriftsatzes mangels Unterschrift nicht den für die Berufungsbegründung

gesetzlich bestimmten Anforderungen entsprach (§ 520 Abs. 5 i.V.m. § 130 Nr. 6 ZPO).

aa) Bei einer Fristversäumung wegen Fehlens der Unterschrift des Rechtsanwalts kann **Wiedereinsetzung** nur gewährt werden, wenn die Partei gemäß § 236 Abs. 2 ZPO vorträgt und glaubhaft macht, dass dies von ihrem Prozessbevollmächtigten nicht zu vertreten ist (vgl. *BGH, Urt. v. 21.2.1983 – VIII ZR 343/81, VersR 1983, 401; Beschl. v. 21.2.2002 – IX ZA 10/01, NJW 2002, 2180*). Das Fehlen eines Verschuldens des Rechtsanwalts ist schlüssig darzulegen (*BGH, Beschl. v. 14.3.2005 – II ZB 31/03, NJW-RR 2005, 793, 794*).

Ursächlich ist jedes Verschulden, bei dessen Fehlen die Frist nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge nicht versäumt worden wäre (*BGH, Beschl. v. 18.4.2000 – XI ZB 1/00, NJW 2000, 2511, 2512*). Dazu ist von der Partei ein Verfahrensablauf vorzutragen, der ein Verschulden an der Nichteinhaltung der Frist zweifelsfrei ausschließt (*BAG, NJW 2003, 1269, 1270*).

bb) An einer solchen Darlegung fehlt es.

(1) Wird die Berufungsbegründungsfrist versäumt, weil innerhalb der laufenden Frist ein **nicht unterschriebener und damit zur Einhaltung der Frist nicht geeigneter Schriftsatz** bei dem Gericht eingegangen ist, ist **grundsätzlich** von einem dem Berufungskläger nach § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnenden **Anwaltsverschulden** auszugehen (*Senat, Beschl. v. 19.2.2009 – V ZB 168/08, juris Rdnr. 10; vgl. auch BGH, Beschl. v. 27.3.1980 – VII ZB 1/80, VersR 1980, 765; v. 26.6.1980 – VII ZB 11/80, VersR 1990, 942; v. 16.12.1982 – VII ZB 31/82, VersR 1983, 271*). Es ist nämlich die Pflicht eines Rechtsanwalts, für einen mangelfreien Zustand der ausgehenden Schriftsätze zu sorgen, wozu die gemäß § 130 Nr. 6 ZPO zu leistende Unterschrift gehört (*Senat, Beschl. v. 19.2.2009 – V ZB 168/08, juris Rdnr. 10*).

(2) Ein Rechtsanwalt muss deshalb die von seinem Büro in einer Unterschriftenmappe zur Unterzeichnung vorgelegten Schriftsätze auf ihre Vollständigkeit überprüfen und die bei dem Gericht einzureichende Ausfertigung unterschreiben (*BGH, Beschl. v. 16.12.1982 – VII ZB 31/82, VersR 1983, 271*). **Ein Rechtsanwalt muss Vorkehrungen dagegen treffen, dass diese Schriftstücke nicht versehentlich in den Postausgang geraten und ohne Unterschrift bei Gericht eingereicht werden** (vgl. *BGH, Beschl. v. 15.7.2014 – VI ZB 15/14, NJW 2014, 2961 Rdnr. 8*).

Gemessen daran ist die auf dem Fehlen der Unterschrift beruhende Versäumung einer Rechtsmittel(begründungs)frist von einem Rechtsanwalt auch dann verschuldet, wenn er irrtümlich annimmt, dass es seiner Unterschrift auf einem ihm vorgelegten Schriftsatz nicht mehr bedürfe, weil er die für das Gericht bestimmte Ausfertigung bereits unterzeichnet habe. Ein Rechtsanwalt darf einen ihm in einer Unterschriftenmappe zur Unterzeichnung vorgelegten Schriftsatz nur dann ohne Unterschrift an das Büro zurückgeben, wenn er sich zuvor **durch Nachfrage vergewissert hat, dass die (scheinbar erneute) Vorlage auf einem Büroversehen beruht**.

Die Prozessbevollmächtigte des Beklagten hätte daher die Unterschriftenmappe nicht kommentarlos und ohne Rückfrage an das Büro zurückgehen lassen dürfen. Insofern unterscheidet sich dieser Sachverhalt von demjenigen in der von der Rechtsbeschwerde zitierten Entscheidung (*BGH, Beschl. v. 20.3.2012 – VIII ZB 41/11, NJW 2012, 1737 Rdnr. 10*), in dem die Rechtsanwaltsangestellte eine von ihr hergestellte Ersatzausfertigung dem Rechtsanwalt nicht mehr zur Unterschrift vorgelegt, sondern unmittelbar an das Gericht versandt hatte.

cc) Dieses anwaltliche Versehen stünde allerdings einer Wiedereinsetzung nicht entgegen, wenn im Rahmen der Büroorganisation durch eine allgemeine Arbeitsanweisung, die an das Gericht zu übermittelnden Schriftsätze vor ihrer Absendung auf das Vorhandensein der Unterschrift des Rechtsanwalts zu prüfen, Vorsorge dafür getroffen wäre, dass bei einem normalen Verlauf der Dinge trotz des Versehens des Rechtsanwalts die Frist gewahrt worden wäre (*Senat, Beschl. v. 2.5.1962 – V ZB 10,11/62, NJW 1962, 1248; v. 19.2.2009 – V ZB 168/08, juris Rdnr. 11; BGH, Beschl. v. 5.3.2003 – VIII ZB 134/02, NJW-RR 2003, 1366; v. 17.10.2011 – LwZB 2/11, NJW 2012, 856 Rdnr. 12; v. 15.7.2014 – VI ZB 15/14, NJW 2014, 2961 Rdnr. 9*).

Dass es eine solche Anweisung zur Unterschriftenkontrolle vor Versendung gegeben hat, ist jedoch nicht vorgetragen und glaubhaft gemacht worden. Das Berufungsgericht vermisst insoweit zu Recht jede Darstellung zur Organisation der Ausgangskontrolle in der Kanzlei. Von dem Vorhandensein einer Unterschriftenkontrolle kann das Gericht jedoch nicht ausgehen, wenn es in diesem Punkt an den erforderlichen Angaben der eine Wiedereinsetzung begründenden Tatsachen fehlt (§ 236 Abs. 2 Satz 1 ZPO); eines vorherigen Hinweises bedarf es nicht (vgl. *Senat, Beschl. v. 23.10.2003 – V ZB 28/03, NJW 2004, 367, 369*).

dd) Vortrag zur **Organisation der Ausgangskontrolle** im Büro der Prozessbevollmächtigten der Beklagten war nicht wegen der zuvor erteilten Einzelanweisung entbehrlich. Der Grundsatz, dass es nach Erteilung einer Einzelanweisung des Rechtsanwalts an seine Angestellte, deren Befolgung eine versäumte Frist gewahrt hätte, auf Vortrag zu den allgemeinen organisatorischen Vorkehrungen in einer Rechtsanwaltskanzlei nicht ankommt (*BGH, Beschl. v. 11.2.1998 – XII ZB 184/97, NJW-RR 1998, 787; v. 18.3.1998 – XII ZB 180/96, NJW-RR 1998, 1360; v. 6.7.2000 – VII ZB 4/00, NJW 2000, 2823; v. 2.7.2001 – II ZB 28/00, NJW-RR 2002, 60; v. 9.12.2009 – XII ZB 154/09, VersR 2011, 89*), gilt nur so lange, wie der Rechtsanwalt auf die Ausführung der Weisung vertrauen darf.

Die Prozessbevollmächtigte des Beklagten durfte nicht mehr auf die Ausführung ihrer Anweisung vertrauen, die bereits unterzeichnete Berufung sogleich zu versenden, nachdem ihr dasselbe Schriftstück (zusätzlich zu der beglaubigten Abschrift) erneut zur Unterschrift vorgelegt wurde. Diese Vorlage gab Anlass zu der Annahme, dass die Anweisung nicht befolgt worden war und machte es deshalb erforderlich, deren Erledigung zu überprüfen. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Schaden im Rechtssinne
- Rechtswidrige Verwaltungsübung
- Gebundene Verwaltungsentscheidung
(OLG München, Urt. v. 17.5.2017 – 15 U 311/15)

Leitsatz (d. Red.):

Eine rechtswidrige ständige Verwaltungspraxis kann im Falle einer gebundenen Entscheidung keine Schadenersatzansprüche gegenüber einem Steuerberater rechtfertigen, der sich diese Praxis nicht zunutze gemacht hat. ■

Zum Sachverhalt:

I. Die miteinander verheirateten Kläger machen gegenüber der Beklagten, ihrer früheren Steuerberaterin, Schadenersatzansprüche geltend, weil diese im Rahmen einer Steuererklärung und im folgenden Einspruchsverfahren Schuldzinsen zur Finanzierung eines Optionsgeschäfts nach ihrem Vorbringen fehlerhaft nicht als negative Kapitaleinkünfte deklariert habe.

Der Kläger erwarb entsprechend einem von der Bank entwickelten Konzept am 8.12.2005 83 Optionsscheine der ...-Bank zu einem Kaufpreis von 18.882.500 EUR (227.500 EUR je Schein, sog. Call I). Ein Optionsschein berechnete zum Bezug einer mit 1 % p. a. verzinsten Inhaberschuldverschreibung (bezeichnet I) mit einem Nennwert von 250.000 EUR zu einem Basispreis von 30.000 EUR je Schein.

Der Rückzahlungsbetrag der Inhaberschuldverschreibung richtete sich nach dem DAX, wobei als Basis der Schlusskurs des Index am 13.12.2005 diente. Als Feststellungsperiode war der 14.12.2005 bis zum 8.12.2006 vorgesehen, als sogenannter Feststellungstag der Zeitpunkt der Feststellungsperiode, an dem der DAX erstmals einen Stand von 111 % des Anfangswerts (sog. obere Barriere) beziehungsweise 89 % des Anfangswerts (sog. untere Barriere) durchbrach.

Als Rückzahlungsbetrag war festgelegt entweder

- 15 % des Nennbetrags der Inhaberschuldverschreibung, das heißt 37.500,00 EUR, sofern der Index am Feststellungstag die untere Barriere erreichte oder unterschritt
- 180 % des Nennbetrags, das heißt 450.000 EUR, sofern der Index am Feststellungsbetrag die obere Barriere erreichte oder überschritt
- 111 % des Nennbetrages, das heißt 277.500 EUR, sofern innerhalb der Feststellungsperiode keine der beiden Barrieren erreicht oder durchbrochen wurde.

Ebenfalls am 8.12.2005 erwarb der Kläger gemäß dem von der Bank entwickelten Konzept 83 Optionsscheine der ... zu einem Kaufpreis von 18.882.500 EUR (227.500 EUR je Stück, sog. Call II). Die Regelungen für den Bezug einer Inhaberschuldverschreibung (bezeichnet II), über Feststellungsperiode und Feststellungstag entsprachen dem Call I.

Der Rückzahlungsbetrag für die Schuldverschreibung war gegenläufig geregelt mit

- 180 % des Nennbetrags der Inhaberschuldverschreibung, das heißt 450.000 EUR, sofern der Index am Feststellungstag die untere Barriere erreichte oder unterschritt
- 15 % des Nennbetrags, das heißt 37.500 EUR, sofern der Index am Feststellungsbetrag die obere Barriere erreichte oder überschritt
- 111 % des Nennbetrages, das heißt 277.500 EUR, sofern innerhalb der Feststellungsperiode keine der beiden Barrieren erreicht oder durchbrochen wurde.

Die Kaufpreisfinanzierung des Klägers erfolgte durch Eigenkapital von 2.077.075 EUR und ein Darlehen der ...-Bank von 35.687.925 EUR.

Der Darlehenszins betrug 3,25 % p. a. effektiv. Der Kläger entrichtete hierfür Zinsen von 1.136.035,88 EUR.

Der Dax überschritt am 27.2.2006 111 % des Ausgangswerts.

Entsprechend dem vorgegebenen Konzept erwarb der Kläger beim Call II die Inhaberschuldverschreibungen und veräußerte sie am 25.7.2006 zu einem Preis von insgesamt 2.384.477,48 EUR. Beim Call I zog der Kläger die Option nicht, sondern veräußerte diese am 11.12.2006 für 34.676.072 EUR.

Die Beklagte erstellte für die gemeinsam veranlagten Kläger die Einkommenssteuererklärung für das Jahr 2006, wobei sie durch den Verkauf der Schuldverschreibung verursachte Verluste von 18.087.775 EUR als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen geltend machte, die für die Finanzierung des Geschäfts aufgewandten Schuldzinsen aber nicht mit ansetzte. Das FA behandelte die geltend gemachten Verluste in seinem Steuerbescheid vom 18.12.2007 als negative Einkünfte nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG, die die Kläger nicht mit anderen Einkünften verrechnen konnten.

Die Beklagte legte für die Kläger Einspruch gegen den Steuerbescheid ein.

Das Bayerische Landesamt für Steuern (BayLfSt) gab zu einem vergleichbaren Finanzprodukt das Ertragsteuer Fach-Info Nr. 47–2007 in der aktualisierten Fassung vom 29.7.2009 heraus.

In einem Schreiben des BayLfSt vom 30.7.2009 an das FA hieß es, die steuerrechtliche Beurteilung des Modells „gekoppelte Inhaberschuldverschreibungen mit Index-abhängiger Rückzahlung“ sei inzwischen auf Bundesebene erörtert worden. Nach der bundeseinheitlich abgestimmten Rechtsauffassung sei das wirtschaftliche Ergebnis aus den beiden gegenläufigen Geschäften zu ermitteln und nach einem – der Berechnung im Fach-Info-Nr. 47–2007 entsprechenden – Schema nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 EStG als Einkunft aus Kapitalvermögen zu berücksichtigen.

Das FA übersandte der Beklagten mit Schreiben vom 12.8.2009 das Ertragsteuer Fach-Info 47–2007 in der Fassung vom 29.7.2009.

Mit Bescheid vom 25.9.2009 änderte das FA die Festsetzung der Einkommenssteuer für 2006, wobei es entsprechend der Berechnung im Fach-Info Nr. 47–2007 in der Fassung vom 29.7.2009 93,96 % der Differenz zwischen dem Verlust aus der Anschaffung der Schuldverschreibungen und dem Gewinn aus dem Verkauf des Call I als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen anerkannte. Dies führte zu einem Ansatz von negativen Kapitaleinkünften von 2.051.121 EUR gegenüber positiven Kapitaleinkünften von 101.610 EUR im Ausgangsbescheid vom 18.12.2007.

Zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt Ende 2009 endete das Mandatsverhältnis zwischen den Parteien. Der neue Steuerberater kündigte gegenüber der Beklagten mit E-Mail vom 1.2.2010 die Übernahme des Mandats an.

Der weitergehende Einspruch auf Anerkennung des Gesamtverlusts von rund 18 Mio. EUR als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen ohne Anrechnung des Gewinns aus dem gegenläufigen Optionsgeschäft hatte keinen Erfolg. Das FA wies ihn mit Bescheid vom 22.6.2010 zurück.

Am 22.7.2010 erhoben die neuen Steuerberater der Kläger Klage zum FG.

Die Kläger erhielten eine Zinsbescheinigung der ...-Bank vom 15.10.2010. Eine Nacherklärung der Schuldzinsen gegenüber dem FA durch die neuen Steuerberater erfolgte in einem Schreiben vom 26.11.2010.

Das FG setzte den Rechtsstreit im Hinblick auf ein beim BFH anhängiges Parallelverfahren aus.

Der BFH entschied in diesem Bezugsfall mit Urteil vom 20.8.2013 – IX R 38/11, *BStBl II 2013, 1021*, dass die Kosten des Erwerbs der Kaufoption beim Verkauf der durch Ausübung des Calls erworbenen Inhaberschuldverschreibung zu Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften im Sinne von § 23 Abs. 3 Satz 1 EStG führten. Im Jahr 2015 wurde das Finanzgerichtsverfahren übereinstimmend für erledigt erklärt. Zu einer Berücksichtigung der Schuldzinsen kam es nicht.

Die Kläger als gemeinsam veranlagte Eheleute machen gegenüber der Beklagten, die sie bis Ende des Jahres 2009 steuerlich beraten hat, Schadenersatzansprüche geltend, weil diese in der von ihr entworfenen Einkommenssteuererklärung für das Jahr 2006 die Schuldzinsen für die Finanzierung der Optionen in Höhe von 1.136.035,88 EUR nicht erklärt bzw. nicht zumindest im Jahr 2009, nach der Übermittlung des Fach-Info Nr. 47–2007, im Einspruchsverfahren nachgeklärt hat. Deshalb hätten sie zu viel Einkommenssteuer bezahlt.

(Anträge: ...)

Die Kläger werfen der Beklagten folgende Pflichtverletzungen vor:

Die Schuldzinsen hätten in der Steuererklärung als Werbungskosten im Rahmen von § 20 EStG angegeben werden müssen.

Es habe eine allgemeine Verwaltungsübung dahin gehend vorgelegen, entsprechende Verluste nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 EStG zu berücksichtigen. Deshalb hätte das FA die Schuldzinsen berücksichtigt, wenn die Beklagte sie ordnungsgemäß erklärt hätte, und ein Schaden wäre dann nicht eingetreten.

Ein Erlass oder eine konkrete Weisung sei für eine allgemeine Verwaltungsübung nicht erforderlich, sondern nur, dass eine Bindung auf Grund allgemeiner Verwaltungsübung eingetreten sei.

Im Übrigen enthalte das Schreiben des BayLfSt vom 30.7.2009 eine entsprechende Weisung. Es stelle eine konkrete Verwaltungsanordnung dar.

Bis zur Entscheidung des BFH im August 2013 und somit über einen Zeitraum von knapp vier Jahren habe die Handhabung nach der bundeseinheitlich abgestimmten Verwaltungsanordnung/Verwaltungsübung gemäß Schreiben des BayLfSt vom 30.7.2009 die ständige Verwaltungspraxis und somit auch Verwaltungsübung aller FA in Bayern dargestellt. Das Vorliegen einer allgemeinen Verwaltungsübung ergebe sich bereits aus dem Wortlaut des Schreibens vom 30.7.2009 in Ergänzung mit der beigegeführten Ertragsteuer Fach-Info 47–2007 in der Fassung vom 29.7.2009.

Zum Vorgehen der FinVerw in anderen Bundesländern lägen den Klägern keine konkreten Informationen vor. Der Beklagten seien aber identische Fälle aus anderen Bundesländern bekannt gewesen. Dafür spreche auch die im Schreiben des LfSt vom 30.7.2009 angesprochene bundeseinheitliche Abstimmung.

Die damalige Verwaltungsanordnung und die sich hieran orientierende Behördenpraxis seien nicht rechtswidrig gewesen. Es habe – mangels höchstrichterlicher Rechtsprechung – eine unklare Rechtslage bestanden, die das FA bindend festgelegt hätte. Mit einer Entscheidung zu Gunsten der Kläger wären keine Rechtsvorschriften verletzt worden. (...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

1) Nach der Umstellung der Klage auf einen Leistungsantrag im Schriftsatz vom 19.10.2016 kommt es auf die Frage, ob der ursprünglich gestellte Feststellungsantrag sich hätte beziffern lassen, nicht mehr an. Der Übergang von der Feststellungs- zur Leistungsklage fällt unter § 264 Nr. 2 ZPO (*Reichold in: Thomas/Putzo, ZPO 37. Aufl., § 264 Rdnr. 4 m.w.N.*), so dass § 533 ZPO nicht anwendbar ist.

2) Die Frage, ob und gegebenenfalls wie – als Gesamtgläubiger im Sinne des § 428 BGB oder als Mitgläubiger nach § 432 BGB – die gemeinsam veranlagten Kläger aktiv legitimiert sind, kann offenbleiben.

3) Dass die Beklagte nach der Übersendung des Ertragsteuer Fach-Info in der aktualisierten Fassung durch das FA am 12.8.2009 den Klägern nicht die Nachdeklaration der Schuldzinsen empfohlen hat, sieht der Senat als fehlerhaft an. Die übrigen von den Klägern erhobenen Vorwürfe sind unbegründet.

a) Die ursprüngliche Empfehlung der Beklagten, gegenüber dem FA auf die Geltendmachung der Schuldzinsen als Werbungskosten beziehungsweise negative Einkünfte zu verzichten, hält der Senat für gut vertretbar und damit nicht pflichtwidrig.

Nach den Angaben des Klägers in seiner persönlichen Anhörung vor dem Senat hat die Beklagtenseite vor der Geltendmachung der Schuldzinsen abgeraten, um die – für die Einordnung als Einkünfte aus Kapitalvermögen erforderliche – Gewinnerzielungsabsicht nicht zu gefährden. Sinngemäß ähnlich hat sich der Zeuge geäußert.

Zum Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung spielte die Frage der Gewinnerzielungsabsicht aus Sicht des LfSt eine zentrale Rolle, wie die im Termin vom 19.4.2017 vorgelegte ursprüngliche Fassung der Ertragssteuer Fach-Info vom 11.12.2007 zeigt. Bei einer Anerkennung des Verlusts aus dem Optionsgeschäft mit dem Erwerb der Schuldverschreibung als negative Kapitaleinkünfte ohne Verrechnung des wegen des Ablaufs der einjährigen Spekulationsfrist steuerfreien Gewinns aus der Veräußerung der anderen Option bildeten die Schuldzinsen in der Tat, wie sich der Zeuge ... ausdrückte, nur „die Sahne auf den Kaffee“. In diesem Fall war die gegenüber dem Kläger offengelegte psychologische Überlegung, die Sachbearbeiter des FA nicht herauszufordern, durchaus nachvollziehbar.

Nach der Vernehmung des Zeugen hat sich zwar die Besetzung des Senats wegen der Erkrankung eines Richters geändert. Dies erforderte jedoch keine Wiederholung der Befragung. Die Ablehnung einer Pflichtverletzung zum Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung beruht auf einem Sachverhalt, den der Kläger und der Zeuge im Kern übereinstimmend geschildert haben. Darauf, ob der Zeuge gegenüber dem Kläger ausdrücklich von Sahne und Kaffee gesprochen hat, kommt es nicht an. Es handelt sich hierbei nur um die Illustration einer psychologischen Überlegung. Die Verneinung der Schadenzurechnung (dazu siehe unten) hat mit der Aussage des Zeugen erst recht nichts zu tun.

b) Ein Hinweis auf die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Nichtanerkennung des DAX-Seitwärts einschließlich der Folgen der Nichterklärung der Schuldzinsen durch die Finanzbehörden bei der Abgabe der Steuererklärung war nicht geboten. Das Modell war zu diesem Zeitpunkt bereits abgewickelt; Gestaltungsmöglichkeiten gab es nicht mehr.

c) Die Fertigung der Steuererklärung durch Frau ..., die zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Steuerberaterin bestellt war, bedeutet keine Pflichtverletzung. Die Beklagte haftet für falsche Beratung und fehlerhafte Steuererklärungen, gleich ob dafür Partner oder Angestellte verantwortlich sind. Die Einschaltung von Angestellten ist zudem berufsrechtlich unbedenklich. Die Eigenverantwortlichkeit erfordert nicht, dass der Steuerberater seine Leistungen sämtlich persönlich erbringt. Der Grundsatz des § 613 BGB gilt als stillschweigend abbedungen, wenn der Berufsangehörige erkennbar Mitarbeiter beschäftigt (*Gehre/Koslowski, StBerG 7. Aufl., § 57 Rdnr. 35*).

d) Dass die Beklagte die Kläger nicht über die Gefahr eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung belehrt habe, stellt keine Pflichtverletzung dar. Im Bereich der Einkommenssteuer kann neben der Erschleichung des Splittingtarifs das Verschweigen von Einkünften oder die Geltendmachung tatsächlich nicht entstandener oder nicht abzugsfähiger Ausgaben den Tatbestand erfüllen (*Klein/Jäger, AO 11. Aufl., § 370 Rdnr. 415*). Hinweise darauf gibt es nicht. Die unterlassene Geltendmachung der Schuldzinsen fällt nicht hierunter; außerdem ist der Anfall der Schuldzinsen nicht verheimlicht worden.

e) Eine **Pflichtverletzung** der Beklagten ist jedoch darin zu sehen, dass sie den Klägern, nachdem das FA am 12.8.2009 das **Fach-Info 47–2007** übersandt hatte, **unstreitig nicht empfohlen hat, im Einspruchsverfahren die Schuldzinsen zur Finanzierung des DAX-Seitwärts nachträglich als Werbungskosten geltend zu machen**. An einen solchen Ratschlag hätten sich die Kläger nach der Einschätzung des Senats gehalten. Gemäß der Fach-Info konnte der Verlust aus dem einen Optionsgeschäft nicht isoliert geltend gemacht werden, sondern es hatte eine Verrechnung mit dem Gewinn aus dem Verkauf der anderen Option zu erfolgen.

Bei – wegen der Verrechnung – nur etwas über 2 Mio. EUR negativen Kapitaleinkünften statt 18 Mio. EUR nach der ursprünglichen Vorstellung wirkten sich rund eine Mio. EUR Schuldzinsen schon aus; sie waren nicht mehr nur, wie sich der Zeuge ausdrückte, die „Sahne auf dem Kaffee“. Gleichzeitig ergab sich aus der Fach-Info, dass die FinVerw das Modell grundsätzlich akzeptiert hatte, was gegen Schwierigkeiten bei der Anerkennung der Gewinnerzielungsabsicht sprach.

Von den Klägern wurde dieser Vorwurf bereits erstinstanzlich im Schriftsatz vom 5.12.2013 erhoben, sodass im Berufungsverfahren weder ein neuer Streitgegenstand noch ein neues Angriffsmittel eingeführt worden ist; auch die Hemmung der frühestens im Jahr 2010 anlaufenden Verjährung wäre in jedem Fall rechtzeitig erfolgt.

4) Den Klägern ist durch das Verhalten der Beklagten jedoch **kein Schaden** entstanden, denn die für die Finanzierung der Transaktion aufgewandten Schuldzinsen waren nicht als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen zu berücksichtigen.

a) Bei den Verlusten der Kläger aus der hier gewählten Konstruktion handelt es sich nicht um solche aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 Satz 2 Halbsatz 1 EStG in der bis 31.12.2008 geltenden Fassung, sondern um Verluste aus nicht steuerpflichtigen privaten Veräußerungsgeschäften (§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 EStG).

Dies ergibt sich aus der hierzu ergangenen Entscheidung des BFH (BFH, Urt. v. 20.08.2013 – IX R 38/11, BFHE 242, 386 = DStRE 2013, 1481), deren wesentliche Aussagen im Ersturteil wiedergegeben sind.

Zutreffend stellt das LG insoweit darauf ab, wie die Steuerfestsetzung ohne die behauptete Pflichtverletzung richtigerweise hätte erfolgen müssen (BGH, Urt. v. 13.3.2014 – IX ZR 23/10; Sanierungserlass, MDR 2014, 587 = ZIP 2014, 882 = DStR 2014, 895 = NJW-RR 2014, 1015). Dem Anspruchsteller darf grundsätzlich im Wege des Schadensersatzes nichts zugesprochen werden, was der Rechtsordnung widerspricht (BGH, Urt. v. 28.9.1995 – IX ZR 158/94, NJW 1995, 3248 = MDR 1996, 99 = DStR 1997, 134; v. 26.1.1989 – IX ZR 81/88, MDR 1989, 538 = NJW-RR 1989, 530).

b) Die Kläger haben eine **andersartige ständige Verwaltungspraxis und -übung der FinVerw** weder für den Zeitraum der Mandatierung der Beklagten, noch danach bis zum Urteil des BFH vom 20.8.2013 nachweisen können. **Zudem hält der Senat die Rechtsprechung, dass es einen Schaden begründen kann, wenn sich der Steuerberater eine ständige fehlerhafte Verwaltungspraxis nicht zunutze macht, auf rechtlich gebundene Entscheidungen der Verwaltung nicht für anwendbar.** Um eine solche handelt es sich aber im vorliegenden Fall.

aa) Eine Verwaltungsübung oder ständige Verwaltungspraxis im Sinne der Kläger ist nicht nachweisbar.

In der von der Zeugin verfassten amtlichen Auskunft des BayLfSt vom 28.9.2016 heißt es unter Ziffer 4.5, zwischen den Finanzbehörden des Bundes und der Länder sei Anfang 2009 eine Abstimmung der steuerrechtlichen Beurteilung des sogenannten „DAX-Seitwärts“-Modells erfolgt. Danach habe eine ständige Verwaltungspraxis der Finanzbehörden bestanden, nach der bei einer Gesamtbetrachtung die aufgetretenen Verluste in Höhe von 93,96 % als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 EStG (in der für die Einkommenssteuererklärung 2006 geltenden Fassung) zu behandeln waren.

Quantitative Angaben (Gesamthäufigkeit dieses Steuermodells, Zahl der Fälle, in denen sich die FA an die im Ertragsteuer Fach-Info 47–2007 in der Fassung vom 29.7.2009 dargestellte Handhabung gehalten haben) konnte das LfSt in seiner Auskunft jedoch nicht machen.

Die Beweisaufnahme konnte die Existenz einer ständigen Verwaltungspraxis – auch und gerade durch die Vernehmung der Zeugin im Termin vom 19.4.2017 – indes nicht bestätigen.

aaa) Die bloße Existenz der Ertragsteuer Fach-Info in der Fassung vom 29.7.2009 vermag eine ständige Verwaltungsübung aus zwei unterschiedlichen Gründen nicht zu belegen.

Zum einen enthalten die vom BayLfSt herausgegebenen **Fach-Informationen anders als die vom BMF erlassenen bzw. verfassten Steuerrichtlinien, Anwendungserlasse und BMF-Schreiben keine bindenden Anweisungen für die nachgeordneten Finanzbehörden.** Dies zeigt bereits die **Bezeichnung („Info“)** und der Hinweis auf dem Titelblatt: „Die Fachinformationen des BayLfSt erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge. Sie sind als Hinweise zu aktuellen Themen gedacht und werden zum Zwecke einer möglichst raschen Informationsweitergabe im Intranet der Bayer. Steuerverwaltung (Allgemeines Informationssystem AIS) veröffentlicht.“

Der Zeuge, Referatsleiter im ... führte zwar aus, die Fach-Infos gäben die offizielle Rechtsauffassung der Verwaltung wieder, und man erwarte, dass die FA sie lesen und sich aus Gleichbehandlungsgründen an sie halten würden. Dies stimmt mit einer Anweisung aber nicht überein, und die Zeugin, die Sachbearbeiterin des Einspruchsverfahrens der Kläger, hat sie als **nicht bindend** – aber als **Arbeitshilfe** – gewertet.

Hinzu kommt eine Erwägung im konkreten Fall. Eine **Verwaltungsübung** setzt schon vom Wortlaut her **eine gewisse Dauer der Praxis** voraus. In der ursprünglichen Ertragsteuer Fach-Info vom 11.12.2007 ist die Verrechnung der gegenläufigen Gewinne und Verluste, wie sie in der Fassung vom 29.7.2009 vorgenommen wird, gerade nicht vorgesehen. Die Anwendung von § 20 EStG auf das Finanzprodukt wird bezweifelt und eine Prüfung der Einkunftserzielungsabsicht gefordert. Dabei handelte es sich bis Ende Juli 2009 um die vom LfSt gegenüber den Finanzämtern verlautebarte Interpretation des Modells. **Dass sich bereits innerhalb weniger Wochen oder Monate unabhängig von der Zahl der Bezugsfälle eine neue, der bisherigen entgegenstehende Übung entwickelt haben soll, überzeugt den Senat nicht.**

Um eine **langjährige bundeseinheitliche Verwaltungsanordnung**, wie von *Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 5. Aufl., Rdnr. 635* gefordert, handelte es sich bis zum Mandatsende wenige Monate später in keinem Fall.

bbb) Zum anderen sind der Anknüpfungspunkt für die **Selbstbindung der Verwaltung** aus Art. 3 Abs. 1 GG nicht etwaige Verwaltungsvorschriften, sondern die **ständige Verwaltungspraxis**. Die Bindung gegenüber dem Bürger ergibt sich aus der Anwendung der Verwaltungsvorschriften, die nur ein wichtiges Indiz für eine entsprechende Praxis sind (BGH, Urt. v. 28.9.1995 – IX ZR 158/94 = NJW 1995, 3248 Rdnr. 19 bei *Juris m.w.N.*).

ccc) Außerdem ist fraglich, ob die von den Klägern aus dem Ertragsteuer Fach-Info in der Fassung vom 29.7.2009 hergeleitete allgemeine Verwaltungsübung auch umfassen würde, dass die zum Erwerb der Inhaberschuldverschreibung aufgewandten Schuldzinsen als Werbungskosten abzugsfähig sind. Weder die Fach-Info noch das Begleitschreiben der Zeugin vom 30.7.2009 nehmen hierzu Stellung.

ddd) Von den Klägern zu beweisen ist demnach das tatsächliche Bestehen einer entsprechenden Verwaltungsübung. Das ist ihnen nicht gelungen.

In dem vom BFH mit Urteil vom 20.8.2013 entschiedenen Bezugsfall (ebenfalls aus Bayern) machten die dortigen Kläger beim FA den Verlust aus der Optionsausübung und der Veräußerung der Schuldverschreibung ohne Erfolg als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG geltend (BFH, a.a.O., Rdnr. 8 bei Juris). Das FG verneinte anschließend im Hinblick auf § 20 EStG die Einkunftserzielungsabsicht.

Die von der Zeugin und dem Zeugen vom ... getroffenen Feststellungen beschränken sich auf wenige vergleichbare Steuerverfahren, die von den FA unterschiedlich behandelt wurden. Frau ... nannte „zwischen 5 und 10 Fälle, jedenfalls unter 10“. In drei Fällen hätten sich die FA an der Gesamtplanrechtsprechung des BFH, die der Ertragsteuer Fach-Info in der aktualisierten Fassung vom 29.7.2009 zugrunde lag, orientiert, in zwei Fällen nicht. Bei einem von ihnen habe es sich um eine Betriebsprüfung im Jahr 2012 gehandelt, als bereits das Revisionsverfahren beim BFH anhängig gewesen sei. Der Referatsleiter gab an, – ohne das Verfahren der Kläger – acht Fälle recherchiert zu haben, in denen nur in zwei die Besteuerung gemäß der in der Ertragsteuer Fach-Info in der aktualisierten Fassung vom 29.7.2009 erfolgte. Für Steuermodelle wie den „DAX-Seitwärts“ habe es keine Meldepflicht gegeben.

Der Steuerberater ..., der als Partner der Beklagten vom Senat informatorisch angehört wurde, schilderte, in seiner Praxis habe er ca. ein halbes Dutzend wohlhabende Privatpersonen im Zusammenhang mit der Behandlung des „DAX-Seitwärts“ durch die Finanzbehörden betreut. Die Fälle seien völlig unterschiedlich behandelt worden. In zwei Fällen, davon einmal im Rahmen einer Betriebsprüfung, seien die Verluste ohne Verrechnung mit dem Gewinn aus der Veräußerung der gegenläufigen Option als negative Einkünfte aus Kapitalvermögen anerkannt worden.

In einem Fall, in dem das FA ursprünglich der Ertragsteuer Fach-Info in der Fassung vom 29.7.2009 gefolgt sei, sei bei der Betriebsprüfung die Einkunftserzielungsabsicht verneint worden, wie auch in einem weiteren Fall, von dem ihm sein Kollege berichtet habe. In den übrigen Fällen sei eine Zusammenrechnung von Gewinnen und Verlusten erfolgt, einmal aber ohne erkennbare Anlehnung an die Methodik der Ertragsteuer Fach-Info.

Der Sachbearbeiterin des FA, Frau ..., und dem Amtsleiter dieses FA, war überhaupt nur der Fall der Kläger bekannt.

Da alle Beteiligten hinsichtlich der Parallelfälle an das Steuergeheimnis bzw. ihre berufliche Verschwiegenheitspflicht gebunden waren, ließ sich nicht feststellen, inwieweit die von Frau ..., Herrn ... und ... geschilderten Fälle teildentisch waren. Bezüglich der beiden Zeugen ... ist das zu vermuten, bei den von ... genannten Vorgängen bis auf diejenigen, bei denen das FA der Steuererklärung gefolgt ist, gut möglich.

Dafür, dass die Angaben der Steuerbeamten nicht stimmen, gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Ihr Aussageverhalten war völlig unbefangen; am Ausgang des Verfahrens haben sie keinerlei Interesse. Ersteres gilt auch für den Steuerberater ...; dieser hat die Kläger zudem im streitgegenständlichen Besteuerungsverfahren nicht vertreten, ebenso wenig ist wegen der bestehenden Haftpflichtversicherung ein finanzielles Interesse von ihm am Ausgang des Rechtsstreits ersichtlich.

Die von den Zeugen und ... erwähnten Bezugsfälle vermögen eine ständige Verwaltungsübung der Finanzbehörden im Sinne der Ertragsteuer Fach-Info in der Fassung vom 29.7.2009 nicht zu belegen. Die genannten Zahlen sind einerseits zu gering, andererseits die Behandlung zu unterschiedlich. Die gewonnenen Erkenntnisse beschränken sich zwar im Wesentlichen auf Bayern, doch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Verhältnisse in den anderen Bundesländern davon fundamental abweichen. Die von der Zeugin ... geschilderte Abstimmung auf Bundesebene im ersten Halbjahr 2009 sagt weder über die Häufigkeit der Fälle noch über die spätere Praxis in den Bundesländern etwas aus. Zudem würde eine Verwaltungsübung in anderen Bundesländern eine solche in Bayern nicht schaffen.

eee) **Wenn schon innerhalb der FinVerw Uneinigkeit besteht, liegt keine allseits für rechtmäßig gehaltene Verwaltungspraxis im Sinne des Urteils des BGH vom 13.3.2014 – IX ZR 23/10 Rdnr. 32 bei Juris (Sanierungserlass) vor.**

bb) Nach der Auffassung des Senats kann zudem eine **rechtswidrige ständige Verwaltungspraxis** im Falle einer **gebundenen Entscheidung** keine Schadenersatzansprüche gegenüber dem Steuerberater, der sich diese Praxis nicht zunutze macht, rechtfertigen.

aaa) Dass **die (negativen) Einnahmen** aus der gewählten Gestaltung als **Einkünfte bzw. Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften gemäß § 23 EStG** einzuordnen sind und nicht als solche aus **Kapitalvermögen gemäß § 20 EStG**, ist eine **Rechtsfrage** (beantwortet in BFH, Urt. v. 20.8.2013 – IX R 38/11, BFHE 242, 386 = DStRE 2013, 1481). Als solche steht sie **nicht im Ermessen der Finanzbehörden**.

Diese Frage betreffend besteht für die Verwaltung **keine Wahlmöglichkeit** zwischen mehreren rechtmäßigen Optionen, unter denen die zweckmäßigste durch Ermessensausübung ausgewählt werden könnte. Einer Regelung durch Weisung oder Erlass ist die Rechtsfrage nicht zugänglich. Ein Erlass, der eine andere Handhabung vorgeben würde, als die vom Gesetz vorgesehene, würde gegen die Gesetzesbindung der Verwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG) verstoßen.

Auf einen solchen rechtswidrigen Erlass oder eine allgemeine Verwaltungsübung, die dem Gesetz widerspricht, könnten sich die Kläger nach der Auffassung des Senats nicht berufen. Dabei spielt es keine Rolle, dass die hier zu Grunde gelegte Auslegung der steuerrechtlichen Vorschriften durch den BFH erst in einer Entscheidung im Jahr 2013 erfolgt ist, denn die Rechtsvorschriften hatten diesen Inhalt, der durch

den BFH in seinem Urteil vom 20.8.2013 lediglich aufgezeigt worden ist, auch vorher schon.

bbb) Die **Rechtsprechung des BGH** zu dieser Frage **erscheint allerdings nicht völlig einheitlich**, wobei sich die Parteien auf die jeweils – zumindest scheinbar – ihre Position stützenden Entscheidungen berufen.

In einem **Urteil vom 15.1.1981** (VII ZR 44/80 = BGHZ 79, 223 = NJW 1981, 920), kommt der BGH für eine besondere Fallkonstellation (den Hintergrund bildet die Frage der Grundsteuerpflicht für Ferienhäuser) zu einer Schadenersatzpflicht dafür, dass den Klägern ein rechtswidriger Steuervorteil entgangen ist, weil eine Gemeinde ein Antragsformular vereinbarungswidrig nicht an die FinVerw weitergeleitet hat. Die Gemeinde hatte es vertraglich übernommen, im Weg eines Sammelantrags für eine Vielzahl von Ferienwohnungen Grundsteuerbefreiungen zu beantragen. Später wurde dann eine Verwaltungsanordnung geändert, und Ferienwohnungen wurden nicht mehr als grundsteuerbegünstigt nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (VA – II. WoBauG) anerkannt.

Der 7. Zivilsenat des BGH geht in dieser Entscheidung davon aus, zivilrechtlich sei ein Schaden nach § 249 BGB zu sehen, wenn dem Geschädigten eine Rechtsposition entgeht, die durch einen rechtswidrigen Verwaltungsakt erlangt worden wäre, wenn eine solche Position nach öffentlichem Recht unantastbar wäre oder ihre Beseitigung dazu führen könne, dass die öffentliche Hand dem Betroffenen den dadurch erlittenen Vermögensnachteil auszugleichen hat (a.a.O., Rdnr. 26 bei Juris). Das gelte jedenfalls dann, wenn es der Schädiger – wie im 1981 entschiedenen Fall – vertraglich übernommen habe, dafür zu sorgen, dass die förmlichen Voraussetzungen für den Erlass eines begünstigenden Verwaltungsaktes erfüllt werden. Nach dem Willen der Vertragspartner solle in solchen Fällen der Auftragnehmer den Auftraggeber in den Genuss der Vorteile bringen, die sich für ihn nach der jeweiligen Verwaltungsübung bieten (a.a.O., Rdnr. 27 bei Juris).

Im **Urteil vom 28.9.1995** – IX ZR 158/94 Rdnr. 15 bei Juris führt der BGH aus, **allerdings dürfe grundsätzlich einem Anspruchsteller im Wege des Schadenersatzes nichts zugesprochen werden, was der Rechtsordnung widerspreche. Es widerspreche jedoch grundsätzlich nicht der Rechtsordnung, wenn der Auftragnehmer für die Nachteile eintreten muss, die dem Auftraggeber entstanden sind, weil er sich durch schuldhaft schlechte Ausführung des Auftrags die damalige Behördenpraxis nicht hat zunutze machen können.**

Ob dies auch dann gelte, wenn die Behörden in ständiger Praxis einen Vorteil gewährt hätten, der nach dem Gesetz schlechterdings nicht gewährt werden durfte, möge offenbleiben. Wenn die bayerischen FA für Investitionen im Zonenrandgebiet regelmäßig steuerfreie Rücklagen bewilligt hätten, verstoße dies nicht ohne weiteres gegen das Zonenrandförderungsgesetz in der seit 1986 geltenden Fassung, sondern zunächst nur gegen die im Zonenranderlass 1978 enthaltenen Ermessensrichtlinien.

Im **Urteil vom 6.7.2006** – IX ZR 88/02 = NJW-RR 2006, 1682 Rdnr. 17 bei Juris stellt der BGH klar auf die **Abgrenzung zwischen gebundener und Ermessensentscheidung** ab, indem er ausführt: „Der Hinweis des Berufungsgerichts auf das Urteil des Senats vom 28.9.1995 (IX ZR 158/94, NJW 1995, 3248) geht fehl. Die Entscheidung befasst sich mit dem Fall, dass der zuständigen Behörde bei ihrer Entscheidung ein Ermessensspielraum verbleibt und der Schadenersatzrichter die Ermessensentscheidung dieser Behörde festgestellt hat (vgl. hierzu auch BGHZ 79, 223, 226; Zugehör/Fischer, a.a.O., Rdnr. 1105 ff.).“

Nur in einem solchen Fall stellt sich die Frage, ob dem Mandanten dadurch ein ersatzfähiger Schaden entstanden ist, dass er sich eine ständige ermessensfehlerhafte Verwaltungspraxis nicht hat zunutze machen können. So liegt es hier aber nicht: Sowohl bei § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG als auch bei § 4 Nr. 23 UStG handelt es sich um zwingende Rechtsnormen; dem zuständigen FA steht kein Ermessensspielraum zu (vgl. hierzu BGHZ 124, 86, 95 f.; BGH, Urt. v. 21.9.1995 – IX ZR 228/94, NJW 1996, 48, 49).“

Im **Urteil vom 13.3.2014** – IX ZR 23/10 Rdnr. 24 bei Juris (Sanierungserlass) führt der BGH aus, **der Grundsatz der Rechtsprüfung durch das Regressgericht erfahre dann eine Ausnahme, wenn der Verwaltungsbehörde ein Ermessen zugestanden habe oder eine Bindung aufgrund allgemeiner Verwaltungsübung eingetreten sei** (a.a.O., Rdnr. 24 bei Juris).

Es dürfe allerdings grundsätzlich einem Geschädigten im Wege des Schadenersatzes nichts zugesprochen werden, was der Rechtsordnung widerspreche. Doch widerspreche eine ständige – allseits für rechtmäßig gehaltene – Verwaltungspraxis der Rechtsordnung jedenfalls dann nicht, wenn die Behörden nicht einen Vorteil gewährt hätten, der nach dem Gesetz schlechterdings nicht gewährt werden durfte.

Denn ein Mandant, der sich an einer allseits für rechtmäßig gehaltenen ständigen Verwaltungspraxis orientiere, sei genauso schutzwürdig wie derjenige, der sich auf eine feste, später jedoch aufgegebene Rechtsprechung stützen könne. In diesem Fall habe der Regressrichter bei der Prüfung der Frage, ob ein Schaden entstanden ist, die Rechtslage unter Einschluss der einschlägigen höchstrichterlichen Rechtsprechung zugrunde zu legen, die zum Zeitpunkt der hypothetischen Entscheidung im Ausgangsverfahren bestand. Nichts anderes könne grundsätzlich für einen Mandanten gelten, der im maßgeblichen Zeitpunkt auf eine ständige Verwaltungspraxis vertrauen durfte (a.a.O., Rdnr. 32 bei Juris). Dabei verweist der BGH auf das Urteil vom 15.1.1981 und einen Aufsatz von Ganter, NJW 1996, 1310, 1313.

Festzuhalten bleibt, dass zumindest die Entscheidungen vom 15.1.1981 und vom 6.7.2006, die sich mit gebundenen Entscheidungen befassen, im Widerspruch zueinander zu stehen scheinen, während das Urteil vom 13.3.2014 eine Fortentwicklung des Urteils vom 28.9.1995 darstellt, beide ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften behandeln, aber inhaltlich darüber hinaus greifen.

ccc) Gero Fischer wendet sich im *Handbuch der Anwaltschaft*, 4. Aufl., § 5 Rdnr. 115 ff. gegen das Urteil des BGH vom 15.1.1981 – VII ZR 44/80 mit der Begründung, ein schutzwürdiger Besitzstand könne nicht durch eine fiktive Entscheidung begründet werden, die gerade mit diesem Inhalt nicht hätte ergehen dürfen. Wäre die Argumentation richtig, müsste bei Gerichtsentscheidungen im Ausgangsverfahren ebenfalls darauf abgestellt werden, wie der Prozess tatsächlich ausgegangen wäre; denn das fiktive – materiell falsche – Urteil hätte infolge der Rechtskraft erst recht eine geschützte Rechtsposition begründet. Daher sei es inkonsequent, bei einer Verwaltungsentscheidung von dieser Linie abzuweichen. Das Urteil des BGH vom 15.1.1981 – VII ZR 44/80 beruhe infolgedessen auf einer unzutreffenden rechtlichen Wertung und sei abzulehnen (G. Fischer, a.a.O., Rdnr. 115).

Ebenso wenden sich Vollkommer/Greger/Heinemann, *Anwaltschaftsrecht* 4. Aufl., § 20 Rdnr. 30/31 gegen die Anwendung der Grundsätze von BGHZ 79, 223, 229 auf gebundene Verwaltungsentscheidungen.

ddd) Der Senat hält die Wertung von Gero Fischer, die inhaltlich dem Urteil des BGH vom 6.7.2006 entspricht, für zutreffend.

Es lassen sich kaum objektivierbare Kriterien dafür finden, wann im Falle rechtlich gebundenen Verwaltungshandelns nach dem Gesetz ein rechtswidrig eingeräumter Vorteil schlechterdings nicht gewährt werden durfte. Dies aber müsste überprüft werden, wenn man das Urteil vom 13.3.2014 (Sanierungserlass) nicht nur auf Ermessensentscheidungen bezieht.

Grenzt man, was nahe liegt, nach dem Maß der **(finanz-)wirtschaftlichen Auswirkungen** ab, die schon nach der Konstruktion des Modells wegen der angestrebten Verrechnungsmöglichkeit von Verlusten mit anderen Einkünften sehr wohlhabender Privatleute ganz erheblich sind, wird man fehlerhaft gewährte Steuervorteile in derartigen Fällen für schlechterdings nicht erträglich halten.

Denkbar wäre andererseits, dass durch den Begriff **„schlechterdings“** nur der **Ausschluss reiner Willkürscheidungen** beabsichtigt ist. Willkür durch die Anwendung von § 20 EStG wäre im vorliegenden Fall angesichts der komplizierten steuerrechtlichen Abgrenzung neuartiger Finanzprodukte und – bezogen auf den konkreten Sachverhalt – des Fehlens einer höchstrichterlichen Entscheidung bis zum Jahr 2013 zu verneinen.

Die **Beschränkung auf willkürlich gewährte Steuervorteile** aber hätte zur Folge, dass man bei jeder Steuerberatung annehmen müsste, der Steuerberater sei verpflichtet, dem Steuerpflichtigen alle Steuervorteile zu verschaffen, die sich aus der aktuellen Verwaltungsübung ergeben, auch wenn entsprechende Steuerbescheide rechtswidrig wären, solange die rechtswidrige Festsetzung nur zu Gunsten des Mandanten bestandskräftig würde. **Dies würde im Ergebnis zur Aufgabe des Grundsatzes führen, dass es für die Feststellung des**

Schadens auf die Bewertung der Rechtslage durch das Regressgericht ankommt, denn dann müsste man – außer bei erkennbarer Willkür – immer prüfen, wie das FA – nach der Verwaltungsübung – tatsächlich entschieden hätte.

eee) Unabhängig davon erscheint im vorliegenden Fall die Ausnahmekonstellation, dass nämlich die Zuwendung eines ganz bestimmten steuerlichen Vorteils Gegenstand des Vertrags zwischen den Parteien war, nicht gegeben. Nach dem Sachverhalt des Urteils des BGH vom 15.1.1981 hatte die Gemeinde es konkret übernommen, den Klägern die Grundsteuerbefreiung durch Weiterleitung des Antrags zu verschaffen; streitgegenständlich ist dagegen ein allgemeines Beratungsmandat.

5) Der nach Schluss der mündlichen Verhandlung eingegangene klägerische Schriftsatz vom 2.5.2017 enthält rechtliche und beweismäßigende Ausführungen hauptsächlich zur Frage des Bestehens einer ständigen Verwaltungsübung aufgrund der Ertragsteuer Fach-Info Nr. 47–2007 in der Fassung vom 29.7.2009. Eine Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung nach § 156 ZPO ist deshalb nicht geboten. Warum der Senat die Bedeutung der Fach-Info – nicht als eine Verwaltungsvorschrift der obersten Finanzverwaltungsbehörde – und die Zeugenaussagen der Finanzbeamten anders würdigt als die Kläger, ergibt sich aus Ziff. 4b) aa) dieses Urteils.

Nach der Rechtsprechung des BGH kommt es auf die ständige Verwaltungspraxis und nicht isoliert auf Verwaltungsvorschriften an (Urt. v. 28.9.1995 – IX ZR 158/94, NJW 1995, 3248, Rdnr. 19 bei Juris); eine Distanzierung hiervon im Urteil vom 13.3.2014 – IX ZR 23/10 (Sanierungserlass) vermag der Senat nicht zu erkennen (vgl. BGH, a.a.O., Rdnr. 32 bei Juris: „ständige – allseits für rechtmäßig gehaltene – Verwaltungspraxis“).

Ein widersprüchliches Verhalten der Beklagten, das nach § 242 BGB eine Schadenszurechnung erfordert, wie die Kläger in ihrem Schriftsatz vorbringen, liegt nicht vor. Dass ein Steuerberater gegenüber dem FA zugunsten seines Mandanten im Einspruchsverfahren Behauptungen aufstellt, schränkt seine Verteidigungsmöglichkeiten im Regressprozess nicht ein. (...) ■

Schweigepflicht des Steuerberaters

- Entbindung von der Schweigepflicht
 - Entbindungsbefugnis des Insolvenzverwalters?
- (OLG Zweibrücken, Beschl. v. 8.12.2016 – 1 WS 334/16)

Leitsatz:

Für im Rahmen eines Mandatsverhältnisses zu einer juristischen Person möglicherweise anvertrauten oder sonst bekannt gewordenen Straftaten eines (auch fiktischen) Vertreters ist die Schweigepflichtentbindung durch diesen, als Träger des Geheimnisses, erforderlich.

Geht es um die Offenlegung von Straftaten des Insolvenzschuldners bzw. früherer oder jetziger (auch faktischer) Organe einer in Insolvenz geratenen juristischen Person, ist eine Schweigepflichtentbindung allein durch den Insolvenzverwalter nicht ausreichend. ■

Aus den Gründen:

In dem vorliegenden Strafverfahren vor der 2. Großen Strafkammer – Wirtschaftsstrafkammer – des LG Kaiserslautern müssen sich die Angeklagten M. und C. K. u.a. wegen Vorwürfen der Umsatzsteuerhinterziehung als Verantwortliche der K. GmbH verantworten. Die Angeklagte war alleinige Gesellschafterin und eingetragene Geschäftsführerin der K. GmbH. Der Angeklagte soll deren faktischer Geschäftsführer gewesen sein. Steuerberater der K. GmbH sowie der beiden Angeklagten war der Beschwerdeführer.

Der mit Beschluss des AG Landau vom 1.8.2016 zum Insolvenzverwalter der K. GmbH bestellte Rechtsanwalt H. hat mit Schreiben vom 24.10.2016 den Beschwerdeführer von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden. Die Angeklagten haben in der Hauptverhandlung vom 17.11.2016 erklärt, dass sie keine Entbindungserklärungen abgeben werden. In dieser Hauptverhandlung ist der als Zeuge geladene Beschwerdeführer durch den Vorsitzenden u.a. darauf hingewiesen worden, dass aus Sicht der Kammer die Entbindung durch den Insolvenzverwalter der K. GmbH ausreiche, um ursprünglich bestehende Verschwiegenheitspflichten gemäß § 53 Abs. 2 S. 1 StPO entfallen zu lassen. Der Beschwerdeführer sei daher zu einer Aussage verpflichtet.

Der Beschwerdeführer hat sich hingegen auf sein Zeugnisverweigerungsrecht berufen, dabei auf eine Auskunft der für ihn zuständigen Steuerberaterkammer Baden-Württemberg verwiesen und die Aussage verweigert. Nach Erörterung und Gewährung rechtlichen Gehörs hat die Strafkammer gegen den Beschwerdeführer ein Ordnungsgeld in Höhe von 500 EUR, ersatzweise je 250 EUR für einen Tag Ordnungshaft, angeordnet. Zugleich hat sie gegen ihn Erzwingungshaft ab 24.1.2017 bis (vorläufig) 16.2.2017 angeordnet.

Gegen diesen Beschluss hat der Beschwerdeführer am 21.11.2016 Beschwerde eingelegt und diese mit Schriftsatz vom 29.11.2016 begründet. Er weist darauf hin, dass die Rechtsprechung zu der Frage einer hinreichenden Schweigepflichtentbindung unklar sei und er weiterhin davon ausgehe, dass seine Weigerung nicht unberechtigt gewesen sei. Soweit das OLG Köln mit Beschluss vom 1.9.2015 entschieden habe, eine Entbindung allein durch den Insolvenzverwalter genüge, sei dies eine Einzelfallentscheidung, die auch im Übrigen auf die Besonderheiten des vorliegenden Falles nicht anwendbar sei. Im Übrigen habe er sich in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum befunden.

Die Strafkammer hat der Beschwerde mit Beschluss vom 21.11.2016 nicht abgeholfen. Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Akten dem Senat mit Verfügung vom 28.11.2016 vorgelegt und beantragt, die Beschwerde aus den zutreffen-

den Gründen des angefochtenen Entscheidung als unbegründet zu verwerfen.

II. Die gemäß §§ 304 Abs. 1 und 2, 305 Satz 2 StPO zulässige Beschwerde ist begründet. Entgegen der Auffassung des LG lagen die Voraussetzungen des § 70 Abs. 1 StPO für den Erlass des Ordnungsgeldbeschlusses nicht vor; denn der Beschwerdeführer hat das Zeugnis nicht ohne gesetzlichen Grund verweigert. **Er war nach § 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StPO zur Zeugnisverweigerung berechtigt.** Eine hinreichende Entbindung von seiner Verschwiegenheitspflicht lag nicht vor, so dass er nicht zur Aussage verpflichtet war (vgl. hierzu Meyer-Goßner/Schmitt, § 53, Rdnr. 45).

Im vorliegenden Fall war die **Schweigepflichtentbindung (nur) durch den Insolvenzverwalter der K. GmbH nicht ausreichend.** Denn die dem Beschwerdeführer als Geheimnisträger anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen über die juristische Person wurden durch das Verhalten ihrer – formellen und/oder faktischen – Organe bestimmt und betreffen, jedenfalls für das Strafverfahren, deren persönliche Verantwortlichkeit. Hinzu kommt, dass es sich bei der Angeklagten um die alleinige Gesellschafterin der juristischen Person handelt und beide Angeklagten deren formelle bzw. faktische Organe waren (*offengelassen von OLG Köln, Beschl. v. 1.9.2015 – 2 Ws 544/15, juris, Rdnr. 14*).

Selbst wenn nicht per se von einer Erstreckung des Vertrauensverhältnisses auf die Organe einer juristischen Person ausgegangen werden könnte, so waren jedenfalls vorliegend auch die persönlichen und privaten Interessen der Angeklagten – nicht nur als alleiniger Gesellschaftergeschäftsführerin bzw. als faktischem Geschäftsführer, sondern auch als mandantierende natürliche Personen – von dem Mandatsverhältnis und der damit verbundenen Verschwiegenheitspflicht miteingefasst.

Von dieser kann aber nur derjenige entbinden, zu dessen Gunsten das Vertrauensverhältnis mit dem Schweigepflichtigen im Sinne des § 53 StPO begründet wurde. Dieses Vertrauensverhältnis wäre vorliegend gestört, wenn die Entbindungserklärung der juristischen Person als ausreichend angesehen werden würde. Dies gilt im Besonderen für im Rahmen eines Mandatsverhältnisses zu einer juristischen Person möglicherweise anvertrauten oder sonst bekannt gewordenen **Straftaten eines (auch faktischen) Vertreters; dann muss dieser persönlich, als Träger des Geheimnisses, von der Schweigepflicht entbinden** (KK-Senge, § 53, Rdnr. 47; Gercke in: Heidelberg Kommentar zur StPO, § 53, Rdnr. 38; MüKoStGB/Cierniak/Pohlitz, § 203, Rdnr. 80). Gleiches gilt für die Insolvenz:

Geht es um die Offenlegung von Straftaten des Insolvenzschuldners bzw. früherer oder jetziger (auch faktischer) Organe einer in Insolvenz geratenen juristischen Person, so kann es nicht bei der alleinigen Entbindungsbefugnis des Insolvenzverwalters verbleiben; **denn für die Straftat ist der Täter persönlich verantwortlich, so dass es sich nicht um ein nur vom Insolvenzbeschluss erfasstes vermögenswertes Geheimnis, sondern zugleich auch um ein persönliches Geheim-**

nis des Täters handelt (LR-Ignor/Bertheau, § 53, Rdnr. 78; MüKoStGB/Cierniak/Pohlit, a.a.O., Rdnr. 81 m.w.N.; Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele, § 203, Rdnr. 23a; Lackner/Kühl, § 203, Rdnr. 23a; KK-Senge a.a.O.; Gercke a.a.O.; LG Kaiserslautern, Beschl. v. 3.3.1978 – 5 Qs 42/78, AnwBl 79, 119; differenzierend Meyer-Goßner/Schmitt, a.a.O., Rdnr. 46b, 46c, der bei sog. „Doppelmandaten“ jedenfalls eine Entbindung allein durch den Insolvenzverwalter nicht für ausreichend erachtet). ■

Anwaltshaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung
- Erkennbarkeit
- Schwestergesellschaften des Auftraggebers (OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.7.2014 – I-2 U 78/13)

Leitsatz (d. Red.):

Wurde ein Rechtsanwalt mit der Prüfung beauftragt, ob Schutzrechte von Dritten dem Vertrieb von Waren entgegenstehen, so hat der Mandatsvertrag Schutzwirkung zugunsten von Schwestergesellschaften des Auftraggebers. ■

Zum Sachverhalt:

I. Mit ihrer Klage macht die Klägerin, die zur gleichen Unternehmensgruppe wie die B., die C. und die D. gehört, Schadensersatzansprüche wegen einer anwaltlichen Falschberatung geltend.

Am 12.5.2009 führte Herr A. G., der damalige Geschäftsführer der C., mit dem Beklagten ein Telefonat, in dessen Verlauf er dem Beklagten ein rechtsanwaltliches Mandat im Hinblick auf die Prüfung, ob der Import von Fahrradkörben aus der Volksrepublik China nach Deutschland und der anschließende Vertrieb bestimmte Schutzrechte verletzt, erteilte. Der genaue Inhalt des Telefonats ist zwischen den Parteien ebenso umstritten wie der Umfang der Mandatserteilung.

Daraufhin übersandte der Beklagte am 15.5.2009 ein an die „C.“ adressiertes Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Schutzrechte der E. für Produkte mit der Kennzeichnung „H.“

Sehr geehrter Herr G.,
wir kommen zurück auf Ihren Anruf vom 12.5.2009. Sie hatten darin angesprochen, dass es in Ihrem Hause Interesse gäbe, eine gleich wirkende, jedoch abweichend konstruierte Befestigung für Fahrradkörbe und dergleichen herzustellen. Hierzu gibt es bereits Konstruktionszeichnungen Ihrerseits. In dem Zusammenhang hatten Sie darauf hingewiesen, dass ähnliche Produkte unter der Kennzeichnung „H.“ bereits im Markt seien. Wir haben diese Homepage unter der Domain „www.H.de“ in Augenschein genommen. Danach ist das Unternehmen E. der Anbieter der so bezeichneten Produkte.

Bei einer ersten Recherche nach Patenten und Gebrauchsmustern beim Deutschen Patent- und Markenamt, die auf die Firma E. angemeldet sind, sind wir auf insgesamt 96 Schutzrechte gestoßen. [...].

Wir fügen daher die ausgedruckte Liste des Deutschen Patent- und Markenamtes für Sie bei. Wir würden Sie bitten, diese durchzusehen und uns dann die Schutzrechte aufzugeben, die nach Ihrer Einschätzung den technischen Bereich tatsächlich berühren, den Sie ebenfalls mit der schnellen Verbindung der Fahrradkörbe abdecken wollen. [...] Eine abschließende Beurteilung, ob die auf Ihr Haus zurückgehende Konstruktion Schutzrechte der E. verletzt, kann dann im Anschluss erfolgen. [...].“

In der Folge übersandte der Beklagte ein weiteres, ebenfalls an die C. adressiertes Schreiben vom 24.7.2009, zur Vermeidung von Wiederholungen. In diesem Schreiben, dessen Betreff „Schutzrechte auf fahrradlenkergestützte Halterung für Metallbügeltaschen; entgegenstehende Schutzrechte von E.“ lautet, heißt es unter anderem:

„Sehr geehrter Herr G.,
entsprechend Ihrem Wunsch haben wir auf der Grundlage des von Ihnen freundlicherweise übersandten Produktes Ihres Hauses, welches Sie uns von Ihrem chinesischen Lieferanten übersandten, dieses anhand der Auflistung der Schutzrechte, welche wir Ihnen unter dem 15.5.2009 zur Verfügung gestellt hatten, auf entgegenstehende Schutzrechte überprüft.

Sie hatten bei dem letzten Telefonat darauf hingewiesen, dass es bereits im Markt Gerüchte gäbe, dass das dem System „Klick fix“ zugrunde liegende Patent in nahe liegender Zukunft ausliefe. Diese Vermutung scheint zutreffend zu sein. Bezogen auf die für fahrradlenkergestützte Halterung für einen Korb mit Aluminiumprofil findet Schutz über das Europäische Patent 0 413 XYX B1, welches unter dem 19.6.1990 angemeldet wurde die Priorität der deutschen Patentanmeldung DE 3 920 XXY vom 22.6.1989 wiederum in Anspruch nimmt.

Allerdings scheint dieses Schutzrecht nicht mehr in Kraft zu stehen, da augenscheinlich zuletzt im Jahr 2005 die Verlängerungsgebühren entrichtet wurden.“

Zwischen den Parteien steht außer Streit, dass die fraglichen Fahrradkörbe wortsinngemäß von der technischen Lehre des vorgenannten europäischen Patents Gebrauch machen.

In einem weiteren, ebenfalls an die C. adressierten Schreiben mit dem Betreff „Schutzrechte der E. für einen Fahrradkorb mit einer formstabilen Halterung und daran befestigtem folienartigen Gewebe“ vom 29.7.2009 ergänzte der Beklagte seine bisherigen Ausführungen um einige Anmerkungen zu der deutschen Patentschrift DE 196 54 XXZ, wobei er zu dem Ergebnis gelangte, dass der aus China zu importierende Fahrradkorb einerseits keinen verstärkten Rand an dem Gewebe oder der Folie des Sackes aufweise und zudem weder bei der Montage noch bei der täglichen Nutzung dieses Korbes ein Umstülpen des Gewebes oder der Folie über das

Tragegestell erfolge. Vielmehr seien an dem Gewebe bzw. der Folie Schlaufen befestigt, die über die biegesteife Randausprägung der Halterung des Sackes eine Verbindung erzeugen würden, weshalb es an einer Verletzung dieses Patentes fehle.

Seine Leistungen rechnete der Beklagte am 12.3.2010 gegenüber der C. ab, wobei die Rechnung mit „Schutzrechte der E. für einen Fahrradkorb mit einer formstabilen Halterung und daran befestigtem folienartigen Gewebe“ überschrieben war.

Nachdem die B. die fraglichen Fahrradkörbe importiert hatte und die Klägerin sowie die D. den Vertrieb der Fahrradkörbe aufgenommen hatten, mahnte die E. die Klägerin mit einem patentanwaltlichen Schreiben vom 26.3.2010 im Hinblick auf eine Verletzung des europäischen Patents 0 413 XYX und des deutschen Geschmacksmusters 407 02 766-0XYX ab. Für die vorstehend genannte Abmahnung stellten die Patentanwälte der E. 4.761,00 EUR (brutto) in Rechnung.

Eine vergleichbare patentanwaltliche Abmahnung erhielt die D. am 19.4.2010.

Im Hinblick auf die an die Klägerin gerichtete Abmahnung riet die damalige Kanzlei des Beklagten der Klägerin mit einem zur Akte gereichten Schreiben vom 31.3.2010 zur Abgabe einer Unterlassungsverpflichtungserklärung gegenüber der E., woraufhin die Klägerin die dem vorgenannten Schreiben beigefügte Unterlassungsverpflichtungserklärung unterzeichnete.

Unabhängig davon mahnte die E. die F. (nachfolgend: F.), an die die Klägerin die streitgegenständlichen Fahrradkörbe geliefert hatte, ab.

Schließlich wurde die Klägerin im Hinblick auf den Vertrieb der angegriffenen Ausführungsform am 31.3.2010 auch von dem Unternehmen G. (nachfolgend: G.) wegen Verletzung der Gemeinschaftsgeschmacksmuster 00061500-0XYZ sowie 000030630-0XZY und des deutschen Gebrauchsmusters 203011XZ.X abgemahnt, wofür die Patentanwälte von G. der Klägerin 2.687,60 EUR (brutto) in Rechnung stellten. Gleichzeitig erwirkte G. gegen F. beim LG München (7 O 6209/10) eine einstweilige, den Vertrieb der streitgegenständlichen Fahrradkörbe untersagende Verfügung. Für die Vertretung vor dem LG München stellten die Patentanwälte F. 894,80 EUR (brutto) in Rechnung.

Jeweils mit Erklärung vom 10.5.2012 traten die B. und die D. „sämtliche Schadenersatzansprüche gegen die Firma C.“ an die Klägerin ab.

Die Klägerin hat vor dem LG mit ihrer am 6.9.2012 zugestellten Klage geltend gemacht, Herr A. G. habe dem Beklagten, dem die Struktur der Firmengruppe der Klägerin bekannt gewesen sei, einen umfassenden Auftrag zur Prüfung erteilt, ob ein bestimmter Fahrradkorb, den die Firmengruppe aus China importieren und hier vertreiben wollte, in Deutschland gegen Schutzrechte Dritter verstoße. Dem Beklagten sei

aufgrund früherer Beratungen bewusst gewesen, dass Herr A. G. für die Firmengruppe tätig sei und bei Rechtsfragen dieser Art die Interessen aller Mitglieder der Firmengruppe vertrete und auch für diese handle.

Zudem sei dem Beklagten bekannt gewesen, dass Herr A. G. die entsprechenden Patent-, Gebrauchsmuster- oder Geschmacksmusterfragen grundsätzlich immer für die gesamte Gruppe stelle. Schließlich habe der Beklagte auch gewusst, dass die Gegenstände, auf die sich bestimmte Schutzrechtsanfragen bezogen, grundsätzlich von verschiedenen Firmen der „H-Gruppe“ vertrieben werden sollten.

Nachdem der Beklagte den Import und den Vertrieb der Fahrradkörbe als unbedenklich eingestuft habe, habe die B. bei dem chinesischen Lieferanten N. K. B. Parts über einen Agenten in Taiwan für die Klägerin und die D. insgesamt 14.248 Fahrradkörbe beschafft. Einschließlich Frachtkosten und Transport bis zum Logistiklager in Rheda-Wiedenbrück hätten sich die Beschaffungskosten auf insgesamt 4,57 EUR (niedrigster Einkaufspreis in US-Dollar zzgl. Frachtkosten) pro Fahrradkorb belaufen.

An die F.-Baumärkte seien zunächst 4.425 und an Endverbraucher über die Firmen I., J., K. und L. insgesamt 1.208 Fahrradkörbe geliefert worden. Von diesen Fahrradkörben seien aufgrund der einstweiligen Verfügung bzw. der Abmahnungen 3.217 Fahrradkörbe zurückgenommen worden, so dass die Klägerin heute noch einen Bestand von 11.031 Fahrradkörben habe. Diese befänden sich verpackt im Logistikzentrum der Klägerin in Rheda-Wiedenbrück und könnten aufgrund der abgegebenen Unterlassungserklärungen nicht weiterverkauft werden.

Der Klägerin und ihren Schwesterunternehmen aus derselben Firmengruppe sei durch die Falschberatung des Beklagten ein Schaden in Höhe von insgesamt 95.811,02 EUR entstanden. Wegen der Abmahnung durch die E. habe die Klägerin entsprechend der Kostennote der Kanzlei M. vom 26.4.2010 an diese Kanzlei Gebühren für eine rechts- und patentanwaltliche Beratung in Höhe von 4.761,60 EUR erstattet. Im Hinblick auf die Abmahnung, welche die E. gegenüber F. ausgesprochen hatte, habe die Klägerin entsprechend der weiteren Kostennote der Kanzlei M. vom 26.4.2010 an diese Kanzlei einen weiteren Betrag in Höhe von 4.761,60 EUR als Erstattung weiterer Gebühren für eine rechts- und patentanwaltliche Beratung geleistet.

Daraus, dass G. Ansprüche aus der Verletzung ihrer Geschmacksmuster- und Gebrauchsmuster geltend gemacht habe, sei der Klägerin ein Schaden in Höhe von insgesamt 28.997,55 EUR entstanden. F. sei aufgrund der gegen sie erlassenen einstweiligen Verfügung des LG München durch dortigen Kostenfestsetzungsbeschluss mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 5.415,15 EUR belastet worden, nämlich jeweils aus einem Streitwert in Höhe von 250.000 EUR mit Gerichtskosten in Höhe von 2.634 EUR und Anwaltskosten in Höhe von 2.781,15 EUR.

Die Klägerin habe F. den gegen sie festgesetzten Kostenbetrag erstattet. Ferner habe F. bei Erlass der gegen sie gerichteten einstweiligen Verfügung bereits eine Werbeaktion zum Verkauf der fraglichen Fahrradkörbe initiiert. Um diese Werbeaktion nicht aufwendig stoppen zu müssen, habe sich F. mit G. in der Weise verglichen, dass F. den Verkauf der Fahrradkörbe sofort einstelle, die entsprechende Werbeaktion hingegen nicht stoppe, dafür aber einen Betrag in Höhe von 5.000 EUR zahle. Diesen Betrag habe F. gegenüber der Klägerin als Regress geltend gemacht.

An weiteren Vergleichsverhandlungen zwischen F. und G. sei die Klägerin mit dem Ziel beteiligt gewesen, F. nicht als ihre Kundin zu verlieren. Es sei der Klägerin gelungen, eine Vereinbarung des Inhalts zustande zu bringen, dass G. nach Zahlung in Höhe von weiteren 15.000 EUR ihre Ansprüche als abgegolten betrachte. F. habe außerdem für ihre eigene Vertretung gegenüber G. Anwaltskosten in Höhe von 894,80 EUR und weitere 2.687,60 EUR gemäß den beiden Kostennoten der Kanzlei von K. S. W. vom 11.5.2010 aufgewandt.

In Ansehung der aus der Volksrepublik China importierten Fahrradkörbe sei der Klägerin ein Sachschaden in Höhe von 50.411,67 EUR entstanden.

Schließlich habe die Klägerin für ihre eigene anwaltliche Vertretung gegenüber dem hiesigen Beklagten anwaltliche Kosten in Höhe von 2.687,60 EUR aufgewandt, nämlich gemäß der Kostennote ihres jetzigen Prozessvertreters vom 1.2.2012. Hilfsweise mache die Klägerin im Hinblick auf die Erstattung außergerichtlicher Rechtsanwaltskosten folgende Forderungen geltend:

Dabei stützt sie ihre Ansprüche primär auf die Rechnung in Bezug auf das vorprozessuale Tätigwerden gegen den Beklagten i.H.v. 1.780,20 EUR. Der darüber hinausgehende Teilbetrag solle sich erstrangig aus der Rechnung „Tätigkeit N. gegen E.“ und danach aus Ansprüchen in Bezug auf die Tätigkeit „N. ./ G.“ ergeben.

Soweit die Klägerin sich darüber hinausgehend darauf berufen hat, ihr Schwesterunternehmen, die D., sei aufgrund der ihr gegenüber ausgesprochenen Abmahnung der E. vom 19.4.2010 mit einer weiteren Kostenrechnung der Kanzlei M. in Höhe von 4.191 EUR belastet worden, hat sie die Klage mit Schriftsatz vom 24.4.2014 teilweise zurückgenommen, wobei der Beklagte dieser teilweisen Klagerücknahme mit Schriftsatz vom 14.5.2014 zugestimmt hat.

Der Beklagte, der um Klageabweisung gebeten hat, hat erstinstanzlich behauptet, Herr A. G. habe den Beklagten, dem die Struktur der Firmengruppe der Klägerin nicht bekannt gewesen sei, ausschließlich in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der C. angerufen, wobei Gegenstand der telefonischen Anfrage allein die Befestigung eines als Importware in Betracht kommenden Fahrradkorbes am Fahrradlenker und die Vereinbarkeit dieser Befestigung mit technischen Schutzrechten der E. gewesen sei. Der Fahrradkorb selbst und dessen Ähnlichkeit mit einem Einkaufskorb von G. sei zwischen

den Parteien nie Gesprächsthema, geschweige denn Auftragsgegenstand gewesen.

Dies werde sowohl durch die Korrespondenz des Beklagten mit der C. als auch dadurch bestätigt, dass der Beklagte für seine Tätigkeit lediglich einen Betrag i.H.v. 560 EUR (brutto) abgerechnet habe. Hinsichtlich der Erstattung der Abmahnkosten hat der Beklagte eingewandt, die Mitwirkung von Patentanwälten sei bei den jeweiligen Abmahnungen nicht erforderlich gewesen, so dass der Klägerin jedenfalls insoweit kein ersatzfähiger Schaden entstanden sei. Die Kosten der Abmahnung gegenüber der D. hätten insgesamt durch die vorbeugende Abgabe einer Unterlassungsverpflichtungserklärung vermieden werden können, wozu nach der Abmahnung gegenüber der Klägerin innerhalb der Firmengruppe auch Anlass bestanden habe.

Durch Urteil vom 16.7.2013 hat das LG Düsseldorf nach einer informatorischen Anhörung des Beklagten und der Vernehmung der Zeugen G. und O. die Klage abgewiesen.

Zur Begründung hat das LG im Wesentlichen ausgeführt:

Eine Haftung des Beklagten auf Schadenersatz gegenüber der Klägerin scheide schon dem Grunde nach aus, weil sich die Aktivlegitimation der Klägerin nicht feststellen lasse. Der Klägerin sei der ihr obliegende Beweis für das Bestehen eines Mandatsverhältnisses zwischen ihr und dem Beklagten nicht gelungen. Aus Rechtsgründen könne sie auch keine Ansprüche daraus herleiten, dass ein solches Mandatsverhältnis zwischen dem Beklagten und einer anderen Gesellschaft aus derselben Unternehmensgruppe (nämlich der C.) bestanden habe. Es lasse sich nicht feststellen, dass ein etwaiges Mandatsverhältnis zwischen dem Beklagten und einer Schwester-gesellschaft der Klägerin Schutzwirkung zu Gunsten der Klägerin entfalte.

Ein Anspruch aus Vertragspflichtverletzung unter dem Gesichtspunkt des Vertrages mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter setze nach gefestigter Rechtsprechung und allgemeiner Meinung unter anderem voraus, dass die Vertragspartei ein Einbeziehungsinteresse habe. Ein solches könne sich zum einen daraus ergeben, dass der Vertragspartner für das „Wohl und Wehe“ der einzubeziehenden Partei einzustehen habe. Dafür gebe es vorliegend keine hinreichend konkreten Anhaltspunkte. Für den Schutzbereich eines Anwaltsvertrages könne es zwar vorkommen, dass die vom Mandanten beherrschte juristische Person in den Schutzbereich einbezogen sei. Jedoch sei eine Beherrschung im Verhältnis der C. zur Klägerin und/oder der D. nicht vorgetragen.

Soweit zum anderen eine Einbeziehung eines Dritten auch dann angenommen werde, wenn der Vertragspartner ein besonderes Interesse an der Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich habe und der Vertrag in der Weise ausgelegt werden könne, dass sich der Schutz auf den Dritten erstrecken solle, sei nicht ersichtlich, warum die Mandantin des Beklagten ein eigenes Interesse an der Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich des Anwaltsvertrages hätte haben sollen. Dass umgekehrt die Klägerin ein Interesse

daran gehabt haben mag, in diesen Schutzbereich zu gelangen, trage hierzu nichts bei.

Gegen dieses Urteil hat die Klägerin mit Schriftsatz vom 30.7.2013 Berufung eingelegt. (...) ■

Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist zulässig, hat aber in der Sache nur im tenorierten Umfang Erfolg. Der Klägerin stehen in Höhe eines Betrages von 12.210,80 EUR gegen den Beklagten Schadenersatzansprüche wegen anwaltlicher Falschberatung aus §§ 280 Abs. 1, 611 BGB i.V.m. den Grundsätzen eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter zu.

1. Die Klage ist zulässig. Dies gilt auch, soweit die Klägerin die „Kosten der Abmahnungen der E.“ geltend macht und dabei der Berechnung ihrer Forderung die bereits im Tatbestand eingeblendete Übersicht zugrunde legt.

Da die Klägerin in Bezug auf ihre vorgerichtlichen Anwaltskosten lediglich einen Betrag von 2.687,60 EUR geltend macht, handelt es sich um eine (verdeckte) **Teilklage**. Bei einer solchen Teilklage bedarf es einer näheren **Spezifizierung, wie sich der eingeklagte Betrag auf die einzelnen Ansprüche verteilen** soll und in welcher Reihenfolge diese Ansprüche bis zur geltend gemachten Gesamtsumme zur Entscheidung des Gerichts gestellt werden sollen.

Andernfalls ergeben sich unüberwindbare Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Streitgegenstandes und damit zusammenhängend auch bei der Bestimmung der materiellen Rechtskraft und der Verjährung (vgl. *BGH, NJW 2008, 3142, 3143; BGH NJW 2012, 3439, 3443; MünchKomm zur ZPO/Becker-Eberhardt, 4. Auflage, § 253 Rdnr. 104; Beckscher Online-Kommentar zur ZPO/Bacher, Stand: 15.3.2014, § 253 Rdnr. 55*). Dem ist die Klägerin nunmehr gerecht geworden, indem sie ihre geltend gemachte Forderung wie aus dem Tatbestand ersichtlich aufgeschlüsselt hat.

2. Die Klage hat jedoch in der Sache lediglich im tenorierten Umfang Erfolg.

a) Im Ergebnis zu Recht ist das LG davon ausgegangen, dass sich das Vorliegen eines Beratungsvertrages zwischen der Klägerin und dem Beklagten nicht feststellen lässt. In diesem Zusammenhang kann dahinstehen, ob sich der Zeuge G. gegenüber dem Beklagten tatsächlich dahingehend geäußert hat, dass er im Namen der gesamten Unternehmensgruppe die Klärung der Schutzrechtsslage begehrt.

Jedenfalls ist nicht ersichtlich, dass der Zeuge G. rechtlich in der Lage war, andere Gesellschaften als die C., deren Geschäftsführer er im Zeitpunkt der Mandatserteilung war (§ 31 GmbHG), zu vertreten. Insbesondere hat die Klägerin weder hinreichend vorgetragen, noch ist aus den Umständen erkennbar, dass dem Zeugen G. mangels einer entsprechenden gesetzlichen Vertretungsmacht eine Vollmacht zur Vertretung der Klägerin erteilt wurde. Ein Vertragsverhältnis ist demzufolge allein zwischen dem Beklagten und seiner Sozietät sowie der C. zustande gekommen.

b) Ob der Zeuge G. in Bezug auf die Klägerin zumindest als „falsus procurator“ im Sinne von § 177 Abs. 1 BGB aufgetreten ist, kann letztlich dahinstehen. Denn entgegen der Auffassung des LG liegen die Voraussetzungen eines Vertrages mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter vor, so dass der Klägerin gegen den Beklagten unter diesem Gesichtspunkt dem Grunde nach ein Anspruch auf Schadenersatz wegen pflichtwidriger Falschberatung aus §§ 280 Abs. 1, 611 BGB zusteht.

(1) Dass der Beklagte zumindest im Hinblick auf die Frage, ob das europäische Patent 0 413 XYX B1 dem Vertrieb der streitgegenständlichen Fahrradkörbe in der Bundesrepublik Deutschland entgegensteht, eine falsche Auskunft erteilt hat, steht zwischen den Parteien nicht in Streit. Die Erteilung der Falschauskunft war auch wenigstens fahrlässig (§ 276 Abs. 2 BGB), denn dass das Patent entgegen den Ausführungen in dem Schreiben vom 24.7.2009 noch in Kraft stand, hätte der Beklagte, etwa aus dem Patentregister, ohne Weiteres erkennen können.

(2) Darüber hinaus liegen auch die Voraussetzungen eines **Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter** vor.

(a) Neben dem gesetzlich geregelten Vertrag zu Gunsten Dritter (§ 328 BGB), bei dem ein Dritter unmittelbar das Recht erwirbt, die Leistung zu fordern, hat die Rechtsprechung den Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter herausgebildet, bei dem der Anspruch auf die geschuldete Hauptleistung allein dem Gläubiger zusteht, der Dritte jedoch in der Weise in die vertraglichen Sorgfalts- und Obhutspflichten, aber auch Hauptleistungspflichten, einbezogen ist, dass er bei deren Verletzung vertragliche Schadenersatzansprüche geltend machen kann (vgl. etwa *BGHZ 193, 297 = NJW 2012, 3165; NJW 2004, 3420; BGHZ 159, 1 ff. = NJW 2004, 3035; BGH, NJW 2000, 725*).

Diese Rechtsprechung beruht auf einer maßgeblich durch das Prinzip von Treu und Glauben (§ 242 BGB) geprägten ergänzenden Vertragsauslegung (§ 157 BGB). Ihr liegt zugrunde, dass der Vertragsschuldner die Leistung nach dem Vertrag so zu erbringen hat, dass bestimmbare Dritte nicht geschädigt werden. Das hat zur Folge, dass einem einbezogenen **Dritten** im Fall der Schädigung ein **eigener Ersatzanspruch als sekundärer vertraglicher Leistungsanspruch gegen den Schuldner** zusteht (*BGHZ 193, 297 = NJW 2012, 3165, 3167; BGHZ 159, 1, 4 = NJW 2004, 3035, 3036*).

Auf dieser Entwicklungslinie hat sich eine **Berufshaftung für Rechtsanwälte, Sachverständige, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer** herausgebildet. Es handelt sich hierbei um Berufsgruppen, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügen und deren Vertragsleistungen von vornherein erkennbar zum Gebrauch gegenüber einem Dritten bestimmt sind und nach dem Willen des Auftraggebers mit einer entsprechenden Beweiskraft ausgestattet sein sollen (*BGH, NJW 1996, 2927; Staudinger/Jagmann, BGB, Neubearbeitung 2009, § 328 Rdnr. 88*).

Eine Einbeziehung Dritter in den Vertragsschutz setzt voraus, dass der **Dritte bestimmungsgemäß mit der Hauptleistung in Berührung** kommt. Zu der damit angesprochenen Leistungsnähe muss ein **schutzwürdiges Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich des Vertrages** hinzutreten. Um den Vertragspartner zu schützen, muss die Einbeziehung des Dritten und die damit verbundene Haftungserweiterung für den Vertragspartner zudem erkennbar sein.

Schließlich muss der **Dritte schutzwürdig** sein, das heißt, ihm dürfen **keine eigenen vertraglichen Ansprüche** – gleich gegen wen – zustehen, die denselben oder zumindest einen gleichwertigen Inhalt haben wie diejenigen Ansprüche, die ihm über eine Einbeziehung in den Schutzbereich eines Vertrages zukämen (BGH, NJW 1996, 2927, 2929 – Nitrierofen; BGH, NJW 2004, 3420, 3421; MünchKomm zum BGB/Gottwald 6. Auflage 2012, § 328 Rdnr. 167).

Der BGH hat für die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Person in den Schutzbereich eines Vertrages einbezogen ist, vielfach darauf abgestellt, ob das **Wohl und Wehe** dieser Person dem Vertragspartner der schutzpflchtigen Partei anvertraut war (BGH, NJW 1984, 355 f.). **Daneben kommt die Einbeziehung eines Dritten auch dann in Betracht, wenn ohne eine derartige enge Bindung Schutzpflichten des Gläubigers gegenüber dem Dritten aufgrund eines Vertrages oder auch nur aus einem Gefälligkeitsverhältnis oder aus einer sonstigen Vertrauensbeziehung bestehen.**

Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Leistung des Schuldners nach dem Sinn des konkreten Vertrages nicht nur dem Gläubiger, sondern allein oder zumindest auch gegenüber einem Dritten erbracht werden soll oder letztlich den Interessen eines Dritten dient, diesem der Schaden aus der Pflichtverletzung droht und sich deshalb aus den Umständen des Falles konkrete Anhaltspunkte für einen auf den Schutz Dritter gerichteten Parteiwillen ergeben (Staudinger/Jagmann, BGB, Neubearbeitung 2009, § 328 Rdnr. 101). Das Bestehen und die Reichweite eines etwaigen Drittschutzes sind durch Auslegung des jeweiligen Vertrages zu ermitteln (vgl. BGHZ 193, 1 = NJW 2012, 3165, 3167).

So hat der BGH beispielsweise entschieden, dass der Gesellschafter und der Geschäftsführer in den Schutzbereich eines zwischen einer GmbH und einem Steuerberater geschlossenen Vertrages einbezogen sein können, welcher die Prüfung einer möglichen Insolvenzsreife der GmbH zum Gegenstand hat (BGHZ 193, 297 = NJW 2012, 3165).

Ebenso kann eine namentlich nicht bekannte Vielzahl privater Kreditgeber oder Kapitalanleger in den Schutzbereich eines Gutachtenauftrages zur Wertermittlung eines Grundstücks einbezogen sein, wenn der Gutachter nach dem Inhalt des ihm erteilten Gutachterauftrags wusste oder damit rechnen musste, dass der Auftraggeber das Gutachten zur Erlangung von durch ein Grundpfandrecht an dem Grundstück gesicherten, in der Höhe begrenzten Krediten verwenden werde (BGHZ 159, 1 = NJW 2004, 3035).

(b) Ausgehend von diesen Grundsätzen liegen die Voraussetzungen eines Anspruchs der Klägerin gegen den Beklagten nach den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter vor.

(aa) Dass die Klägerin mit der Beratungsleistung des Beklagten ebenso wie die C. als dessen Vertragspartnerin in Berührung kommt, liegt auf der Hand. Unstreitig sollte der Beklagte zumindest prüfen, ob dem Import und dem Vertrieb der streitgegenständlichen Fahrradkörbe ein technisches Schutzrecht der E. entgegensteht. Da die Fahrradkörbe unter anderem durch die Klägerin vertrieben werden sollten, bildete das Ergebnis der Begutachtung durch den Beklagten zumindest eine Grundlage für die durch die Klägerin zu treffende Entscheidung, ob die Fahrradkörbe durch sie tatsächlich in der Bundesrepublik Deutschland angeboten und vertrieben werden.

(bb) Anders als das LG meint, hatte die C. auch ein **Interesse an der Einbeziehung** der Klägerin in den Schutzbereich des Beratungsvertrages. Nachdem die Zuständigkeit für den Einkauf und den Vertrieb der Fahrradkörbe nicht bei der C. lag, sondern durch deren **Schwesterunternehmen** erfolgte, ist nicht sie selbst in besonderer Weise auf ein vollständiges und zutreffendes Gutachten des Beklagten angewiesen, sondern ihre jeweiligen Schwestergesellschaften, welchen jeweils der Einkauf und/oder der Vertrieb übertragen wurde. Die C. war insoweit, unabhängig davon, welche ihrer Schwestergesellschaften konkret für den Einkauf und/oder den Vertrieb zuständig waren, zumindest auch als Dienstleisterin für ihre Schwestergesellschaften tätig und hatte vor diesem Hintergrund ein ureigenes Interesse daran, dass auch diese, sollte das Gutachten fehlerhaft sein, selbst Ansprüche gegen den Beklagten geltend machen können.

(cc) Darüber hinaus war die Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich des zwischen der C. und dem Beklagten geschlossenen Vertrages für den Beklagten nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme auch erkennbar.

Wie die Zeugen G. und O. übereinstimmend ausgeführt haben, hatte der Zeuge O. dem Beklagten die Unternehmensgruppe der Klägerin bereits vor der Erteilung des streitgegenständlichen Mandats vorgestellt, wobei der Beklagte durch den Zeugen O. nach dessen Aussage auch darauf hingewiesen wurde, dass er nunmehr die Gelegenheit habe, Aufträge auch von anderen Unternehmen der Gruppe zu erhalten. Der Senat sieht vor dem Hintergrund der detaillierten und widerspruchsfreien Aussagen keinen Grund, an der Glaubhaftigkeit der Aussagen und der Glaubhaftigkeit der Zeugen zu zweifeln.

Vielmehr lassen sich diese ohne Weiteres auch mit den Ausführungen des Beklagten im Rahmen seiner Parteivernehmung in Einklang bringen, wo dieser ebenfalls von dem Gespräch mit dem Zeugen O. berichtete. Selbst wenn der Zeuge O., wie von ihm geschildert, bei diesem Gespräch möglicherweise lediglich Kataloge der D, deren Geschäftsführer er schon zum damaligen Zeitpunkt war, dabei hatte, hat der Beklagte gleichwohl weiter eingeräumt, dass ihm im Zeitpunkt

der Erteilung des streitgegenständlichen Mandats durch den Zeugen G. bewusst gewesen sei, dass es neben der D. auch die „Firma H.“ gab.

Unabhängig davon, ob der Beklagte im Zeitpunkt der Mandatserteilung jedes Detail der Struktur und jede Gesellschaft der Firmengruppe der Klägerin kannte, war ihm somit zumindest bewusst, dass zu dieser Unternehmensgruppe mehrere Gesellschaften gehörten, die jeweils unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Dass dem so war, bestätigt die weitere Einlassung des Beklagten, wonach er im Zeitpunkt des streitgegenständlichen Telefongesprächs wusste, dass der Zeuge G. „irgendwie der C.-U.-Gruppe angehörte“.

Ihm war also bekannt, dass der Zeuge G. nicht zwingend für die D., die ihm der Zeuge O. zuvor vorgestellt hatte, handelte. Im Übrigen konnte der Beklagte im Rahmen seiner Vernehmung als Partei mangels einer entsprechenden Erinnerung auch nicht ausschließen, dass der Zeuge G. – korrespondierend mit dessen Zeugenaussage – zu Beginn des der Mandatserteilung zu Grunde liegenden Telefonates darauf hingewiesen hat, dass er „für eine Service GmbH“ handle.

Bei der **Beurteilung der Frage der Erkennbarkeit** kann weiterhin nicht unberücksichtigt bleiben, dass **der Beklagte vor dem streitgegenständlichen Mandat auch bereits für eine Schwestergesellschaft** der C. tätig war. **Hätte der Zeuge G. vor der Mandatserteilung somit nicht zu erkennen gegeben, für welches Unternehmen er gerade handelte, hätte für den Beklagten in Ermangelung einer ausdrücklichen Mitteilung, durch welche konkrete Gesellschaft der Firmengruppe der Einkauf und der Vertrieb der Fahrradkörbe erfolgen sollten, auch in diesem Fall klar sein müssen, dass der Import und der Vertrieb nicht zwingend durch die C. erfolgen mussten, sondern durchaus auch durch eine andere Gesellschaft der Firmengruppe erfolgen konnten, für welche die in Auftrag gegebene Analyse der Schutzrechtslage ebenso von Relevanz war.**

Dies gilt umso mehr, da sich nach der Aussage des Zeugen G. an dem dem Beklagten überlassenen Musterkorb ein Anhänger befand, auf dem die Firmenbezeichnung „H.“ abgebildet war.

dd) Schließlich ist auch die von der Rechtsprechung für eine Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages geforderte **Schutzbedürftigkeit** der Klägerin als Dritte gegeben.

Diese kann fehlen, wenn der geschädigte Dritte eigene vertragliche Ansprüche, auch gegen andere Schuldner, hat, die denselben oder einen gleichwertigen Inhalt haben wie diejenigen, die er auf dem Weg über seine Einbeziehung in den Schutzbereich eines zwischen anderen geschlossenen Vertrages durchsetzen will, denn in einem solchen Fall Ansprüche aus dem Gesichtspunkt des Vertrages mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter zu gewähren, würde auch gegen das von der höchststrichterlichen Rechtsprechung stets hervorgehobene Anliegen verstoßen, eine uferlose Ausdehnung des Kreises der in den Schutzbereich einbezogenen Personen zu vermeiden (BGH, NJW 2004, 3420, 3421; BGH, NJW 2004, 3630, 3632; BGHZ 70, 327, 329 f. = NJW 1978, 883; BGHZ

133, 168, 173 ff. = NJW 1996, 2927; BGH NJW 1987, 2510, 2511).

Davon ausgehend ist die Klägerin schutzbedürftig, da ihr im Hinblick auf die unstrittige Falschberatung der C. durch den Beklagten keine gleichwertigen vertraglichen Schadenersatzansprüche zustehen. Insbesondere kommen derartige Ansprüche gegen die C. auch dann nicht in Betracht, wenn diese das Rechtsgutachten des Beklagten im Auftrag der Klägerin eingeholt hat. Auch wenn auf dieser Grundlage eine Haftung der C. nicht von vornherein ausscheidet, würde eine solche gleichwohl im Hinblick auf das für eine Schadenersatzhaftung erforderliche Vertretenmüssen (§ 280 Abs. 1 S. 2 BGB) ein zumindest fahrlässiges Verhalten voraussetzen, woran es hier fehlt. Die C. hat im Hinblick auf mögliche entgegenstehende Schutzrechte Dritter den sachverständigen Rat einer unter anderem auf den gewerblichen Rechtsschutz spezialisierten Kanzlei eingeholt und das Ergebnis weitergegeben. Zu einer eigenen Prüfung der Richtigkeit des Gutachtens war die T. – unabhängig davon, ob sie dazu überhaupt in der Lage gewesen wäre – ebenso wenig verpflichtet wie zur Einholung eines weiteren Rechtsrates.

c) Die Klage hat im Hinblick auf die Höhe des ersatzfähigen Schadens lediglich im tenorierten Umfang Erfolg. (...) ■

Versicherungsschutz

- Treuhandtätigkeit
 - Anwaltliche Tätigkeit
 - Anderkonto
- (LG Hannover, Urt. v. 20.6.2017 – 20 O 208/14)

Leitsatz (d. Red.):

In der bloßen Eröffnung eines Anderkontos und der anschließenden Weiterleitung eingehender Gelder liegt keine anwaltliche Tätigkeit. ■

Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten über Ansprüche aus Vermögensschadenhaftpflichtversicherung.

Der Kläger beauftragte den ehemaligen Rechtsanwalt Dr. B., über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist, mit seiner Vertretung. Rechtsanwalt Dr. B. (im Folgenden als Versicherungsnehmer bezeichnet) hatte bei der Beklagten eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung abgeschlossen. Zuletzt waren die „Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen sowie Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte und Patentanwälte (AVB-WSR)“ – VH 558:05 vereinbart (im Folgenden als AVB bezeichnet). Am 27.2.2012 wurde auf Eigenantrag des Versicherungsnehmers die vorläufige Verwaltung seines Vermögens durch das Insolvenzgericht Hannover angeordnet.

Der Kläger behauptet – von der Beklagten mit Nichtwissen bestritten –, dass er Eigentümer einer Wohnung in B. gewesen sei, die in seinem Namen von einem vollmachtlosen Vertreter mit notariellem Kaufvertrag vom 30.7.2008 verkauft worden sei. Er habe die Genehmigung des noch schwebend unwirksamen Vertrags nur erteilen wollen, wenn ihm 20.000 EUR gezahlt würden. Deshalb habe er den Versicherungsnehmer mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen in diesem Zusammenhang beauftragt. Der Versicherungsnehmer habe Verhandlungen mit dem Käufer geführt.

Am 17.9.2009 sei die Genehmigung des Klägers erteilt worden. Unter dem 30.8.2010 habe der Versicherungsnehmer einen Treuhandauftrag formuliert, nach dem der Notar von der Genehmigungserklärung nur Gebrauch machen dürfe, wenn auf das „Kanzleifremdgeldkonto“ des Versicherungsnehmers beim Bankhaus H. AG der Betrag von 20.000 EUR eingegangen sei. Mit Schreiben vom 17.1.2011 habe der Versicherungsnehmer den Treuhandauftrag gegenüber dem Notar dahingehend abgeändert, dass die Zahlung des Betrags von 20.000 EUR auf das vorgenannte Kanzleifremdgeldkonto sicherzustellen sei. Auf die vorgenannten Unterlagen wird Bezug genommen. Am 29.12.2011 seien 20.000 EUR auf das Konto des Versicherungsnehmers eingegangen. Der Versicherungsnehmer habe das Geld dort liegen gelassen.

Der Kläger behauptet weiter, dass das vorgenannte Konto kein Rechtsanwaltsanderkonto oder Treuhandkonto, sondern ein gewöhnliches Geschäftskonto gewesen sei. Das Konto sei vom Vater des Versicherungsnehmers eingerichtet und überwiegend als Fremdgeldkonto genutzt worden, es habe sich aber um ein gewöhnliches Geschäftskonto gehandelt, das in Einzelfällen auch – von der Beklagten mit Nichtwissen bestritten – der Abwicklung von Eigenzahlungsverkehr gedient habe. Da das Konto in der Kanzleipraxis jahrzehntelang als Fremdgeldkonto genutzt worden sei, liege in der Nutzung dieses Kontos als Fremdgeldkonto nur eine fahrlässige, jedoch keine wissentliche Pflichtverletzung.

Dadurch, dass der Betrag von 20.000 EUR nicht auf ein Rechtsanwaltsanderkonto eingezahlt oder weitergeleitet worden sei, falle das Geld jetzt in die Insolvenzmasse. Der Kläger behauptet – von der Beklagten ebenfalls mit Nichtwissen bestritten –, dass hinsichtlich der Auszahlung des Fremdgeldbetrags an den Kläger keine besonderen Voraussetzungen vereinbart worden seien.

Der Kläger meint, dass sich Aktivlegitimation und Passivlegitimation aus § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 WG ergäben. Der Versicherungsnehmer habe eine nach außen manifestierte anwaltliche Tätigkeit und nicht nur eine reine Treuhandtätigkeit wahrgenommen, als er mit dem Käufer Verhandlungen geführt habe.

Der Versicherungsnehmer habe seine anwaltlichen Pflichten durch aktives Tun dadurch verletzt, dass er entgegen seiner Pflicht, den sichersten Weg aufzuzeigen, mit Schreiben vom 30.8.2010 die Zahlung des Fremdgeldbetrags auf ein Konto veranlasst habe, bei dem die zuverlässige Trennung von

Eigenvermögen objektiv nicht sichergestellt gewesen sei. Der Kläger ist der Ansicht, dass eine Weiterüberweisung des Betrags auf ein Fremdgeldkonto nach Zahlungseingang gemäß § 132 Abs. 1 Nr. 1 InsO anfechtbar gewesen wäre. Der Kläger behauptet – von der Beklagten mit Nichtwissen bestritten –, dass der Versicherungsnehmer am 30.8.2010 gewusst habe, dass seine wirtschaftliche Lage äußerst angespannt gewesen sei und Zahlungsunfähigkeit gedroht habe. Eine weitere Pflichtverletzung liege darin, dass der Versicherungsnehmer den erhaltenen Geldbetrag von 20.000 EUR nicht unverzüglich an den Kläger weitergeleitet oder auf ein ordnungsgemäßes Rechtsanwaltsanderkonto überführt habe.

Der Kläger ist der Ansicht, dass für die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung auf den ersten Verstoß am 30.8.2010 abzustellen sei. Diese erste Pflichtverletzung bleibe auch dann maßgeblich, wenn der Versicherungsnehmer noch die Möglichkeit hatte, die in Gang gesetzte Kausalkette zu unterbrechen und den Schaden zu vermeiden.

Der Kläger macht als Schaden den auf das Konto des Versicherungsnehmers eingegangenen, nicht weitergeleiteten Betrag von 20.000 EUR geltend, abzüglich 2.054,65 EUR gesetzlicher Gebühren für die anwaltliche Tätigkeit des Versicherungsnehmers. Zudem sei ihm aufgrund der nicht erfolgten unverzüglichen Weiterleitung des Geldes ab dem 2.1.2012 ein Zinsschaden in Höhe des von ihm in Anspruch genommenen Kontokorrentkredits entstanden. Der Kläger begehrt auch die ihm von der Rechtsschutzversicherung abgetretenen Rechtsverfolgungskosten.

Der Kläger behauptet – von der Beklagten mit Nichtwissen bestritten –, seine Ansprüche nicht zur Insolvenztabelle angemeldet, sondern erfolglos gegenüber dem Insolvenzverwalter des Versicherungsnehmers geltend gemacht zu haben. Zudem bestehe keine Quotenaussicht. Er sei auch nicht vom Versicherungsnehmer befriedigt worden.

(Anträge: ...)

Die Beklagte bestreitet mangels eigener Kenntnisse die Umstände des vermeintlichen Versicherungsfalls mit Nichtwissen und beruft sich auf fehlende Passivlegitimation.

Die Beklagte behauptet, es habe sich bei dem Konto des Versicherungsnehmers beim Bankhaus H. AG Hannover um ein Fremdgeldkonto gehandelt. Sie ist der Ansicht, dass – unterstellt, es handele sich nicht um ein reines Fremdgeldkonto – der vermeintliche Versicherungsfall nicht in den versicherten Zeitraum falle. Die Pflichtverletzung bestehe in einem Unterlassen, und zwar dem Nichteinrichten eines Fremdgeldkontos bzw. der nicht rechtzeitigen Weiterleitung des Geldbetrags, so dass versicherungsrechtlich gemäß Teil 1 A § 2 III AVB auf den Zeitpunkt abzustellen sei, an dem der Schaden hätte letztendlich abgewendet werden können.

Dies sei eine juristische Sekunde vor der Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung am 27.2.2012 gewesen, mithin nach Ablauf des Versicherungsschutzes.

Die Beklagte behauptet – vom Kläger mit Nichtwissen bestritten –, der Versicherungsvertrag sei aufgrund Kündigung zum 1.1.2012 beendet worden. Hierzu legt sie ein Kündigungsschreiben des Versicherungsnehmers vom 21.9.2011 sowie die Kündigungsbestätigung vom 26.9.2011 vor, auf die Bezug genommen wird. Weiter behauptet sie – vom Kläger wiederum mit Nichtwissen bestritten –, dass der Versicherungsnehmer am 26.9.2011 aus der Anwaltschaft ausgeschieden sei. Hierzu legt sie ein Bestätigungsschreiben der Rechtsanwaltskammer Celle vom 19.12.2011 vor, auf das Bezug genommen wird. Die Beklagte ist der Ansicht, dass damit gemäß Teil C § 9 IV der AVB der Versicherungsschutz erloschen sei und im Zeitpunkt der streitgegenständlichen Überweisung vom 29.12.2011 kein Versicherungsschutz mehr bestanden habe.

Sie beruft sich zudem darauf, dass der vom Kläger behauptete Schaden nicht durch eine bei ihr versicherte Tätigkeit des Versicherungsnehmers entstanden sei. Es sei nicht substantiiert dargelegt, dass der Versicherungsnehmer eine originäre anwaltliche Tätigkeit ausgeübt habe. Eine bloße wirtschaftliche Treuhandeltätigkeit, Kaufvertragsverhandlungen oder Freundschaftsdienste fielen nicht darunter.

Die Beklagte ist weiter der Ansicht, dass der Kläger einen Erfüllungsschaden, nämlich einen Herausgabeanspruch nach §§ 675, 667 BGB geltend macht, der gemäß Teil A § 1 Ziff. 11 a.E. AVB nicht vom Versicherungsschutz umfasst sei.

Hilfsweise beruft sich die Beklagte auf einen Ausschluss gemäß Teil A § 4 Ziff. 5 AVB wegen wissentlicher Pflichtverletzung. Die nicht unverzügliche Weiterleitung eines Fremdgeldbetrags an den Mandanten oder auf ein Rechtsanwalts-anderkonto stelle eine Kardinalspflichtverletzung dar, die stets wissentlich sei.

Die Beklagte bestreitet einen Verzug vor Erhalt des Schreibens der Klägerevertreter vom 12.3.2014, die vom Kläger behauptete Kreditanspruchnahme einschließlich Zinssatz sowie die Anwendung der gesetzlichen Vergütungsregeln aufgrund Formmangels einer Honorarvereinbarung zwischen Kläger und Versicherungsnehmer mit Nichtwissen. ■

Aus den Gründen:

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

I. Dem Kläger steht gegen die Beklagte kein Anspruch auf Zahlung von 17.945,35 EUR aus § 115 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 Alt. 1 WG i.V.m. §§ 675 Abs. 1, 611, 280 Abs. 1 BGB zu.

1. Die Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs des Klägers, den dieser gemäß § 115 WG gegenüber der Beklagten geltend machen könnte, liegen nicht vor.

Gemäß § 115 Abs. 1 S. 2 VVG besteht der **Direktanspruch** des Klägers im Rahmen der Leistungspflicht des Versicherers aus dem Versicherungsverhältnis. § 51 BRAO normiert die gesetzliche Versicherungspflicht des Anwalts. § 51 Abs. 3 BRAO lässt Ausschlüsse von der Pflichtversicherung zu, wovon in den verwendeten AVB auch Gebrauch gemacht wird.

a) Die Anwendung der Regelung des § 115 WG setzt das **Bestehen eines Versicherungsverhältnisses** voraus. Im **Zeitpunkt des Versicherungsfalls** war das Versicherungsverhältnis zwischen Versicherungsnehmer und Beklagter jedoch bereits beendet. Der Versicherungsnehmer ist am 26.9.2011 aus der Anwaltschaft ausgeschieden. Dies steht aufgrund des vorgelegten Schreibens der Rechtsanwaltskammer Celle vom 19.12.2011 fest. Nach Teil 1 C § 9 IV AVB ist damit der Versicherungsschutz erloschen. Satz 1 der vorgenannten Regelung lautet: „Bei Wegfall des versicherten Interesses (z.B. Wegfall der Zulassung) erlischt der Versicherungsschutz.“

Der Versicherungsfall ist erst nach diesem Zeitpunkt eingetreten.

Gemäß Teil 1 B § 5 I AVB ist **Versicherungsfall** definiert als der Verstoß, der Haftpflichtansprüche gegen den Versicherungsnehmer zur Folge haben könnte. Mit dieser Definition als Verstoß des Rechtsanwalts gegen seine Berufspflichten knüpft die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zwar an den frühestmöglichen Zeitpunkt an (vgl. *Chab in: Fischer/Vill u.a., Handbuch der Anwaltschaft, 4. Aufl., § 18 Rdnr. 103*). Der maßgebliche Zeitpunkt lag hier jedoch erst nach dem Eingang des Geldes auf dem Konto des Versicherungsnehmers am 29.12.2011. Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits kein Versicherungsschutz mehr.

Die Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers lag darin, das auf seinem Konto eingegangene Fremdgeld entgegen § 43a Abs. 5 S. 2 BRAO nicht unverzüglich an den Kläger oder auf ein ordnungsgemäßes Anderkonto weitergeleitet zu haben – unterstellt, dass es sich bei dem Konto, auf dem das Geld einging, wie der Kläger vorträgt, nicht um ein Rechtsanwaltsanderkonto handelte (andernfalls läge keine Pflichtverletzung und kein Schaden vor, weil das Geld nicht in die Insolvenzmasse gefallen wäre).

Entgegen der Auffassung des Klägers lag eine Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers nicht bereits darin, dass er im Treuhandauftrag vom 30.8.2010 bzw. im geänderten Treuhandauftrag vom 17.1.2011 das streitgegenständliche Konto als das Konto benennt, auf den der Betrag von 20.000 EUR eingehen sollte.

Zwar ist bei der **Beurteilung, wann ein Versicherungsfall stattgefunden hat**, bei zeitlich mehreren Möglichkeiten **grundsätzlich auf den ersten Verstoß gegen Berufspflichten abzustellen**, der die Kausalkette zum Schaden in Gang gesetzt hat. Dieser ist auch dann der zeitlich entscheidende, wenn der Versicherungsnehmer im weiteren Verlauf die Möglichkeit hatte, durch eine korrigierende Handlung die Kausalkette zu unterbrechen und den Schaden zu vermeiden, dies aber unterlassen hat (vgl. *Chab, a.a.O., § 18 Rdnr. 104*).

Auch unter Berücksichtigung des Vorstehenden ist vorliegend jedoch **nicht bereits auf die Benennung des Kontos im Treuhandauftrag** abzustellen. Zum einen lag hierin keine anwaltliche Pflichtverletzung. Dem Anwalt ist es nicht verwehrt, Fremdgeld entgegenzunehmen. Dies ergibt sich auch aus der Regelung des § 43a Abs. 5 S. 2 BRAO, wonach erst **nach**

dem Erhalt von Fremdgeld eine Verpflichtung zur unverzüglichen Weiterleitung besteht. Auch kann nicht festgestellt werden, dass etwa im Zeitpunkt der Erstellung der Treuhandaufträge im vorliegenden Einzelfall eine Verpflichtung des Versicherungsnehmers bestanden hätte, ein **insolvenzfestes Konto als Empfangskonto des Fremdgeldes** zu benennen, weil die Insolvenz gedroht hätte.

Hierzu fehlt es bereits an ausreichend konkreten Anhaltspunkten für eine drohende Zahlungsunfähigkeit des Versicherungsnehmers. Konkrete Angaben zu Verbindlichkeiten und Liquidität werden nicht vorgetragen. Das Bestreiten der Beklagten mit Nichtwissen ist gemäß § 138 Abs. 3 ZPO zulässig; eine Kenntnis des Versicherungsnehmers ist kein Hinderungsgrund (vgl. *Zöller-Greger, ZPO, 31. Aufl., § 138 Rdnr. 15*; s.a. *OLG Frankfurt, Beschl. v. 15.11.2005 – 13 U 152/04 – juris-LS betr. Kfz-Haftpflichtversicherer*). Gegen eine unmittelbar drohende Zahlungsunfähigkeit spricht vielmehr, dass die vorläufige Insolvenzverwaltung erst über ein Jahr nach dem abgeänderten Treuhandauftrag angeordnet wurde.

Zum anderen ist für den Fall, dass im weiteren Verlauf eine **besondere Pflicht zum Handeln** bestand, etwa eine **erneute Prüfung** und Entscheidung veranlasst war und durch ordnungsgemäße Erfüllung der Pflicht der Schaden vermieden worden wäre, **nicht auf den ersten Verstoß gegen Berufspflichten abzustellen** (so auch *Chab, a.a.O., § 18 Rdnr. 104*). Selbst wenn also in der Benennung des streitgegenständlichen Kontos eine anwaltliche Pflichtverletzung zu sehen wäre – was wie ausgeführt die Kammer nicht annimmt –, hätte der Versicherungsnehmer nach Erhalt des Fremdgelds die besondere Pflicht des § 43a Abs. 5 S. 2 BRAO gehabt, dieses unverzüglich weiterzuleiten.

Durch den Eingang des Geldes war eine erneute Entscheidung veranlasst, durch deren ordnungsgemäße Erfüllung der – unterstellte – Schaden im Fall der Weiterleitung vermieden worden wäre. Entgegen der Ansicht des Klägers ist eine Anfechtbarkeit für den Fall der Weiterleitung des Fremdgeldes nicht ersichtlich. § 132 InsO setzt eine Kenntnis des Klägers von der Zahlungsunfähigkeit des Versicherungsnehmers voraus, die nicht vorgetragen ist. Ebenso fehlt es für eine Anfechtbarkeit nach § 133 InsO an Anhaltspunkten jedenfalls für eine Kenntnis des Klägers von einem Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Versicherungsnehmers.

Ob, wie die Beklagte meint, es sich bei der Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers um ein Unterlassen mit der Folge handelte, dass gemäß Teil 1 A § 2 III AVB der letztmögliche Zeitpunkt, an dem die Geldauszahlung hätte nachgeholt werden können, um Schaden abzuwenden, entscheidend wäre, kann somit dahinstehen.

b) **Der Anspruch des Klägers scheitert auch daran, dass nicht festgestellt werden kann, dass die streitgegenständliche Pflichtverletzung dem Versicherungsschutz unterfällt.** Der Versicherungsschutz der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung bezieht sich auf die Ausübung beruflicher Tätigkeit eines Rechtsanwalts. Bei der vorliegenden **treuhänderischen**

Tätigkeit des Versicherungsnehmers ist dagegen nach dem Parteivortrag **nicht von einer anwaltlichen Tätigkeit im Sinne von Teil 1 A § 1 I AVB auszugehen.**

Die Rechtsprechung unterscheidet bei **Treuhandtätigkeit des Rechtsanwalts** danach, ob diese in einem **engen, inneren Zusammenhang mit der rechtlichen Beistandspflicht** steht (dann gilt Anwaltsvertragsrecht und es besteht Versicherungsschutz über die Berufshaftpflichtversicherung), oder ob die **Rechtsbetreuung völlig in den Hintergrund tritt. In der Eröffnung eines Anderkontos und der anschließenden Weiterleitung eingehender Gelder liegt keine anwaltliche Tätigkeit** (vgl. *Chab, a.a.O., § 18 Rdnr. 35*).

Im Zweifel wird allerdings bei Beauftragung eines Rechtsanwalts die Wahrnehmung auch der rechtlichen Interessen erwartet werden. Allerdings waren Kläger und Versicherungsnehmer miteinander bekannt, so dass nicht feststeht, dass der Kläger den Versicherungsnehmer gerade in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt zur Erteilung anwaltlichen Rats beauftragt hat. **Entscheidend für die Frage des Versicherungsschutzes ist daher, ob der schadenstiftende Verstoß der Rechtsberatung oder der wirtschaftlichen, anderen Tätigkeit zuzuordnen ist** (*Chab, a.a.O., § 18 Rdnr. 37*).

Vorliegend liegt der Verstoß des Versicherungsnehmers – unterstellt, dass es sich bei dem streitgegenständlichen Konto nicht um ein Anderkonto handelte – in der fehlerhaften Durchführung des Treuhandauftrags, sei es bereits in der Benennung eines im Insolvenzverfahren in die Insolvenzmasse fallenden Kontos oder in der nicht unverzüglichen Weiterleitung des erhaltenen Fremdgelds an den Kläger oder auf ein Anderkonto. Rechtsberatende Elemente waren hiermit nicht erkennbar verbunden, so dass es sich nicht um eine anwaltliche Tätigkeit handelte. Die reine Vermögensverwaltung ist keine Ausübung beruflicher Tätigkeit des Anwalts i.S.d. § 1 I AVB, es sei denn, dass Mandant und Rechtsanwalt im Einzelfall einen Vertrag über Treuhandtätigkeit mit einer Pflicht zur Rechtsbetreuung abschließen (vgl. *Chab, a.a.O., § 18 Rdnr. 34*).

Eine rechtliche Beratung durch den Versicherungsnehmer kann aber allenfalls bezüglich der Erteilung der Genehmigung vom 17.9.2009 angenommen werden. Hinsichtlich der Verhandlungen mit dem Käufer ist nicht konkret vorgetragen, dass hiermit eine rechtliche Beratung des Versicherungsnehmers verbunden war. Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, erfolgte die dem Versicherungsnehmer vorgeworfene Pflichtverletzung aber weder im Zusammenhang mit den Verhandlungen oder der erteilten Genehmigung, sondern allein bei Ausübung der treuhänderischen Tätigkeit – die Treuhandaufträge wurden nicht zusammen mit der Genehmigung erteilt – und nicht in engem Zusammenhang mit anwaltlicher Tätigkeit.

c) Da der Kläger bereits aus vorgenannten Gründen keinen Anspruch gegen die Beklagte hat, kann dahinstehen, ob es sich bei dem Anspruch des Klägers nur um einen Anspruch auf Erfüllung, der gemäß Teil 1 A § 1 I AVB nicht vom Versicherungsschutz erfasst wäre (Herausgabeanspruch gemäß

§ 667 BGB), und nicht (auch) um einen Schadenersatzanspruch handelt. Ebenso kann offenbleiben, ob der Versicherungsschutz wegen wissentlicher Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers ausgeschlossen ist.

2. Mangels Eintrittspflicht der Beklagten ist auch nicht zu entscheiden, ob durch die Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers dem Kläger ein kausaler Schaden entstanden ist. Insbesondere auf die Frage, ob es sich bei dem streitgegenständlichen Konto des Versicherungsnehmers um ein Rechtsanwaltsanderkonto handelte, kommt es daher nicht an.

3. Mangels Hauptanspruchs haben auch die Nebenforderungen des Klägers keinen Erfolg. ■

Honorarrückzahlung

- Anwaltshonorar
 - Gebührenvereinbarung
 - Unangemessene Zeittaktklausel
- (LG Köln, Urt. v. 18.10.2016 – 11 S 302/15)

Leitsatz (d. Red.):

Eine Vergütungsvereinbarung des Anwalts mit einer Zeittaktklausel von 15 Min. ist unangemessen und unwirksam. (Anschluss an OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.2.2010 – 24 U 183/05). ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagte, einen Zusammenschluss von Rechtsanwälten in der Rechtsform einer LLP (Limited Liability Partnership) englischen Rechts, auf Rückzahlung von überzahlten Honorarvorschüssen in Anspruch.

Anlässlich der Kündigung seines Arbeitsverhältnisses durch seinen Arbeitgeber mandatierte der Kläger die Beklagte mit der Wahrnehmung seiner Interessen. Dazu erteilte er am 26.7.2013 eine Vollmacht „wegen Arbeitsrecht“. Ferner trafen die Parteien unter selbigem Datum eine Vergütungsvereinbarung. Diese bestimmt auszugsweise:

„3. Vergütung

Für die unter Nr. 1 genannten Tätigkeiten erhalten die Rechtsanwälte anstelle der gesetzlichen Gebühren eine Vergütung i.H.v. 230 EUR je Stunde. Hinzu kommt jeweils die gesetzliche Mehrwertsteuer.

Abgerechnet wird in Viertelstundenschritten, ein Viertel des vereinbarten Stundensatzes wird für jede angefangene 15 Min. berechnet.

Das vereinbarte Honorar kann die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG überschreiten. (...)

5. Auslagen

Anstelle der Pauschale für Entgelte für die Post- und Telekommunikationsdienstleistungen nach Teil 7 des Vergütungsverzeichnisses zum RVG tritt eine Pauschale i.H.v. 5 % der berechneten Gebühren für die anwaltliche Beratung und Vertretung, mindestens aber 50 EUR. (...)

Unter Ziff. 4 der Vergütungsvereinbarung wurde als Mindestvergütung die gesetzliche Vergütung vereinbart. Im Zusammenhang mit einer nachfolgend seitens seines Arbeitgebers ausgesprochenen „wettbewerblichen Abmahnung“ erteilte der Kläger der Beklagten unter dem 22.10.2013 eine weitere Vollmacht „wegen Wettbewerbsverstoß, Unterlassungsanspruch u.a.“ und unterzeichnete eine Mandatsvereinbarung, welche eine Vergütung nach den gesetzlichen Gebühren (RVG) vorsah.

Die Beklagte wurde für den Kläger tätig. Der sachbearbeitende Rechtsanwalt korrespondierte und telefonierte mehrfach mit dem Kläger, reichte eine Kündigungsschutzklage bei dem Arbeitsgericht Köln ein und nahm einen Güte Termin wahr. Der genaue Umfang der Tätigkeiten ist zwischen den Parteien streitig. Tätigkeiten der Beklagten in Bezug auf die Abmahnung sind zweitinstanzlich nicht mehr verfahrensgenständig.

Auf Vorschussrechnungen der Beklagten vom 26.7., 7.10., 22.10. und 6.12.2013 zahlte der Kläger insgesamt 7.573,76 EUR. Davon entfiel ein Betrag von 2.099,76 EUR gemäß Vorschussrechnung vom 22.10.2013 auf das Mandat „gewerblicher Rechtsschutz“. Unter dem 22.1.2014 erteilte die Beklagte dem Kläger eine Rechnung für das Kündigungsschutzmandat. Unter Verweis auf ein beigelegtes Kostenblatt, stellte sie ein Honorar von netto 4.427,50 EUR sowie einen Betrag von netto 221,38 EUR für Post und Telekommunikation in Rechnung.

Unter Berücksichtigung bereits gezahlter Vorschüsse von netto 4.600,00 EUR, ergab sich ein restlicher Betrag von 58,17 EUR inkl. USt. für den Leistungszeitraum 24.7.2013 bis 22.1.2014. Mit Schreiben vom 28.4.2014 forderte die Beklagte den Kläger unter Fristsetzung zur Zahlung des noch ausstehenden Rechnungsbetrages auf und kündigte für den Fall des fruchtlosen Fristablaufs die Einleitung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen an.

Mit E-Mail vom 10.3.2014 kündigte der Kläger der Beklagten das Mandat. Die nunmehrigen Prozessbevollmächtigten des Klägers forderten die Beklagte mit Schreiben vom 17.4. und 6.5.2014 zur Erstellung einer Schlussrechnung auf.

Mit der Klage hat der Kläger, welcher der Beklagten auf der Grundlage eines ihm zunächst in Aussicht gestellten zehnstündigen Zeitaufwands ein Honorar von insgesamt 2.760,80 EUR (2.300 EUR Honorar zzgl. 20 EUR Auslagenpauschale sowie USt.) zubilligt, die Beklagte auf Zahlung von 4.813 EUR nebst Zinsen in Anspruch genommen. Die Beklagte ist dem unter näherer Darlegung erbrachter Leistungen entgegengetreten. Die stichwortartige Beschreibung der ab-

gerechneten Maßnahmen sei ausreichend. Die Beklagte hat erstinstanzlich Kostenblätter vorgelegt, welche einen nicht aufgerundeten Zeitaufwand des sachbearbeitenden Rechtsanwalts von 13 Std. und 39 Min. für behauptete Tätigkeiten in der Kündigungsschutzangelegenheit ergeben. Aufgrund der vereinbarten Zeittaktklausel folge daraus eine in der Rechnung angesetzte abrechenbare Arbeitszeit von 19 Std. und 15 Min. (= 77 Viertelstunden).

Mit dem angefochtenen Urteil hat das AG die Beklagte unter Klageabweisung im Übrigen zur Zahlung von 3.478,73 EUR nebst Zinsen verurteilt. Zur Begründung hat das AG im Wesentlichen ausgeführt, dem Klagevorbringen sei bei verständiger Würdigung zu entnehmen, dass der Kläger, der die Berechnung seiner Klageforderung nicht nach den einzelnen Rechnungen differenziert habe, jeweils 63,55 % der Rechnungsbeträge zurückfordere. Hinsichtlich der im Zusammenhang mit dem Kündigungsschutzmandat geleisteten Vorschüsse sei Ziff. 3 der Vergütungsvereinbarung hinsichtlich der Abrechnung in Viertelstundenschritten unwirksam, so dass die Beklagte lediglich eine minutengenaue Honorierung verlangen könne. Eine derartige Abrechnung sei indes nicht erfolgt und ergebe sich auch nicht aus der eingereichten Tabelle.

Das dortige gehäufte Auftreten von Zeitwerten von 5, 10 oder 15 Min. sei in hohem Maße unplausibel. Die Beklagte könne ihre Auslagen auch nicht nach Ziff. 5 der Vergütungsvereinbarung verlangen, da diese an der Höhe der berechneten Gebühren anknüpfe, es jedoch an einer wirksamen Berechnung der Gebühren fehle. Die Beklagte habe schließlich auch keinen Anspruch auf Honorierung nach dem RVG, da sie nicht nach den Grundsätzen des RVG abgerechnet habe. Der Kläger könne daher Rückzahlung von 63,55 % der geleisteten Vorschüsse von 5.474 EUR, mithin 3.478,73 EUR verlangen. Im Hinblick auf die Rechnung der Beklagten vom 22.10.2013 stehe dem Kläger hingegen kein Rückforderungsanspruch zu. Bei der wettbewerblichen Abmahnung habe es sich um eine von der Kündigung verschiedene Angelegenheit gehandelt. Die Beklagte habe die entstandenen Gebühren ordnungsgemäß abgerechnet.

Mit ihrer Berufung verfolgt die Beklagte ihr Klageabweisungsbegehren unter Ergänzung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vorbringens weiter. Der Antrag des Klägers sei bereits nicht bestimmt genug bzw. der Sachverhalt nicht hinreichend schlüssig dargestellt. Die Auslegung des Antrags durch das AG sei rechtsfehlerhaft und pauschal in nicht hinreichend nachvollziehbare Prozentbeträge umgewandelt worden. Bei zutreffender Würdigung des Tatsachenvortrags der Beklagten und Beweiserhebung hätte das Gericht zu dem Schluss kommen müssen, dass die klägerseits veranschlagte und anerkannte Vergütung fehlerhaft und unzureichend gewesen sei. Das AG hätte die Besonderheiten des konkreten Einzelfalles berücksichtigen müssen, um den tatsächlichen Zeitaufwand der Beklagten einschätzen zu können. Die Zeittaktklausel in der Vergütungsvereinbarung sei nicht unwirksam.

Das AG habe sich nicht hinreichend mit dem Tatsachenvortrag der Beklagten auseinandergesetzt und ohne Würdigung

der angetretenen Beweise und unter Verstoß gegen das rechtliche Gehör der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf angeschlossen. Die Vereinbarung einer 15-Min.-Taktung sei im Rahmen von Vergütungsvereinbarungen verkehrsblich und angemessen. Eine derartige Vergütungsberechnung sei nicht nur im allgemeinen Geschäftsverkehr, sondern auch in Gesetzen wie dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) oder der Steuerberatervergütungsverordnung (StBGebV) anzutreffen und überdies von anderen Gerichten bestätigt worden. Auch der im angefochtenen Urteil zitierte Senat des OLG Düsseldorf habe in der Folgezeit seine Rechtsprechung selbst eingeschränkt.

Der Kläger sei während der Mandatsbearbeitung mehrfach auf die unmissverständlich formulierte und auch in der Laiensphäre klar verständliche Zeittaktung hingewiesen worden und habe in deren Kenntnis die Rechnungen beglichen, so dass ein Rückforderungsanspruch auch nach § 814 BGB ausgeschlossen sei. Auch hinsichtlich der gemäß Ziff. 5 der Vergütungsvereinbarung berechneten Auslagen bestehe kein Rückzahlungsanspruch. Deren Berechnung sei wirksam und zutreffend erfolgt. Auch hier stehe jedenfalls § 814 BGB einer Rückforderung entgegen. Das AG sei unzutreffend davon ausgegangen, dass die Beklagte einen Honoraranspruch auf Grundlage einer minutengenauen Abrechnung nicht substantiiert vorgetragen habe. Denn sie habe ihre Kostenblätter mit minutengenaue Abrechnung vorgelegt und hierzu näher ausgeführt.

Soweit das AG die angegebenen Zeitwerte für „in hohem Maße unplausibel“ gehalten habe, habe es die vorgelegte Tabelle, die auch häufig andere Zeitwerte aufweise, unzureichend gewürdigt. Die minutengenauen Zeitwerte seien mittels ihrer Kanzleisoftware erfasst worden. Der Kläger habe die behauptete Unrichtigkeit der einzelnen abgerechneten Tätigkeiten gerade nicht bewiesen, so dass die Klage auch insoweit abzuweisen gewesen sei. Rechtsfehlerhaft sei das angefochtene Urteil schließlich auch hinsichtlich der Ausführung, der Beklagten stehe bei Unwirksamkeit der Zeittaktklausel nicht jedenfalls der gesetzliche Honoraranspruch nach dem RVG zu, der sich für das Kündigungsschutzverfahren auf mindestens 2.484,13 EUR belaufe.

(Anträge: ...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige, insbesondere frist- und formgerecht eingelegte und begründete Berufung hat in der Sache teilweise Erfolg. (...)

2. Der geltend gemachte Anspruch des Klägers ergibt sich entsprechend den zutreffenden Ausführungen des AG unmittelbar aus der **Vergütungsvereinbarung**. Die Parteien haben dort unter Ziff. 2 S. 4 vereinbart, dass etwaige unverbrauchte Vorschüsse an den Auftraggeber zurückzuerstatten sind. Unverbraucht sind die Vorschüsse, falls bzw. insofern der Beklagten kein wirksamer Honoraranspruch zusteht. Die beklagtenseits angeführte bereicherungsrechtliche Vorschrift des § 814 BGB steht dem Anspruch mithin bereits aus Rechtsgründen nicht entgegen.

a) Die Honorarvereinbarung (§§ 3a, 4 RVG) dahingehend, den Zeitaufwand der Beklagten zu einem **Stundensatz von 230 EUR netto** zu vergüten, begegnet keinen Bedenken. Die Klausel nach Ziff. 3 der Vergütungsvereinbarung, wonach ein Viertel des vereinbarten Stundensatzes für jede angefangenen 15 Min. berechnet wird (nachfolgend: Zeittaktklausel), ist hingegen unwirksam.

aa) Auf die Wirksamkeit der **Zeittaktklausel** kommt es im konkreten Einzelfall entscheidungserheblich an. Denn die Klausel hat vorliegend bereits nach dem eigenen Vortrag der Beklagten zu einer Erhöhung des abgerechneten (19:15 Std.) gegenüber dem tatsächlich angefallenen (13:39 Std.) Zeitaufwand um 5:36 Std. geführt, mithin das Anwaltshonorar um mindestens 1.265 EUR netto (entsprechend 22 Viertelstunden) erhöht.

bb) Bei der Zeittaktklausel handelt es sich um eine **kontrollfähige allgemeine Geschäftsbedingung**. Soweit die Beklagte ausführt, der Kläger sei mehrfach im Verlauf der Mandatsbearbeitung auf die Abrechnungsmodalitäten hingewiesen worden, wird damit ein Aushandeln der Zeittaktklausel (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB) nicht schlüssig behauptet. Überdies gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gem. § 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB als von der Beklagten gestellt. Der Kläger ist als Arbeitnehmer Verbraucher (§ 13 BGB), die Beklagte Unternehmer im Sinne des § 14 Abs. 1 BGB. Bei der Zeittaktklausel handelt es sich nicht um eine kontrollfreie Preisvereinbarung, da sie den zu zahlenden Preis nicht unmittelbar festlegt, sondern diesen über die mit ihr einhergehende Aufrundung auf Zeitintervalle nur mittelbar bestimmt.

cc) Die Kammer schließt sich hinsichtlich der Beurteilung der Wirksamkeit der Zeittaktklausel nach eigener Prüfung den umfangreichen Ausführungen des OLG Düsseldorf (*Urt. v. 18.2.2010 – 24 U 183/05, zitiert nach juris Rdnr. 27–38 m.w.N.*) an, welches im Wesentlichen Folgendes ausgeführt hat (zitiert mit fallbezogenen Anpassungen):

Die **Zeittaktklausel verstößt gegen § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB**, weil sie strukturell geeignet ist, das dem Schuldrecht im Allgemeinen und dem Dienstvertragsrecht im Besonderen zugrunde liegende Prinzip der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung (Äquivalenzprinzip) empfindlich zu verletzen, wodurch der Verwendungsgegner unangemessen benachteiligt wird. Die Parteien haben durch die gemäß § 307 Abs. 3 BGB keiner Inhaltskontrolle unterliegende Preisabrede vereinbart, dass der Zeitaufwand der Beklagten mit 230 EUR je Stunde vergütet werden soll. Damit ist das maßgebliche Äquivalenzverhältnis von voller Leistung und Gegenleistung (der gerichtlichen Inhaltskontrolle entzogen) privat-autonom bestimmt.

Daraus folgt gleichzeitig, dass der Wert eines Zeitaufwands, der nur den Bruchteil einer Stunde ausmacht, auch nur dem entsprechenden Bruchteil der Stundenvergütung entspricht. Von dieser vertraglich vorausgesetzten Äquivalenz weicht die vorformulierte Zeittaktklausel in ganz erheblicher Weise ab. **Sie ist nämlich geeignet, die ausbedungene vollwertige Leistung, wie sie der Mandant nach Gegenstand und Zweck des**

Vertrages erwarten darf, unangemessen zu verkürzen. Sie unterliegt deshalb als Preisnebenabrede, der keine Leistung des Verwenders im Interesse des Verwendungsgegners entspricht, der Inhaltskontrolle.

Die **Unangemessenheit der Zeittaktklausel** ergibt sich aus folgenden Umständen: Nach ihr ist nicht nur jede Tätigkeit der Beklagten, die etwa nur wenige Min. oder gar auch nur Sek. in Anspruch nimmt (z.B. ein kurzes Telefongespräch, Personalanweisungen, kurze Rückfragen, das Lesen einfacher und kurzer Texte), im Zeittakt von jeweils 15 Min. zu vergüten, sondern auch jede länger andauernde Tätigkeit, die den jeweiligen Zeitabschnitt von 15 Min. auch nur um Sek. überschreitet, und zwar nicht beschränkt auf eine einmalige Anwendung z.B. am Ende eines Arbeitstages, sondern gerichtet auf die stetige Anwendung auch mehrmals täglich.

Nicht entscheidungserheblich ist die Frage, ob nur eine minutengerechte Abrechnung angemessen ist oder ob mit Blick darauf, dass der Rechtsanwalt z.B. bei der Entgegennahme eines auch nur kurzen Ferngesprächs aus seinem aktuellen Gedankenfluss und Arbeitsrhythmus herausgerissen wird und eine gewisse Zeit benötigt, um die unterbrochene Arbeit konzentriert fortsetzen zu können, formularmäßig ein angemessener Zeitzuschlag vereinbart werden darf. Es erscheint zweifelhaft, ob solche (meist unvermeidbaren) Zeitverluste überhaupt formularmäßig zu Lasten der an der Unterbrechung beteiligten Mandanten abgerechnet werden können, zumal dies ein so genanntes „double-billing“ eröffnet, also die Aufrundung der Zeitfraktion bis zum Ablauf des folgenden 15-Min.-Zeittakts zu Lasten beider Mandanten formal erlaubt. Näher liegt es, dass diese Vorgänge, weil sie häufig und kaum zu vermeiden sind, kalkulatorisch über die Stundensätze erwirtschaftet werden müssen.

Einer abschließenden Entscheidung dieser Rechtsfrage bedarf es indes nicht, weil jedenfalls ein 15-minütiger Zeittakt, wie er hier vorformuliert vereinbart worden ist, evident zu einer Benachteiligung des Mandanten führt. So würde z.B. schon die Entgegennahme oder Führung von vier kurzen Ferngesprächen am Tag (mit durchschnittlich 15 Sek. pro Gespräch) auf der Grundlage der Zeittaktklausel zur Abrechnung eines Stundenhonorars von 230 EUR netto statt eines tatsächlich insgesamt nur verdienten Minutenhonorars von 3,83 EUR netto führen.

Es liegt auf der Hand, dass es sich dabei nicht mehr um eine angemessene Kompensation von Unterbrechungen des Arbeitsflusses handelt. Dabei ist ferner zu berücksichtigen, dass die Zeittaktklausel nicht nur bei den in Rede stehenden kurzen Arbeitsunterbrechungen zur Anwendung kommt, sondern bei jeder – auch längere Zeit dauernden – Tätigkeit, die vor dem Ablauf eines Zeittaktes von 15 Min. endet oder aus beliebigen (überwiegend sogar steuerbaren) Anlässen (z.B. Bearbeitung anderer Mandate, Terminwahrnehmungen, Pausen, private Tätigkeiten, Beendigung des Arbeitstages) unterbrochen wird.

Dadurch entfaltet die **Zeittaktklausel strukturell zu Lasten des Mandanten** in erheblicher Weise sich kumulierende Rundungs-

effekte. Da der Rechtsanwalt (anders als etwa ein nach Stundenlohn abrechnender Werkunternehmer oder Architekt, der für nur einen Auftraggeber arbeitet) bei seiner täglichen Arbeit in der Regel nicht kontinuierlich nur ein Mandat, sondern typischerweise deren mehrere bearbeitet, entstehen bei den Mandatsbearbeitungen auch folgerichtig und Tag für Tag zahlreiche Zeitintervallfraktionen, die stets, wiederholt und auch mehrmals täglich zur Anwendung der Zeittaktklausel in allen bearbeiteten Mandaten und zu Lasten eines jeden Mandanten führen können („multi-billing“). Daraus erhellt, dass die Wirksamkeit der Zeittaktklausel nicht davon abhängen kann, ob der Rechtsanwalt von ihr extensiven oder nur zurückhaltenden Gebrauch macht.

Die Zeittaktklausel kann auch nicht damit gerechtfertigt werden, dass eine Abrechnung nach kürzeren Zeitabschnitten zu einem **unzumutbaren Arbeitsaufwand** des Rechtsanwalts bei der Zeiterfassung führt. Der Aufwand bei der Zeiterfassung hängt mit Blick auf die seit langem verfügbaren und deshalb auch zum Einsatz zu bringenden modernen Zeiterfassungssysteme nicht von der Länge des Zeitabschnitts ab.

Gegen die hier vertretene Rechtsauffassung spricht schließlich auch nicht, dass z.B. § 13 Abs. 2 StBGebV dem Steuerberater erlaubt, für die dort genannten Tätigkeiten eine Zeitgebühr je angefangene halbe Stunde zu liquidieren. Diese Bestimmung hat entgegen der Rechtsauffassung des *OLG Schleswig* (AGS 2009, 209 = zfs 2009, 345) keine Leitbildfunktion. Die erheblichen Rundungs- und Kumulierungseffekte zu Lasten des Mandanten, die nach Ansicht des Senats erst zur Unangemessenheit und Unwirksamkeit der vorformulierten Zeittaktklausel führen, treten bei Anwendung des § 13 Abs. 2 StBGebV typischerweise nicht ein.

Die Kammer verkennt dabei vorliegend nicht, dass der gesetzliche Gebührensatzrahmen nach § 13 Abs. 2 StBGebV in seiner seit dem 20.12.2012 geltenden Fassung und damit im maßgeblichen Zeitpunkt gegenüber der Entscheidung des *OLG Düsseldorf* auf einen Betrag zwischen 60 EUR und 140 EUR erhöht worden war. Auch dieser liegt jedoch nach wie vor deutlich unter den Zeithonorarsätzen, die Rechtsanwälte üblicherweise vereinbaren (vgl. *Kilian/Dreske, Statistisches Jahrbuch der Anwaltschaft 2011/2011*, S. 164 f., wonach der feste Stundensatz im Jahr 2008 unabhängig von der Kanzleigröße bei 186 EUR im arithmetischen Mittel lag, bei größeren Sozietäten von mehr als 10 Anwälten bei 240 EUR und mehr).

Überdies ist nach Auffassung der Kammer entscheidend, **dass das gesetzliche Zeithonorar des § 13 Abs. 2 StBGebV nur für enumerativ bestimmte Tätigkeiten des Steuerberaters verlangt werden kann, zu denen z.B. Beratungsleistungen nicht gehören** (vgl. *OLG Düsseldorf, OLGR 2003, 449 sub A. II. 2*), während beim vereinbarten Zeithonorar ausnahmslos sämtliche Tätigkeiten erfasst werden, die der Rechtsanwalt für den Mandanten entfaltet.

Ebenso verhält es sich bei der **Entschädigung von Sachverständigen, Dolmetschern, Übersetzern, ehrenamtlichen Richtern und Zeugen** nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungs-

gesetz (JVEG). Soweit diese Personen nach Zeitaufwand entschädigt werden, sehen alle einschlägigen Bestimmungen Beschränkungen vor, die unangemessene Kumulierungen und Aufrundungen zu Lasten der Staatskasse und der Parteien verhindern sollen. Ehrenamtliche Richter und Zeugen (§§ 15 Abs. 2 S. 2, 19 Abs. 2 S. 2 JVEG) werden zwar für die gesamte Zeit ihrer Heranziehung einschließlich notwendiger Reise- und Wartezeiten entschädigt, aber nicht für mehr als 10 Std. täglich, **wobei nur die letzte angefangene Stunde voll entschädigt wird**.

Das Gleiche, allerdings ohne die zehnstündige Zeitbegrenzung, gilt für nach Stundensätzen zu entschädigende Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer mit der Einschränkung, dass nur die letzte angefangene halbe Stunde voll entschädigt wird. Das bedeutet insbesondere für die Entschädigung von Sachverständigen, dass der notwendige Zeitaufwand für die Anfertigung von Gutachten nicht durch Arbeitsintervalle unterhalb von 30 Min. beliebig und ohne dass der Sachverständige eine konkrete Leistung erbringen müsste, kumuliert werden kann. Vielmehr findet gerade auch bei einem mehrtägigen Arbeitsprozess, während dessen der Sachverständige die Leistungszeit minutengenau zu erfassen hat, nur an dessen Ende einmalig eine Zeitaufrundung statt, wenn die Addition der insgesamt erforderlichen Zeit am Ende des Arbeitsprozesses hinter einer vollen halben Stunde zurückbleibt.

Ähnliches gilt für die Vergütung von hauptberuflich tätig werdenden **Vormündern und Verfahrenspflegern**, deren Dienstleistung nach § 1836 BGB in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes (VBVG, *abgedruckt bei Palandt/Götz, BGB, 75. Aufl., Anh. zu § 1836*) und nach § 168 Abs. 1 Nr. 2 FamFG vergütet wird. Der notwendige Zeitaufwand ist minutengenau zu erfassen, ohne dass hier eine Zeitaufrundung gestattet wäre, auch nicht am Ende der Leistungszeit (vgl. etwa *OLG Braunschweig, JurBüro 2002, 3210, 321* und *FamRZ 2003, 882, 884*; *OLG Stuttgart, FamRZ 2003, 934, 935*).

Soweit der **Berufsbetreuer** abweichend davon nach pauschalierten Stundensätzen vergütet wird (§ 5 VBVG), beruht das auf der gesetzlichen Implementierung des Mediansystems. Die Vergütung erfolgt also nach tätigkeitsbezogenen und zeitlich gestaffelten pauschalen Stundensätzen, die sich am so genannten Zentralwert orientieren (vgl. *Palandt/Götz, a.a.O., § 5 VBVG Rdnr. 3*). Dieses Zeitvergütungssystem, bei dem es weder auf den im Einzelfall tatsächlich anfallenden noch auf den im Einzelfall erforderlichen Zeitaufwand ankommt, ist mit dem hier relevanten System zur Erfassung des erforderlichen Zeitaufwands nicht vergleichbar und deshalb ohne jede Aussagekraft.

dd) Die vorstehend dargestellten Risiken der verwendeten Zeittaktklausel haben sich auch vorliegend verwirklicht.

Anders als in dem vom *OLG Düsseldorf* entschiedenen Fall beruht die Berechnung der Beklagten tatsächlich auf einer Aufrundung (vgl. *BGH, Urt. v. 21.10.2010 – IX ZR 37/10 – juris Rdnr. 19*). Denn die Beklagte hat selbst vorgetragen, der

ihr tatsächlich entstandene Zeitaufwand habe (lediglich) 13:39 Std. betragen. Dem Kläger in Rechnung gestellt hat sie aufgrund der mit der Zeittaktklausel verbundenen Aufrundung hingegen 19:15 Std. Aus einem Abgleich des nicht gerundeten Kostenblattes mit dem mit der Rechnung beige-fügten Kostenblatt ergibt sich, dass 47 von 57 aufgeführten Positionen aufgerundet wurden, wobei in 40 Fällen auf das Mindestintervall von 15 Min. aufgerundet wurde.

Dass sich das Risiko einer Aufblähung der abrechnungsfähigen Arbeitszeit verwirklicht hat, belegt das nicht gerundete Kostenblatt beispielhaft für den 12.8.2013. Demnach wurde der Sachbearbeiter der Beklagten an diesem Tag viermal mit einem tatsächlichen Zeitaufwand von drei, zweimal fünf sowie 30 Min. tätig, mithin insgesamt 43 Min. Aufgrund der Zeittaktklausel wurden dem Kläger indes 75 Min. (entsprechend fünf Viertelstunden) berechnet.

Soweit das Vorbringen der Beklagten im Schriftsatz vom 30.12.2014, wonach der am 7.8.2013 erfolgte **Versand einer E-Mail** mit dem Klageentwurf an den Kläger einen von dem Erstellen des Klageentwurfs losgelösten eigenen Arbeitsschritt darstelle, dahingehend zu verstehen sein sollte, dass verschiedene Arbeitsschritte auch dann – mit der Folge einer klauselbedingten Aufrundung – getrennt zu erfassen seien, wenn sie ohne zeitliche Zäsur erfolgen, belegt auch dies das Risiko einer Aufblähung des abrechnungsfähigen Zeitaufwandes. Für dieses Verständnis spricht auch das weitere Vorbringen der Beklagten, wonach die vier Einzeltätigkeiten vom 12.8.2013 „aus Gründen der Transparenz“ einzeln verbucht werden müssten. Fragen der Transparenz betreffen indes die Beschreibung der jeweils entfalteten anwaltlichen Tätigkeit, nicht aber deren – mit einer klauselbedingten Aufrundung verbundene – gesonderte Auflistung.

Soweit der Prozessbevollmächtigte der Beklagten im Termin vor der Kammer als Argument für die verwendete Zeittaktklausel darauf hingewiesen hat, Mandanten sei es mitunter schwer zu vermitteln bzw. es führe zu kritischen Nachfragen, wenn ein kurzes Telefonat von nur wenigen Min. mit dem tatsächlichen Gesamtaufwand, d.h. einschließlich Vor- und Nachbereitungszeiten erfasst und abgerechnet werde, vermag dies nicht zu überzeugen. Dass der Anwalt seine im Rahmen der Mandatsbearbeitung tatsächlich erbrachten Leistungen grundsätzlich in vollem Umfang zu dem vereinbarten Stundensatz abrechnen darf, steht außer Frage. Ein aner kennenswertes Interesse daran, auch kürzeste Tätigkeiten einschließlich der erforderlichen Vor- und Nachbereitung stets mit jedenfalls 15 Min. anzusetzen, ist indes nicht ersichtlich.

Allgemeine Erwägungen, wonach dem Rechtsanwalt die minutengenaue Erfassung seiner Tätigkeit unzumutbar sein könne, kommen jedenfalls vorliegend nicht zum Tragen. Denn nach eigenem Vortrag verfügt die Beklagte über ein **Zeiterfassungssystem, mit dessen Hilfe sie auch die nicht aufgerundeten Kostenblätter erstellt hat**. Es ist daher nicht ersichtlich, dass die minutengenaue Zeiterfassung mit einem unzumutbaren Aufwand für den Rechtsanwalt verbunden wäre.

ee) Soweit der BGH mit dem vom OLG Düsseldorf entschiedenen Fall mehrfach befasst wurde (*u.a. Beschl. v. 5.3.2009 – IX ZR 144/06; Urt. v. 19.5.2009 – IX ZR 174/06; v. 21.10.2010 – IX ZR 37/10, jeweils zitiert nach juris*), bestand aufgrund dort entscheidungserheblich zu erörternder abweichender Fragestellungen bisher keine Veranlassung für den BGH, sich mit der Frage der AGB-rechtlichen Wirksamkeit der Zeittaktklausel zu befassen.

ff) Entgegen den Ausführungen der Beklagten hat der 24. Zivilsenat des OLG Düsseldorf diese Auffassung auch nicht aufgegeben (*unzutreffend Schons in: Göttlich/Mümmeler, RVG, 6. Aufl. 2015, Stichwort „Vergütungsvereinbarung“*). In der hierfür als Beleg angeführten Entscheidung (*OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.2.2011 – I-24 U 112/09, 24 U 112/09 –, juris*) hat der Senat seine Rechtsprechung vielmehr dahingehend abgegrenzt, **dass eine Zeittaktklausel, welche die Aufrundung nur der letzten pro Tag angefangenen Viertelstunde vorsieht, nicht zu beanstanden sei**. Eine solche Klausel ist vorliegend indes gerade nicht verwendet worden.

Sie hätte auch nicht zu abrechenbarem Zeitaufwand in gleicher Höhe geführt, da die Beklagte nach eigenem Vortrag an zahlreichen Tagen (26.7., 7.8., 8.8., 12.8., 19.8., 30.8., 27.9., 15.10., 22.10., 23.10., 24.10., 22.11.2013) mehrfach Tätigkeiten in der Mandatsbearbeitung entfaltete, die zu einer Aufrundung nicht nur der letzten begonnenen, sondern hinsichtlich mehrerer (teilweise auch jeder) Einzeltätigkeiten führte.

gg) Die der **hier vertretenen Rechtsauffassung entgegenstehenden Entscheidungen des OLG Schleswig** (*Urt. v. 19.2.2009 – 11 U 151/07, juris Rdnr. 30–32*) und des *LG München* (*Urt. v. 21.9.2009 – 4 O 10820/08, juris Rdnr. 58–63*) überzeugen hingegen nicht (*offengelassen von OLG Karlsruhe, Urt. v. 28.2.2014 – 2 U 2/14, juris Rdnr. 60*).

Das OLG Schleswig hat ausgeführt, bei grundsätzlicher Statthaftigkeit von Zeithonoraren müsse man auch Zeittaktungen gestatten, wie sie etwa auch in der StBGebV (dort 30 min.) vorgesehen seien. Es leuchte nicht ein, weshalb bei anwaltlichen Mandaten eine kürzere Taktung unangemessen sei. Die Aufschreibung im 15-Min.-Takt erscheine für die anwaltliche Tätigkeit, deren Arbeitsschritte in aller Regel längere Zeitabschnitte als nur einzelne Min. umfassen, vielmehr adäquat.

Diese Erwägungen vermögen die vorstehenden Ausführungen indes nicht zu entkräften. Überdies war die Tätigkeit der Beklagten ausweislich der nicht gerundeten Kostenblätter durch eine Vielzahl von deutlich unter 15 Min. beanspruchenden Tätigkeiten geprägt – 15 Positionen betreffen einen Zeitaufwand von 6 Min. oder weniger –, deren Erfassung mittels der eingesetzten Bürosoftware keine Schwierigkeiten aufwarf.

Das LG München hat in der zitierten Entscheidung derartige Taktungen als verkehrsblich bezeichnet und vor allem Praktikabilitäts Erwägungen angeführt, da die stets minutengenaue Zeiterfassung nicht verhältnismäßig sei. Diese Erwägungen sind vorliegend indes entkräftet.

Gegen die Verkehrsüblichkeit einer derartigen Taktung hat die Klägerseite unwidersprochen angeführt, dass die vom Deutschen Anwaltverein vorgeschlagene Gebührenvereinbarung (jedenfalls in ihrer vorgelegten Fassung aus dem Jahre 2009) standardmäßig eine minutengenaue Abrechnung und alternativ eine Abrechnung nach Zeittakten von 6 Min. (0,1 Std.) vorsieht. Ob die Gebräuchlichkeit einer Klausel deren unangemessen benachteiligende Wirkung im Sinne des § 307 BGB überhaupt auszuschließen vermag, kann daher dahinstehen. Gegen die Unverhältnismäßigkeit der minutengenauen Zeiterfassung spricht erneut der Umstand, dass die Beklagte hierzu ausweislich der nicht gerundeten Kostenblätter mithilfe von Bürosoftware unschwer in der Lage ist.

b) Die unwirksame Zeittaktklausel, die den Bestand des Vertrags im Übrigen gem. § 306 Abs. 1 BGB unberührt lässt, kann mit Blick auf das **Verbot der geltungserhaltenden Reduktion** auch nicht mit einem zulässigen Inhalt aufrechterhalten bleiben. Der ersatzlose Wegfall der Zeittaktklausel hat zur Folge, dass die Leistung des Klägers im Streitfall nur minutengenau honoriert werden kann (*OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.2.2010 24 U 183/05, juris Rdnr. 40*).

c) Die Beklagte hat Anspruch auf Vergütung eines Zeitaufwandes von 684 Min. (11 Std. und 24 Min.) in Höhe von 2.621,99 EUR netto.

Soweit die Beklagte Ansprüche aus der Vergütungsvereinbarung herleitet, trägt sie die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die berechnete Vergütung tatsächlich entstanden ist. Mithin hat sie grundsätzlich den Nachweis zu führen, dass der geltend gemachte zeitliche Arbeitsaufwand überhaupt angefallen ist. Nach Ziff. 1 und 3 der Vergütungsvereinbarung ist die im Rahmen des Mandats zur außergerichtlichen und gerichtlichen Interessenwahrnehmung des Klägers erbrachte anwaltliche Tätigkeit der Beklagten zu vergüten. In einem über 684 Min. hinausgehenden Umfang ist der angefallene Zeitaufwand nicht schlüssig dargelegt. (...)

d) Der abrechenbare Zeitaufwand der Beklagten ist **nicht auf 10 Zeitstunden** begrenzt. Soweit der Kläger behauptet, ihm sei zu Beginn des Mandatsverhältnisses ein erforderlicher Zeitaufwand von 10 Std. prognostiziert worden, ist damit bereits unabhängig von deren Wirksamkeit keine verbindliche Zusage einer festen Kostenobergrenze dargelegt. Dies läge angesichts der mit der Führung eines Rechtsstreits einhergehenden Unwägbarkeiten bzw. fehlenden Beherrschbarkeit des insgesamt erforderlich werdenden Zeitaufwandes auch ersichtlich fern.

e) Die Beklagte kann sich nicht darauf berufen, die von ihr unter dem 22.1.2014 abgerechneten Zeiten seien mangels rechtzeitigen Widerspruchs des Klägers nach Ziff. 7 Vergütungsvereinbarung als genehmigt anzusehen. Dem steht bereits entgegen, dass der nach dieser Klausel (entsprechend § 308 Nr. 5 lit. b) BGB) vorgesehene gesonderte Hinweis auf die Folgen eines **unterbliebenen Widerspruchs binnen vier Wochen** nicht erteilt wurde.

f) Die Beklagte kann **Auslagen** lediglich in Höhe von 20 EUR netto (23,80 EUR inkl. USt.) beanspruchen.

Die in Ziff. 5 der Vergütungsvereinbarung vorgesehene Auslagenpauschale ist gemäß § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam. Denn die Pauschale beläuft sich auf 5 % des Honorars, mindestens aber 50 EUR. Dies widerspricht dem gesetzlichen Leitbild in Nr. 7002 VV-RVG. Die alleinige Gemeinsamkeit besteht darin, dass sich auch die pauschale Berechnung von Post- und Telekommunikationsdienstleistungen nach Nr. 7002 VV-RVG in Relation (dort 20 %) zur Höhe der Gebühren bestimmt. Diese Pauschalierung erfolgt im Sinne einer praktikablen Abgeltung typischer „besonderer“ Geschäftsunkosten im kleineren Durchschnittsfall (*Hartmann, KostG, 46. Aufl. 2016, VV 7001, 7002 Rdnr. 2*).

Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die Pauschale gem. Nr. 7002 VV-RVG auf einen Höchstbetrag von 20 EUR begrenzt ist, der selbst bei ausschließlich außergerichtlicher Tätigkeit regelmäßig ab einem Gegenstandswert von mehr als 500 EUR (bzw. mehr als 900 EUR nach RVG in der bis 31.7.2013 geltenden Fassung) eingreift. Entgegen der Ansicht der Beklagten stellt diese Obergrenze auch einen wesentlichen Grundgedanken der gesetzlich vorgesehenen Pauschale dar, welche den Rechtsanwalt lediglich aus Vereinfachungsgründen von der konkreten Darlegung von Unkosten in kleinerem Umfang entbinden will, wohingegen die – stets mögliche – Geltendmachung höherer tatsächlicher Unkosten in voller Höhe deren konkrete Angabe erfordert (Nr. 7001 VV-RVG). Im Gegensatz hierzu sieht die von der Beklagten verwendete Klausel eine höhenmäßig nicht gedeckelte **Mindestpauschale** vor. (...) ■

Gl Literatur-Ecke

Freund: Die Scheinpartnerschaft, *NZG 2017, 1001*

Meixner/Schröder: Anmerkung zu BGH v. 26.1.2017 – IX ZR 285/14, Steuerberaterhaftung wegen Insolvenzverschleppung (Rechtsprechungsänderung), *DStR 2017, 956*

Onusseit/Schröder: Praktische Folgerungen aus dem Urteil des BGH v. 26.1.2017 zur Steuerberaterhaftung, *ZInsO 2017, 1868*

Schwetlik: Haftung einer Kapitalgesellschaft für mitverursachte Schäden ihrer Gesellschafter, *NZG 2017, 730*

Wollweber: Anmerkung zu OLG Nürnberg v. 24.2.2017 – 5 U 1687/16, Steuerberaterhaftung nach unwirksamer, weil verspätet eingereichter Selbstanzeige, *DStR 2017, 1406*

Kontrollinstanz.



**Mit Wettbewerbs-
registergesetz**

Reidt/Stickler/Glahs
Vergaberecht Kommentar
Herausgegeben von RA Dr. Olaf Reidt, RA Dr.
Thomas Stickler und RA Dr. Heike Glahs.
Bearbeitet von RA Johannes Bosselmann, RA
Dr. Matthias Ganske, RA Dr. Heike Glahs, RA
Dr. Andreas Hövelberndt, Wiltrud Kadenbach,
RA Julian Ley, RA Dr. Tobias Masing, Dipl.
Verwaltungswirt Hans-Peter Müller, RA Dr. Michael
Rafii, RA Prof. Dr. Olaf Reidt, RA Dr. Thomas Stickler.
4. neu bearbeitete Auflage 2018, 1.692 Seiten
DIN A5, gbd. 169,- €. ISBN 978-3-504-40074-3

Der vielzitierte *Reidt/Stickler/Glahs* nimmt in der neuen 4. Auflage wieder das Prädi-
kat „topaktuell“ für sich in Anspruch – mit diesen Neuheiten:

Die grundlegende Novellierung des GWB-Vergaberechts mit umfangreichen Neue-
rungen, von der Digitalisierung der Auftragsvergabe oder der nun wesentlich stärker
möglichen Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte, ist kom-
plett abgebildet. Das Gleiche gilt für die aktuelle Rechtsprechung des EuGH, des
BGH, der OLG-Vergabesenate und die Entscheidungen der Vergabekammern. Eben-
falls bereits berücksichtigt ist das Wettbewerbsregistergesetz vom 18.07.2017!

Für den Vergabejuristen heißt das: Noch heute einen Beschaffungsauftrag vergeben!
Am besten überzeugen Sie sich bei einer Leseprobe: www.otto-schmidt.de/rsg4



Das Werk online:
www.juris.de/pmbr

ottoschmidt

GI Fachinformationen

Info

Mit unseren berufsspezifischen, kostenlosen Fachinformationen Glaktuell und GIservice bleiben Sie immer auf dem Laufenden. Am besten gleich kostenlos unter www.hdi.de/gi anmelden.

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Gerade passiert.
Schon kommentiert.



otto-schmidt.de/em15

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

Herausgeber

HDI Vertriebs AG, Nicole Gustiné, Verkaufsförderung Firmen/Freie Berufe
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Telefax: 0511-645113661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de, www.hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht (verantwortlich für den Inhalt)
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Telefax: 0511-645113661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Ertstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt